Kurz gehalten – Kindheit in Krabbelgruppen und Teppichfabriken

▶ Außerdem: ▶ Wettern über's Klima ▶ Dealen mit Keynes ▶ Schwärmen für Afrika ▶ Warten auf Tequila ▶ Hoffen auf's Gericht ▶ Fliehen aus Mexiko ...

iz3w ◀

▶ blätter des informationszentrums 3. welt





Titelbild: R. Maro / version

In dieser Ausgabe

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Rot-grüner Ruck zum Jahreswechsel

»Grün ist der Wechsel«, hieß es vor der letzten Wahl – einer Wahl, zu der diesmal auch viele von denjenigen gegangen sind, die sonst schon vorher wußten, daß es sie nicht gäbe, wenn sich hinterher wirklich etwas verändern würde. 100 Tage nach dem Wechsel ist die Veränderung vor allem klimatisch zu spüren. Eine leichte Brise weht durch den Muff von 16 Jahren.

Laue Lüftchen machen aber noch keinen Sturm – auch wenn ihn einige gern herbeischreiben wollen. Namentlich die TAZ – von deren Redakteuren einige offenbar zwanghaft dabei sind, ihre einst kritischen Überzeugungen als Resultate linker Denkverbote zu outen, die es nun quasi als Initiationsritual öffentlich zu brechen gilt – verkündete in den Wochen nach der Wahl in zunehmend schwer zu ertragender Weise die frohe Botschaft, daß der erstmalig vom Volk erwählte Regierungswechsel sich wirklich als Politikwechsel entpuppen könnte. Dazu müßten sich nur die ewigen Kritiker aus den Reihen der 68er- und Post-68er-Generation einen Ruck geben, ihre Nörgelei sein lassen und endlich staatstragend Verantwortung übernehmen.

Diesen links-liberalen Erben der präsidialen (oder herzöglichen) Mission dürfte aber eigentlich nicht entgangen sein, daß lange geschehen ist, was sie erst fordern. In den vergangenen Jahren hat sich schießlich nicht die Gesellschaft in Richtung der Querulanten gewandelt, sondern umgekehrt haben viele ihrer mittlerweile saturierten Kritiker zielstrebig Distanz aufgegeben und ihre Positionen weichgespült, um diese Verantwortung endlich übernehmen zu dürfen. Solche Identitätsprobleme gehören wohl zu den Wechseljahren.

Die hat ein Otto Schily lange hinter sich. Er ist der rotgrüne Prototyp: Vom RAF-Verteidiger avancierte Schily zum populären grünen Parlamentarier der ersten Stunde, wechselte zur SPD, wo er maßgeblich zur Asylrechtsaufhebung beitrug, und erhielt zuletzt vor ein paar Wochen Beifall von ganz rechts für seine innenministeriellen Bemerkungen zur Ausländerzuwanderung, die er mittels »Das-Boot-ist-voll«-Rhetorik unters (deutsche) Volk brachte. Am Ende seiner Wechseljahre steht wohl auch der Außenminister, bei dem allenfalls noch die Krawatte rot ist oder der Teppich, auf dem er mit militärischen Ehren empfangen wird. Der persönlich heiß ersehnte Griff nach der Macht fügt sich in seinem Fall nahtlos in die Kontinuität des neuerlichen Griffs nach Weltmacht. »Verantwortung übernehmen« lautet auch hier die Losung, mit der Fisherman seine olivgrünen Pastillen der Welt zu ihrer Genesung offeriert – ob im Namen von UNO oder NATO ist ihm mittlerweile einerlei.

Kontinuität statt Wandel wird also in der Außen- wie der Asyl- und Migrationspolitik demonstriert – von der so überfälligen wie halbherzigen Reform der Staatsbürgerschaft einmal abgesehen. Die Ökosteuer hält auch nicht, was sich – insbesondere in Bezug auf die Nord-Süd-Politik – ohnehin kaum jemand von ihr versprochen hat (s. *iz3w Nr. 233*). Nur aus dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung dringen derweil ein paar neue Töne. Allerdings spielt das BMZ nicht gerade in der Champions-League der Ministerien (s.S.4). Immerhin sind bei der angekündigten verstärkten Förderung des Nord-Süd-Dialoges und der entwicklungspolitischen Publizistik vielleicht ein paar Weihnachtsgeschenke dabei...

Auch das wäre verantwortungsbewußt – denn daß aus oppositionellen Positionen Regierungspolitik wird, ohne daß von einem Wechsel viel zu spüren wäre, zeigt, daß kritische Stimmen und Bewegungen diesseits von rotgrün in Zukunft notwendiger sind denn je. Auch das **iz3w** setzt daher im 31. Jahr des Bestehens seine Mission Impossible fort. Vorgesehen sind u.a. Themenschwerpunkte zu den Turbulenzen der Weltwirtschaft, zur Kulturalisierung des Politischen, zur Renaissance populistischer Führung, zu Global Cities, zu Homosexualität sowie zu Etappen von 50 Jahren deutscher Nord-Süd-Politik – und zum Alter(n). Und da mögen vielleicht Wechseljahre wieder eine Rolle spielen.

Zum Jahreswechsel wünschen wir jedenfalls unseren Leserinnen und Lesern die Muße für einen sinnenden Blick zurück und einen besonnenen nach vorn.

P.S. *Apropos Weihnachtsgeschenke:*
Konto 1249606, Volksbank Freiburg, BLZ 68090000,
Inhaber: Stadtkasse Freiburg,
Verwendungszweck: Durchlaufspende zugunsten der Aktion Dritte Welt e.V.

Die neue BMZ-Politik: Zu Tode gesiegt? von Christian Stock

▸ Als nach Abschluß der Koalitionsvereinbarungen deutlich wurde, daß die neue Bundesregierung das BMZ nicht abgewickelt, sondern gestärkt hatte, ging ein hörbares Aufatmen durch die entwicklungspolitische Community. BMZ-MitarbeiterInnen, die sich über Jahre hinweg mit nur schlecht kaschiertem Zähneknirschen für ihre CSU-Dienstherren schämten, stellten teilweise unverhohlene Freude über den »Politikwechsel« zur Schau. Die NGO-Gemeinde, die sich mit Spranger nur widerwillig arrangiert hatte, witterte Morgenluft, sah sie doch mit der neuen Staatssekretärin Uschi Eid eine der Ihren ins BMZ aufgerückt.

Erleichterung und Einigkeit können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Konturen der Neuen Entwicklungspolitik nicht nur blaß sind, sondern, soweit sie sich abzeichnen, auch fragwürdig. Auffällig ist am Koalitionsvertrag und an den bisherigen Verlautbarungen von Wieczorek-Zeul und Eid vor allem, daß unreflektiert am Entwicklungsbegriff festgehalten wird. So heißt es im Koalitionsvertrag: »Entwicklungspolitik ist heute globale Strukturpolitik, deren Ziel es ist, die wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Verhältnisse in Entwicklungsländern zu verbessern. Sie orientiert sich u.a. an dem Leitbild einer globalen nachhaltigen Entwicklung.« Hier wird der alte Glaube transportiert, die Länder des Südens müßten per Entwicklungspolitik aus dem Norden in Richtung auf ein bestimmtes Ziel gesteuert werden.

Am Entwicklungsbegriff wird unreflektiert festgehalten

Ohne Zweifel ist die Entwicklungspolitik in den letzten Jahren vom Gedanken einer simplen Übertragung zivilisatorischer, institutioneller und technologischer »Errungenschaften« des Westens abgekommen. Aber auch das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung ist ein in westlich-kapitalistischen Gesellschaften ausgebrüteter Versuch, der Umweltzerstörung durch erhöhte Effizienz bei der Ausbeutung von Ressourcen beizukommen. Es hinterfragt die Verwertungsdynamik des globalen Kapitalismus nicht, sondern beabsichtigt ihre Modernisierung. Am deutlichsten zum Ausdruck kommt dieses lineare Entwicklungsverständnis in der Agenda 21, die nicht von ungefähr die programmatische Grundlage der neuen BMZ-Politik ist. Darin heißt es beispielsweise: »Biotechnologie bietet neue Möglichkeiten für weltweite Partnerschaften, insbesondere zwischen den Ländern, die reich an biologischen Ressourcen sind, denen aber das erforderliche Fachwissen und die Investitionsmittel fehlen, und Ländern, die dieses haben.« Mit anderen Worten: Die alte Arbeitsteilung, die den Ländern des Südens die Rolle der Rohstofflieferanten zuweist und den Industrieländern die der überlegenen Technologieproduzenten, soll ungebrochen fortgesetzt werden. An anderer Stelle wird in der Agenda 21 ausdrücklich »nachhaltige Entwicklung durch Liberalisierung des Handels« gefordert – also genau durch das, was die Solibewegung seit 30 Jahren eben nicht will: Weltmarktintegration und weltweite Dumpingkonkurrenz.

Die in der Neuen Entwicklungspolitik zentrale Forderung nach »globaler Strukturpolitik« muß sich an der real existierenden Global Governance etwa seitens der WTO, der UNO-Organisationen oder der westlichen Entwicklungshilfeministerien messen lassen. Daß deren Gestaltung unter weitgehendem Ausschluß der Gesellschaften des Südens stattfindet, wird in den offiziellen Verlautbarungen nicht weiter problematisiert. Der Hinweis im Koalitionsvertrag, daß die neue Bundesregierung sich für die »Neuausrichtung der Strukturanpassungspolitik von IWF und Weltbank nach den Kriterien der Entwicklungsverträglichkeit und der Nachhaltigkeit« einsetze, reicht da nicht aus – denn diese Kriterien werden auch weiterhin im Norden definiert. Es beschleicht einen angesichts solcher Sätze das Gefühl, der endgültige Siegeszug von Vokabeln wie Nachhaltigkeit, Partizipation oder Frauenförderung bedeutet nichts anderes, daß der ursprünglich darin angelegte emanzipatorische Gehalt sich zu Tode gesiegt hat, weil er nun der Legitimation herrschaftsförmiger »globaler Strukturpolitik« dient.

Es wäre absurd, von einem deutschen Ministerium antikapitalistische Politik zu fordern – schon allein, weil sich die Strukturdefizite kapitalistischen Wirtschaftens auch durch gutgemeinte und ausgeweitete entwicklungspolitische Maßnahmen nicht in den Griff bekommen lassen. Zu kurz gegriffen ist aber ebenfalls der Vorwurf, der neuen BMZ-Crew ginge es bloß um effizienteres Management der Weltprobleme, ohne deren Ursachen wie z.B. die deutsche Außenwirtschafts- und Rüstungspolitik anzugehen. Ohne große Erwartungen daran zu knüpfen, kann doch festgestellt werden, daß die Bedingungen für emanzipatorische Politik und Publizistik sich verbessert haben. Es ist ein Unterschied, ob ein bornierter Antikommunist das politische Klima im BMZ bestimmt oder zwei Frauen, die im Laufe ihres Werdegangs von einigen Grundgedanken linker Kapitalismuskritik schon mal gehört haben. Ob Wieczorek-Zeul und Eid sich daran gelegentlich erinnern werden, hängt aber nicht zuletzt von dem Druck ab, den außerparlamentarische KritikerInnen auf das neue BMZ ausüben.

Doch selbst wenn es gelänge, das BMZ zu einer halbwegs entschlossenen Reformpolitik – wie sie sich etwa im Bereich der Entschuldung oder bei der Neubewertung von Hermes-Bürgschaften andeutet – zu drängen, sollten sich diejenigen, die daran große Hoffnungen knüpfen, keinerlei Illusionen über ihre Reichweite im Gesamtzusammenhang bundesrepublikanischer Politik machen. Ein erstes Indiz für die fortgesetzte Marginalität der Entwicklungspolitik ist die Tatsache, daß diese bei der derzeit tobenden Debatte über die Pleiten und Pannen der neuen Bundesregierung mit keinem Wort erwähnt wurde. Jeder Polit-PR-Stratege weiß, daß bad news good news sind, und daß nichts schlimmeres passieren kann, als totgeschwiegen zu werden.

Nicaragua –

▸ »Geh zu den Toten, Mörder«, rufen die Menschen Anfang November auf einer Straße in León im Norden Nicaraguas, als Arnoldo Alemán sich anschickt, aus seiner Staatskarosse zu steigen. Was hat der Regierungschef Nicaraguas, ein Propagandist konservativer Moralvorstellungen, Verfechter des neoliberalen Wirtschaftsmodells und Anhänger des ehemaligen Dikators Somoza, getan, daß ihm in León die Öffentlichkeit so feindlich entgegentrat? Zunächst unternahm er praktisch nichts. Vielmehr spielte seine Regierung die Gefahren des Hurrikans Mitch für die Bevölkerung herunter und beschwichtigte die besorgte Öffentlichkeit. Weder wurden Vorsorgemaßnahmen oder Evakuierungen eingeleitet noch Katastrophendienste aktiviert. Als das Desaster seinem Höhepunkt entgegensteuerte, verweigerte Alemán die Ausrufung internationaler Hilfe mit der Begründung, daß eine solche Maßnahme nur der nationalen Wirtschaft schade und

Der Diktator, der Rebell und das Gericht

von **Stephan Günther**

▶ Zwei Patriarchen, die sich gerne martialisch im Militäroutfit präsentieren, geben sich momentan eher friedfertig. Denn sie sind auf ihren Reisen im Namen der Gerechtigkeit festgehalten worden: Augusto Pinochet in London und Abdullah Öcalan in Rom. In beiden Fällen sehnen sich Juristen und Menschenrechtler, Kommentatoren und Politiker nach einer Institution, die es noch einzurichten gilt: nach einem Internationalen oder zumindest einem Europäischen Strafgerichtshof.

Denn eigentlich will sie so recht niemand haben. Unbequeme Auseinandersetzungen mit den Heimatländern stören den ruhigen und unscheinbaren Gang der Diplomatie. Sowohl die ehemaligen konservativ-bürgerlichen als auch die gegenwärtigen sozialdemokratisch-grünen Regierungen müssen sich unangenehme Fragen gefallen lassen. Der chilenische Ex-Diktator wurde zu seinen Herrschaftszeiten von den europäischen Staaten nicht nur geduldet, sondern mit Polizei-, Militär- und Wirtschaftshilfe gestützt. Ihn nun zu verurteilen, hieße für jeden der Staaten, in denen er nun angeklagt werden soll, auch ein Stück Selbstanklage. Der kurdische »Rebellenchef« dagegen genoß lange Zeit als Anführer einer »nationalen Befreiungsbewegung« die moralische Unterstützung der europäischen Linken und Grünen, die nun als Regierungsparteien »entscheidungsfähig« – weder in Italien noch in Deutschland willens sind, über die Rechtmäßigkeit seines Handelns zu entscheiden: Von politischem Asyl bis zur Verurteilung wegen Terrorismus reichen die Optionen.

Links und rechts von der politischen Mitte sollen Krieg und Gewalt liegen

Der Ruf nach einem internationalen Richter, nach einer neutralen Institution, die objektiv, wie Gerichte nun mal sind, über die Strafen für den Diktator Pinochet und den Rebellen Öcalan entscheiden könnte, wird erst vor diesen Hintergründen verständlich. Menschenrechtler und Politiker sind sich hier einig, ihre Aussage ist deutlich: Es gibt eine objektive Gerechtigkeit und eine einzig legitime Staatsform, die parlamentarische Demokratie. Wer von diesen Vorgaben abweicht, egal ob Diktator oder Rebell, gehört vor's Gericht, wenn ihm persönlich eine Straftat zu Last gelegt werden kann. Und genau an diesem Punkt müßte den Menschenrechtlern der Schrei nach Gerechtigkeit im Halse stecken bleiben. Denn die Gleichsetzung von diktatorischem und widerständischem Handeln gegen das gesetzte Recht ist einer Institution wie dem Strafgerichtshof immanent, weil »vor Gericht alle gleich sind«. Die Motivationen – in einem Fall Herrschaftssicherung, im anderen (mit Einschränkungen und sicherlich auch vielen Widersprüchen) Widerstand gegen Diktatur und Herrschaft – spielen keine Rolle. Wahrheit und Gerechtigkeit werden zu Vokabeln der politischen Mitte, links und rechts davon liegen Gewalt und Krieg.

Doch diese »politische Mitte« hat sowohl in Chile als auch in der Türkei die Machthaber unterstützt, teilweise direkt durch Waffenlieferungen oder Putschvorbereitung durch den CIA, teilweise indirekt durch Wirtschaftshilfe und politische Loyalität. Wenn nun in beiden Fällen ein unabhängiges Gericht tagte, müßten die westlichen Staaten also einmal als Mitangeklagte – im Falle Pinochets – und das andere Mal allenfalls als Zeugen vor Gericht erscheinen. Die in ihrer repressiven Form der Herrschaftssicherung sicherlich mit den türkischen vergleichbaren chilenischen Militärs säßen im Pinochet-Prozeß auf der Anklagebank, im Öcalan-Prozeß wären die Militärs die Kläger. Und die im bewaffneten Widerstand aktiven Guerilleros wären im einen Fall Opfer der Gewaltherrschaft, im anderen Terroristen. Die Definition des jeweiligen Status aber wird auch nach der Errichtung eines internationalen Gerichts eine politische bleiben. Das haben die Vereinigten Staaten noch einmal deutlich gemacht. Außenministerin Madeleine Albright hat zwar anläßlich des Falles Pinochet »schwere Fehler« in der Lateinamerika-Politik der USA eingeräumt und sich dafür entschuldigt. Juristische Folgen für etwaige Verantwortliche für die Ausbildung und Unterstützung von Diktatoren wird das jedoch kaum haben. Der Status der schuldigen, geständigen, aber eben nicht anklagbaren Politiker ist offenbar »demokratischen« Staatsvertretern vorbehalten. ◀

die soziale Natur der Katastrophe

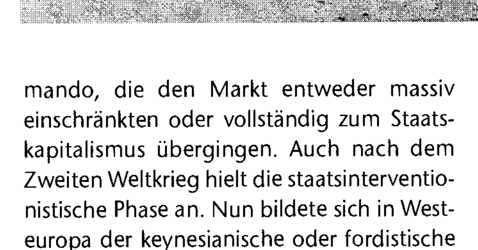
die Mittel in den falschen Händen der NGOs landen würden.

Die Verleugnung der Katastrophe ist jedoch nicht lediglich Ausdruck von Hilflosigkeit oder Schicksalsergebenheit der Regierung gegenüber unbeherrschbaren Naturgewalten. Spätestens seit der Machtübernahme durch Alemán hat die politische Führung Nicaraguas alles daran gesetzt, die Selbsthilfekräfte der Bevölkerung und die weitgehend sandinistisch geprägten Basisorganisationen zu lähmen. Das vorbildliche Gesundheits- und Bildungswesen der SandinistInnen ist durch diese Politik bereits lange vor der Naturkatstrophe ruiniert worden. Das Programm der Zerschlagung solidarischer Strukturen hat aber nicht nur machtstrategische Bedeutung für die restaurativen Kräfte des neualten Nicaragua. Das Katastrophen-Nicht-Management gehört zu einer »Standortsicherungsstrategie«, die Nicaragua um jeden Preis dem Weltmarkt öffnen soll. Nationaler Notstand und der Ruf nach internationaler Hilfe stören dabei ebenso wie Streiks, Epidemien oder Brotaufstände. Katastrophenvorsorgemaßnahmen erzeugen überdies organisatorische und finanzielle Kosten, die den Vorgaben der Strukturanpassung von IWF und Weltbank widersprechen.

So sind die Armen die Opfer. In Nicaragua, Honduras, El Salvador und überall auf der Welt wohnen sie in den unsicheren Regionen und Gebieten – an den Hängen von Flußufern und entwaldeten Bergen. Ihre prekäre Wohn-, Ernährungs- und Gesundheitssituation machen das ökologische Desaster erst zur sozialen Katastrophe. Und die Vermutung, das ökologische Desaster sei doch nicht nur eine Verkettung unglückseliger klimatischer Zufälle, sondern Resultat des menschengemachten Treibhauseffektes, ist auch nicht aus der Welt.

Informationsbüro Nicaragua

Kann sich die Linke positiv auf



Same Old Deal Again

von **Jörg Später**

► Ein Gespenst geht um in Europa. Es ist wie vor 150 Jahren rot, doch diesmal müssen sich keine Mächte des alten Europa zu einer heiligen Hetzjagd gegen dieses Gespenst verbünden. Denn es spukt lediglich die Sozialdemokratie, vor der sich schon lange niemand mehr fürchtet. Im Gegenteil: Fast einhellig wird freundlicher Beifall gespendet. Gerade in den Medien hat man in den letzten Jahren immer wieder das Klagelied gesungen, daß die Politik im Zeitalter der Globalisierung verschwunden sei. Und nun begrüßt man einen Paradigmenwechsel: Die gesamtwirtschaftliche Vernunft werde wiederentdeckt, statt einem blinden Marktradikalismus zu huldigen. Auch in der Linken hat der Neoliberalismus eine steile Karriere zum Hauptfeind der Menschheit hinter sich, und entsprechend freut man sich hier und dort, daß nun wieder gestaltet und geformt wird (und sei es nur durch neoliberalistische Sozialdemokraten wie Blair und Schröder).

Gibt es nach dem sozialdemokratischen Siegeszug in Europa ein Revival des Keynesianismus auf Kosten des Neoliberalismus? Werden wir einen Euro- oder gar einen globalen Keynesianismus erleben? Und wie soll sich die Linke zu einem solchen Projekt verhalten? Das sind Fragen, die nicht nur die Öffentlichkeit bewegen, sondern auch innerhalb unserer Redaktion unterschiedliche Stellungnahmen hervorrufen. Diese entzünden sich aufgrund verschiedener Sichtweisen über das Verhältnis von Staat und Markt: Bilden diese beiden antagonistische Gegensätze, so daß man die Politik gegen den »Terror der Ökonomie« ins Feld führen kann, oder bilden beide eine dialektische Einheit in einem größeren Ganzen, nämlich der kapitalistischen Gesellschaft? Georg Lutz und Jörg Später, die sich über solche Fragen streiten, sind beide Mitarbeiter im ***iz3w****.*

Gerade der Bastelkurs des alten Keynes findet nach der Pleite des Kommunismus, dem Pech so mancher Spekulanten und den Pannen des Neoliberalismus enormen Zulauf.

Einer kritischen Theorie kapitalistischer Gesellschaften sollte dieser Spuk um Keynes jedoch nicht viel mehr als ein Stirnrunzeln wert sein. Man kann den Staat nicht gegen den Markt ausspielen. Beide bilden zwei Teile eines Ganzen, dessen Prinzipien Verwertung des Werts und die Akkumulation des Kapitals sind. Der Staat garantiert als herrschaftsförmige Institution nicht nur den rechtmäßigen Rahmen kapitalistischer Produktionsweise und ihrer Produktionsverhältnisse, wie es die alte Arbeiterbewegung beklagt hat. Er ist also nicht einfach ein Staat der Kapitalisten, den es zu okkupieren gelte. Er ist vielmehr ein Staat des Kapitals, der Staat eines sozialen Verhältnisses; er ist ideeller und reeller Gesamtkapitalist, der sich um die Reproduktion der Gesellschaft sorgt und durchaus gegen die Einzelinteressen einzelner Kapitalien vorgehen kann und muß. Gerade angesichts des sozialdarwinistischen Prinzips des freien Marktes, das wie ein »Jüngstes Gericht« die Guten ins Töpfchen und die Schlechten ins Kröpfchen sortiert, benötigt eine kapitalistische Gesellschaft immer wieder eine regulierende Instanz, die die Reproduktion der Ware Arbeitskraft sichert. Nichts anderes hat der Keynesianismus im Sinn – nämlich eine technokratische, soziale Wildwüchse abfedernde Regulation, die das Bestehen des falschen und unvernünftigen Ganzen mit Vernunft und Augenmaß sichern soll.

Das Ping-Pong zwischen Staat und Markt geht weiter

Dieser Kreislauf von Marktorientierung und Staatsorientierung, von Deregulierung und Regulierung hat den Kapitalismus von Anfang an begleitet. Während des Merkantilismus kam dem Staat entscheidende Bedeutung zu, ohne den die ursprüngliche Akkumulation nicht möglich gewesen wäre. Im freihändlerischen Manchester-Kapitalismus des 19. Jahrhunderts wurde auf das freie Spiel der Kräfte gesetzt. Diese liberalistische Ära des »laissez-faire« fand spätestens mit der Weltwirtschaftskrise zu Beginn der dreißiger Jahre ihr Ende. Mit dem »New Deal« in den USA, dem Stalinismus in der Sowjetunion und dem Nationalsozialismus in Deutschland übernahmen Regime das politische Kommando, die den Markt entweder massiv einschränkten oder vollständig zum Staatskapitalismus übergingen. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg hielt die staatsinterventionistische Phase an. Nun bildete sich in Westeuropa der keynesianische oder fordistische Wohlfahrtsstaat heraus, während in der dekolonisierten Dritten Welt nachholende Entwicklungsdiktaturen vergeblich eine glückliche Zukunft versprachen. Mit der Krise des fordistischen Modells in den siebziger Jahren schlug das Ruder wieder in Richtung Markt zurück, Thatcher und Reagan läuteten die neoliberalistische Wende ein. Heute ertönt dagegen wieder der Ruf nach Politik, und wenn wir und der Kapitalismus nicht gestorben sein werden, dürfen wir das ganze Ping-Pong noch ein paar Mal erleben.

Was zählt, sind die Notwendigkeiten des kapitalistischen Produktions- und Verwertungsprozesses und nicht das Räsonieren von Politikern oder die Wunschzettel, die auf dem Jahrmarkt der Protestbewegungen verlesen werden. Wer verspricht, mit dem Staat gegen den Kapitalismus vorzugehen, trennt entweder unzulässigerweise Politik von Ökonomie, oder er führt Böses im Schilde. Vergessen wir nicht, daß die größten Destruktivkräfte in unseren modernen Gesellschaften sich immer dann entfalteten, wenn ein autoritärer Staat meinte, den Markt beseitigen und sowohl Produktion wie Distribution organisieren zu müssen. Der vermeintliche Bändiger des Kapitalismus war immer sein konsequentester Vollstrecker. Ob ein Staat eine für das Kapital überflüssige, weil nicht verwertbare Bevölkerung füttert, interniert oder liquidiert, entscheiden nicht diejenigen, die einst ihre Hoffnungen in ihn als übergesellschaftliches vernünftiges Wesen gesetzt haben. Die Geister, die man ruft, wird man meistens nicht mehr los. Eine kritische Gesellschaftstheorie sollte konstatieren, daß nur mit modernen effizienten Staatsapparaten die größten Verbrechen dieses Jahrhunderts ausgeführt werden konnten. Mißtrauen gegenüber dem Staat und nicht ein Liebäugeln mit seiner Potenz, scheint mir ein angemesseneres Verhältnis zur Ordnungsmacht zu sein.

Dennoch gilt es eine Einschränkung zu machen: Die Erfahrung mit dem autoritären

Keynes beziehen?



oder totalitären Staat zeigt uns nämlich auch, daß Staat nicht gleich Staat ist. Die Weltwirtschaftskrise 1929 hat wie erwähnt drei Regime auf den Plan gerufen, die allesamt staatsinterventionistisch und keynesianisch inspiriert in das Marktgeschehen eingegriffen haben, die man aber nicht über einen Leisten schlagen kann: das terroristische der Sowjetunion, das keynesianistische des 'New Deal' und das nationalsozialistische, in dessen Zentrum die Vernichtungspolitik stand. In ein und dasselbe Gefäß kann man sowohl Wasser als auch eine giftige Brühe schütten. Angesichts dieser evidenten historischen Unterschiede reicht eine materialistische Staatskritik nicht aus. Zumindest nicht, wenn man ein Phänomen wie Auschwitz erklären möchte. Deshalb gilt es zu konstatieren, daß der Keynesianismus die vielleicht sozialste Staatsformation des Jahrhunderts war.

Für eine emanzipatorische Gesellschaftstheorie ist Staats-Kritik allerdings unerläßlich. Und sie kommt nicht umhin, den Staat als zentralen Baustein einer falschen Totalität zu erkennen. Wenn es das Ziel der Linken ist, eine Gesellschaft zu schaffen, in der der Mensch kein geknechtetes, getretenes und unwürdiges Wesen ist, dann kann sie sich nicht auf den Staat beziehen. Auch nicht auf einen keynesianischen, der nur schönere Tapeten im eisernen Gehäuse verspricht und der wie die Sozialdemokratie die Vermittlung von sozialer Gesinnung und kapitalem Sachzwang verkörpert. Den Gedanken an eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist, hat der Keynesianismus längst abgetrieben. Aber der stammt auch von anderen Gespenstern.

Aus der Versteinerung lösen von Georg Lutz

► Die königliche schwedische Akademie der Wissenschaft griff im letzten Jahr bei der Verleihung des Nobelpreises für Wirtschaftswissenschaften voll ins Klo. Die US-Amerikaner Merton und Scholes wurden für eine Formel zur Wertbestimmung diverser Spekulationsfonds ausgezeichnet. Knapp ein Jahr später crashten die LTCM-Fonds (Long Term Capital Management) zusammen, deren Hauptgesellschafter die beiden Preisträger waren. Das muß bei den Hütern des ehrwürdigen Preises, der seit Jahren fest in neoliberaler Hand war, Denkprozesse ausgelöst haben. 1998 verliehen sie den Preis an den Inder Amartya Sen, der sich im Rahmen seiner wissenschaftlichen Karriere mit entwicklungspolitischen und sozialen Fragen beschäftigte. Die Entstehung von Hungersnöten sieht Sen weniger in einer realen Knappheit an Lebensmitteln begründet. Er begreift sie vielmehr als eine Folge niedriger Kaufkraft, sprich unbezahlbarer Preise. Keynes läßt grüßen.

Tatsächlich scheint es heute einen Paradigmenwechsel zu geben. In fast ganz Europa sind sozialdemokratische Regierungen an die Macht gekommen, und bedeutungsschwangere Worte wie Tendenzwende oder historische Stunde fallen. In diesem Zusammenhang wird Keynes wieder ausgegraben. Fast euphorisch fordert Robert Misik in der taz: »Intellektuelle, lest Keynes!«. Auch die Linke täte gut daran, dieser Aufforderung zu folgen. Allerdings muß Keynes aus der dogmatischen Versteinerung gelöst werden. Der Keynesianismus wird nahezu einmütig – von Ideologiekritikern, Neoliberalen, als auch von Gewerkschaftlern, die von alten Zeiten träumen – auf ein Modell reduziert, das auf die Versöhnung der Marktwirtschaft mit einer starken staatlichen Politik abzielt. Was der Markt nicht auf die Reihe bekommt, soll ein allmächtiger Staat erledigen – je nach Verständnis zur Maximierung des Gemeinwohls oder um den Kapitalismus vor seinem Untergang zu retten.

Dabei bietet die neue Situation für die europäische Linke durchaus Chancen und Handlungsspielräume. Der Neoliberalismus redete uns ein, die freie Entfaltung des Marktes sei ein quasi natürlicher Vorgang, bei dem der Mensch nicht stören dürfe, und bei dem wir nur passiv zuschauen könnten. Jetzt ist wieder von einem politischen Projekt die Rede. Eine mögliche verstärkte Europäisierung der Sozialbeziehungen von Unten, die auch Süd/Nord-Verhältnisse mit einbezieht, hat nun andere Ansprechpartner und Möglichkeiten. Die neue rot-grüne Regierung kann von links unter Druck gesetzt werden. Das freilich interessiert die ideologiekritische Linke, auch in der iz3w, einen feuchten Kehricht. Das 'key-word' im nebenstehenden Diskussionsbeitrag lautet »Totalität«. Teile der marxistischen Linken können von einer Überdosis Hegel nicht lassen. Der philosophische Hintergrund manifestiert sich in der zentralen

John Maynard Keynes *wurde einer breiteren englischen Öffentlichkeit 1925 bekannt, als er als einsamer Rufer eine Polemik gegen den damaligen konservativen Schatzkanzler Churchill verfaßte. Dieser wollte mit der beschlossenen Rückkehr zum unflexiblen Goldstandard das Prestige der Londoner City als Finanzzentrum der Welt stärken. Der Preis war eine deflationistische Politik, die einen »Feldzug gegen den Lebensstandard der arbeitenden Klassen« (Keynes) bedeutete und in der größten Depression dieses Jahrhunderts mündete. Weltweite Aufmerksamkeit fand Keynes 1944, als er Verhandlungsführer der britischen Delegation bei der Konferenz in Bretton Woods war. Im Zeichen der Erfahrungen mit der Weltwirtschaftskrise, der sich abzeichnenden Systemkonkurrenz und des noch nicht besiegten Faschismus stand eine größere Regulierung kapitalistischer Ökonomien auf der Tagesordnung. Hier boten sich seine theoretischen Lösungsansätze einer staatlichen antizyklischenWirtschaftspolitik an, die dann auch praktisch ab1945 in Westeuropa bis Mitte der 70er Jahre an Bedeutung gewannen.*

Unterscheidung zwischen 'Erscheinung' und 'Wesen', um eine saubere Wissenschaft von der bloßen Ideologieproduktion unterscheiden zu können. Keynes ist in diesem 'System' dann eben auch nur Ideologe. So ist dann folgerichtig von dem »Bastelkurs des alten Keynes« die Rede.

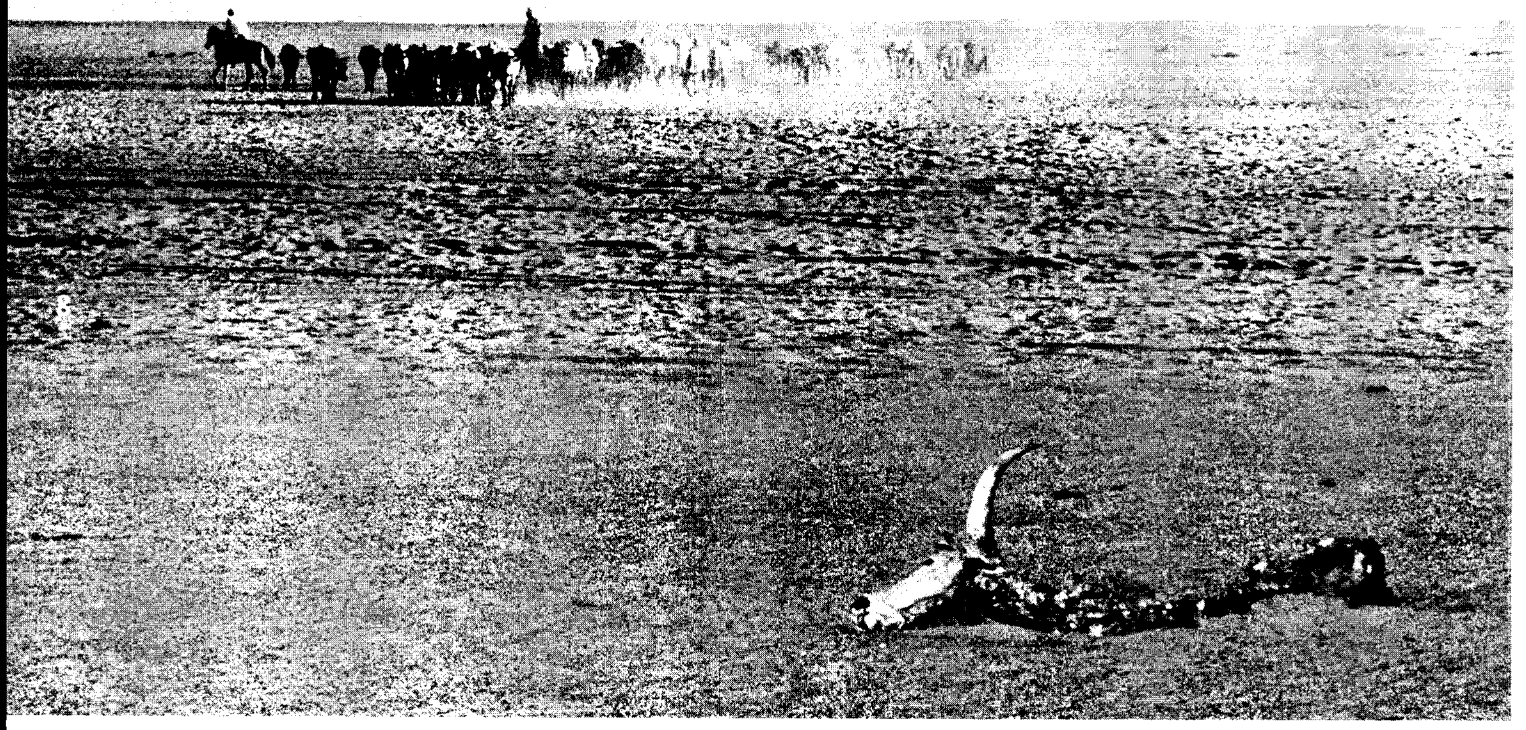
Keynes muß aber auch vor seinen Freunden in Schutz genommen werden. Sozialdemokratische und grüne Modernisierer entdeckten vor wenigen Jahren den »Rheinischen Kapitalismus«. Fast schon romantisch verklärt erinnert man sich an den Beginn der sozialen Marktwirtschaft, zu deren wahrem Hüter man sich nun aufschwingt. Dagegen gilt es mindestens zwei Merkpunkte zu setzen. Erstens wird es keinen Keynesianismus alter Schule in einem Staat mit einer bestimmenden Binnenökonomie mehr geben. Gegen den Neoliberalismus zu polemisieren und von den guten alten Zeiten mit Papa Staat zu träumen, ist weder realistisch noch wünschenswert. Der Staat wurde in den letzten Jahren vom Sicherheits- zum Wettbewerbsstaat transformiert, dem in erster Linie die Funktion zukommt, die Verwertungsbedingungen so zu gestalten, daß eine nationale Ökonomie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleibt. Hier liegen Anforderungen an die Linke, die bisher weder theoretisch noch praktisch ausreichend wahrgenommen wurden. So ist mir eine ausgereifte kritische Theorie, die das Verhältnis von Staat und Markt unter den Bedingungen der Globalisierung analysiert bisher nur in Bruchstücken bekannt (vgl. etwa Bernd Röttger, *iz3w 218*). Und zweitens ist das Projekt eines Eurokeynesianismus, das zur Zeit von verschiedener Seite gefeiert wird, noch ein sehr vages Bild. Der Maastrichter Vertrag und das Konzept der Europäischen Zentralbank im besonderen und der Standortdiskurs im allgemeinen sind stählerne neoliberale Rahmenbedingungen, an denen nicht mit Keynes, sondern mit Kosmetik gearbeitet wird.

Heute wird nicht mit Keynes, sondern mit Kosmetik gearbeitet

Die Links-Keynesianerin Joan Robinson nannte die Reduzierungen des Theorieklassikers schon zu Beginn der 70er Jahre einen »Bastard-Keynesianismus«. Die Keynessche Theorie war für sie längst selber zur Orthodoxie verkommen. Die Frage nach dem Ziel und der Nützlichkeit der antizyklischen Politik mit den Vollbeschäftigungsprogrammen wurde ausgeblendet. Robinson wollte die Aussteuerung von Konjunktur- und Wachstumskrisen mit Überlegungen über gesellschaftlich gewollte und nützliche Produktion verknüpfen. Einem demokratisch ökologischen Umbau, so wie er von progressiver Seite in den achziger Jahren gefordert wurde, konnte mit Robinson theoretisch der Weg geebnet werden. Joan Robinson löste Keynes aus seinen Versteinerungen. Das könnte auch heute eine spannende Angelegenheit sein.

Die Krise der Arbeitsgesellschaft ist nicht mehr zu lösen, indem man Hunderttausende Arbeitslose Löcher aufbuddeln und dann wieder zuschippen läßt, wie es der historische Keynesianismus empfahl. Auch wäre es befremdlich, angesichts der ökologischen Gefahren bedenkenlos eine Verstärkung des Konsums zu fordern. Was wir benötigen, ist eine gesellschaftliche Diskussion über die Rahmenbedingungen der Produktion und Distribution, die einen Wechsel vom arbeits- zum gebrauchswertorientierten Akkumulationsregime einläutet. Hier ist auch der Staat gefragt. Ihm kommt in diesem Zusammenhang als Verwalter öffentlicher Güter desweiteren die Aufgabe zu, den neuen prekären Arbeitsformen zu begegnen. Ein neo-keynesianischer Staat hat die sozialen und kulturellen Grundrechte zu garantieren – etwa durch ein Mindesteinkommen – und neue Formen der ArbeitnehmerInnenbeteiligung oder genossenschaftliche Organisierung zu fördern.

Das sind alles höchst kontrovers zu diskutierende Punkte. Die Linke muß sich aber die Frage nach ihren Zukunftsperspektiven hier und heute stellen, auch wenn sie die »Association freier Menschen« (Marx) zum Ziel hat. Reine Ideologiekritik verschiebt die Suche nach Problemlösungen, politischen Konzepten und Entscheidungen auf St. Nimmerlein. John M. Keynes hat dazu einen klaren Satz geprägt: »In the long run we are all dead!« ◄



In the long run we are all dead!

Fotos: R. Maro/version, Collage: Büro MAGENTA



Zwei Instrumente, eine Wirkung

Knappes Gut für gute Luft

Ein Interview mit Mohssen Massarat über internationale Klimaabkommen und den Energie-Weltmarkt

Die internationalen Klimagipfel in Rio, Kyoto und zuletzt in Buenos Aires (Gute Luft) brachten keine weitreichenden Klimaschutzabkommen. Auf nationaler Ebene wird eine »ökologische Steuerreform«, die die Benzin- und Energiepreise lediglich um wenige Pfennige anhebt, allenfalls als Arbeitsmarktinstrument Folgen haben. Derweil sind sich Klimaforscher inzwischen einig, daß die Emissionen von Kohlendioxid und anderen Gasen zu verheerenden Klimaveränderungen führen werden. Mohssen Massarat fordert daher eine internationale Lösung, die umwelt- wie sozialpolitische Fragen berücksichtigt. Sein Konzept: eine »Mengenregulierung« von fossilen Energieträgern.

► **iz3w:** *Eine Mengenregulierung von Erdöl gab es in erzwungener Form schon einmal. Während der Ölkrisen wurde das Angebot durch die OPEC-Staaten verringert. Die Mengenregulierung wurde zwar nicht von den Regierungen der Industrieländer geplant, aber im Grundsatz läßt sich dieser Weg mit Ihrem Ansatz vergleichen.*

► **Mohssen Massarat:** Die effektivsten Einsparungen weltweit sind tatsächlich nach 1974, aber vor allem nach 1979 erreicht worden, als die OPEC ihr Angebot reduzierte. In den folgenden Jahren ging der Energieverbrauch weltweit zurück. Eine solche Senkung gab es seitdem nicht wieder.

Was macht denn den Unterschied zwischen der Preisregulierung, die die ökologische Steuerreform anstrebt, und Ihrer Variante einer Mengenregulierung aus? Nach den Marktgesetzen erhöht doch eine Verknappung den Preis und umgekehrt führt ein Preisanstieg zu weniger Verbrauch. Das heißt: zwei Instrumente, eine Wirkung.

► Der Unterschied liegt darin, daß das ökologische Ziel durch Mengenbegrenzung zu 100 Prozent erreicht wird. Wenn nichts mehr da ist, kann auch nichts mehr verbraucht werden. Dagegen führen nationale Preisaufschläge auf den Verbrauch, selbst wenn der Preisaufschlag hoch ist, nicht zwangsläufig zum gewünschten Mengenziel. Zum einen können hier sinkende Weltmarktpreise die Mengenwirkung von Preisaufschlägen wie der Ökosteuer konterkarieren. Und zum anderen kann kein Industrieunternehmen daran gehindert werden, den Umfang des Energieverbrauchs trotz steigender Preise beizubehalten oder gar ihn wegen eines höheren Absatzvolumens zu erhöhen.

Auf der anderen Seite führen Mengenbegrenzungen in der Regel zu Handel mit dem knappen Gut. Man sieht das deutlich an den Zertifikatsregelungen in den Klimaabkommen. Die Verschmutzung soll begrenzt werden durch Mengenbegrenzung der Kohlendioxid-Emissionen. Die Industriestaaten, vor allem die USA, haben in Rio, Kyoto und jetzt in Buenos Aires durchgesetzt, daß diese Zertifikate gehandelt werden dürfen. Verschmutzungsrechte sind zukünftig käuflich.

► Mengenbegrenzung muß durchaus nicht durch den Handel mit Zertifikaten reguliert werden. Das Zertifikatinstrument ist eines der möglichen Instrumente, allerdings nicht das beste. Erstens würden die Industrieländer dadurch in die Lage versetzt, ihren hohen Energiekonsum mit geringen Kosten beizubehalten, weil sie Verschmutzungrechte auf dem Markt erwerben könnten und weil Länder wie Rußland und zahlreiche Entwicklungsgesellschaften wegen ihres hohen Devisenbedarfs dazu neigen würden, ihre Emissionsrechte an die Industrieländer zu verscherbeln. Und zweitens könnten letztere trotz des Verkaufs ihrer Emissionsrechte weiterhin fossile Energien verbrauchen, weil eine wirksame Kontrolle kaum oder nur mit erheblichem bürokratischem Aufwand mög-

lich ist – schätzungsweise müßten mehrere 10.000 oder gar 100.000 Marktteilnehmer kontrolliert werden. Insofern hat das System viele Schlupflöcher, weshalb es auch von den Industrieländern so massiv befürwortet wird.

Und eine Mengenbegrenzung stopft diese Schlupflöcher?

► So ist es. Ich favorisiere in meinem Modell die direkte Mengenbegrenzung. Wenn wir weniger fossile Energien verbrauchen wollen, dann wäre es naheliegend, weniger davon zu liefern. Dies nenne ich direkte Mengenbegrenzung, die beispielsweise durch eine Energie Marketing Agentur nach dem Vorbild der Zentralbank funktionieren würde. Ähnliches könnte auch international stattfinden. Dazu bedürfte es einer völkerrechtlichen Vereinbarung zwischen den Anbieterstaaten. Nur 18 Staaten der Welt verfügen über 70 Prozent aller fossilen Ressourcen. Kämen diese Staaten überein, ihr Angebot anteilsmäßig zu verknappen, so würde der Handel mit Zertifikaten, ein klimapolitisch und sozial sehr problematisches System, überflüssig. Deshalb müßten die Anbieterstaaten in das Klimaabkommen eingebunden werden.

Sie setzen also mit ihrem Konzept an der entgegengesetzten Seite an. Nicht das, was hinten rauskommt – Kohlendioxid und Klimagase –, sondern das, was reingeht in die Verbrennung, eben die fossilen Energieträger, sollen reguliert werden.

► Richtig. Das hat den Vorteil, daß die Regelung nicht so leicht unterlaufen werden kann. Es wird nur vereinbart, daß eine bestimmte Menge an fossilen Energieträgern auf den Markt gebracht wird. Für die Verteilung brauchen wir keine Zertifikate und auch keine Quoten. Der Preis regelt die Verteilung, und er könnte steigen, muß aber nicht.

Nicht-Erdölstaaten wie Burkina Faso oder Vietnam könnten diese Energiepreise dann aber kaum mehr zahlen.

► Für arme Länder käme eine Lastenausgleichsvereinbarung hinzu.

»Das ökologische Ziel wird durch Mengenbegrenzung zu 100 Prozent erreicht«

Ist es überhaupt vorstellbar, daß die multinationalen Konzerne eine Kontrolle des Marktes tolerieren würden?

► Durch Mengenbegrenzung wird ja den multinationalen, übrigens auch den nationalen Öl-, Kohle- und Gas-Konzernen nicht vorgeschrieben, wie sie produzieren und vermarkten sollen. Die Eigentümerstaaten von Öl-, Gas- oder Kohlevorkommen, dazu gehören Industrie- wie Entwicklungsländer, legen auf der Basis eines völkerrechtlichen Abkommens, das durchaus auch flexibel auf Veränderungen nach allen Seiten reagieren kann, nur die mengenmäßigen Obergrenzen fest und erteilen den Konzernen entsprechende Nutzungsrechte. Bei diesem System müßte nur kontrolliert werden, daß die Konzerne ihre Verpflichtungen einhalten. Im übrigen ist die Beschränkung der Freiheiten von Konzernen eine politische Frage und legitim. Nirgendwo steht geschrieben, daß sich die Weltgemeinschaft dem Willen einiger hundert Konzerne unterzuordnen hat.

Das Konzept einer Mengenregulierung entspricht in gewisser Hinsicht dem Konzept der Nachhaltigkeit. Nachhaltiges Wirtschaften kommt aus der Forstwirtschaft und bedeutet etwa, daß nicht mehr geerntet wird als nachwächst. Die häufig versuchte Übertragung auf andere Wirtschaftssektoren scheitert daran, daß schlicht und einfach nichts nachwächst. So ist das auch beim Öl.

► Bei der Forstwirtschaft ist das natürlich einfacher. Bei der Energiewirtschaft gibt es zunächst das Problem, daß die Ressourcen endlich sind. Außerdem gibt es das Klimaproblem. Denn die Kohlendioxid-Senken sind ebenfalls endlich. Nachhaltig wäre eine Energiewirtschaft, wenn die Ressourcen für nachfolgende Generationen nicht zur Neige gingen und gleichzeitig das Klima nicht aus dem Gleichgewicht gebracht würde. In diesem Kontext ist denkbar, daß durch den Einsatz regenerativer Energien die Prinzipien von Nachhaltigkeit erfüllt werden.

In Zeiten, in denen der »freie Markt« Angebot und Nachfrage bestimmt, ist das Konzept eher außergewöhnlich. Wie stehen die Chancen einer Umsetzung?

► Tatsächlich waren die letzten Jahrzehnte bestimmt durch den Neoliberalismus. Selbst die Umweltorganisationen folgten der neoliberalen Ideologie. Nun ist jedoch seit einiger Zeit eine Trendwende feststellbar. Der Neoliberalismus ist an seine Grenzen gestoßen. Der Markt löst nicht alle Probleme, sondern er schafft neue. Diese Erkenntnis setzt sich langsam durch. Die Wahl sozialdemokratischer Regierungen mit einer teilweisen Rückkehr zu keynesianischer Wirt-

Ökosteuer als Preisdrücker

► Ein »Dilemma der ökologischen Steuerreform« – so der Titel seines gerade erschienenen Buches – sieht Mohssen Massarat darin, daß soziale und ökologische Aspekte in Konkurrenz zueinander gestellt werden. Er vermißt aber vor allem globale und weltwirtschaftliche Argumente in der Debatte. Diesen Bezug stellt er auf 220 Seiten ausführlich her, sowohl klima- als auch wirtschaftspolitisch.

Massarat entwirft ein Alternativ-Szenario, nach dem die Ölförderung gesenkt und der Energiepreis damit indirekt – nach OPEC-Vorbild – durch die Förderländer erhöht wird. »Direkte Mengenregulierung« nennt er dieses globale Planspiel, das dem freien Markt deutliche Grenzen setzt, gerade daher allerdings auch utopisch klingt. Denn die Hoffnung, daß die Konzerne und führenden Wirtschaftsmächte, die sich ihre Vormachtstellung (wie Massarat zeigt) auch durch zahlreiche Kriege sicherten, diese nun freiwillig aufgeben sollen, erscheint fast vermessen. Für die ökonomische Entwicklung vieler erdölexportierender Länder ist ihre Einflußnahme auf die Klimaschutzpolitik allerdings dringend notwendig.

Denn der Energiesektor ist einer der wenigen Bereiche, in denen ein Netto-Kapitaltransfer von Nord nach Süd stattfindet. Zwar profitieren vor allem einige schwerreiche Golfstaaten vom Ölgeschäft, doch – in unterschiedlichem Maße – sind auch relativ arme Staaten dieser Region wie Iran oder Syrien, aber auch Nigeria, Venezuela oder Mexiko von den Einnahmen aus den Ölverkäufen abhängig. Jeder Kurswechsel beim Rohölpreis, das weist Massarat nach, hat schwerwiegende Folgen für diese Länder. Gerade diejenigen Staaten, deren Haupteinnahmequelle Öl ist, haben unter dem derzeitigen Preisverfall zu leiden. Massive Preiserhöhungen durch (Öko-) Besteuerung im Norden, die zu einem Nachfragerückgang führen könnten, brächten beträchtlich Einnahmeverluste für diese Länder. Denn die Verteuerung käme nicht den Produzenten – wie während der Ölkrisen in den siebziger Jahren –, sondern lediglich den Steuersäckeln der Industriestaaten zugute. Der Verkaufsdruck, so Massarat, würde zu einem Preiskampf unter den Erdöl-Anbieterstaaten führen, der Preis würde sinken. Damit wären die klimapolitischen Ziele verfehlt. Was bliebe, wäre eine neuerliche Umverteilung von Süd nach Nord. Ein Gedanke, der in der Diskussion um die Ökosteuer bislang zu kurz kommt.

step

Mohssen Massarat: Das Dilemma der ökologischen Steuerreform. Plädoyer für eine nachhaltige Klimapolitik, Metropolis-Verlag Marburg, 1998.

schaftspolitik zeigt dies. Für soziale Sicherheit und Schutz der Umwelt ist der Markt der schlechteste Regulator. Umweltpolitik bedeutet, Marktkräften deutliche politische Grenzen zu setzen.

Die ökologische Steuerreform aber geht diesen marktkonformen Weg. Wie wird sich die Steuerreform international auswirken?

► Für den Fall, daß die Ökosteuer in den Industriestaaten tatsächlich eine Energieverbrauchssenkung bewirkt, wird es zu einem Preisverfall am Weltmarkt kommen. Die erdölexportierenden Staaten werden mehr produzieren, um ihre Einnahmen zu stabilisieren. Dadurch werden die Preise weiter sinken. Es gibt mehrere Gründe, warum die OPEC-Staaten nicht marktkonform reagieren. Viele Staaten sind von den Einnahmen abhängig, die Folgen eines Nachfragerückgangs wären für manche Länder dramatisch. Nigeria beispielsweise wird, wenn weniger Öl verkauft werden kann, weitere Konzessionen gegenüber den Ölkonzernen machen. Umweltmaßnahmen und notwendige Investitionskosten werden reduziert, um kurzfristig zu sparen. Umweltpolitisch heißt das im übrigen, daß der nationale Preisaufschlag durch die Ökosteuer wieder aufgehoben würde durch den internationalen Konkurrenzkampf und Preisverfall. Es zeigt sich, daß nationale Regelungen nur erste Schritte sein können. Es bedarf internationaler Klimaabkommen, in die die Produzentenländer integriert sein müssen.

Sie haben das Beispiel Nigeria angesprochen. Gerade in Westafrika führt der Öl-Boom offenbar nicht zu gesellschaftlichem Reichtum, sondern zu Protesten aus der Bevölkerung gegen Landvertreibung und Umweltverschmutzung. Die Golfstaaten dagegen sind durch das »schwarze Gold« reich geworden. Wieso ist die Entwicklung beider Regionen so verschieden?

► Mehrere Faktoren spielen eine Rolle. Grundsätzlich ist die heutige Situation in westafrikanischen Ländern mit der in der Golfregion in den 50er und 60er Jahren vergleichbar. Diese Staaten hatten damals kein Kapital, keine Erfahrungen mit Ölproduktion und -vermarktung, kein Know-how, und sie waren daher gezwungen, die Produktion und Vermarktung den großen Ölkonzernen zu überlassen. Sie waren einseitig abhängig von diesen Konzernen – über drei, vier Jahrzehnte. In kleineren afrikanischen Staaten, wo Ölreserven gefunden wurden, ist die Situation heute ähnlich. Sie machen alle möglichen Zugeständnisse gegenüber den Ölkonzernen, um irgendwie an Devisen zu kommen. Im Unterschied dazu ist Nigerias Verhältnis zu den Ölkonzernen durchaus vergleichbar mit dem der Golfstaaten. Die Mißachtung der Rechte indigener Lebensgemeinschaften in den Ölregionen dieses Landes hat nicht mit der Schwäche des nigerianischen Staates gegenüber den Ölkonzernen zu tun, sondern alles geschieht im Konsens, um für beide Seiten möglichst hohe Gewinne zu erzielen.

Wann gab es in den Golfstaaten den Bruch, der dazu führte, daß die Länder heute zu den reichsten der Welt gehören und dieser Reichtum sogar großen Teilen der Bevölkerung zugute kommt?

► Zu den reichsten der Welt gehören nur wenige von ihnen. Die Golfstaaten haben nationale Konsortien eingerichtet, die die Produktion und Vermarktung nach und nach übernommen haben. Eigenkapital, hinreichendes Know-how nach jahrzehntelanger Erfahrung und die zunehmende Abhängigkeit der Industrieländer vom Öl halfen der OPEC, den Ölpreis zu erhöhen und Konzessionen der multinationalen Ölkonzerne weitgehend aufzuheben.

Haben die westafrikanischen Staaten diese Möglichkeit heute nicht?

► Die kleineren Staaten wahrscheinlich nicht. Es sei denn, sie treten einer funktionierenden OPEC bei. Momentan funktioniert die OPEC aber nicht. Im übrigen ist die Golfregion mit den westafrikanischen Staaten insofern nicht vergleichbar, als die Ressourcen sehr unterschiedlich sind. In der Golfregion lagern etwa 67 Prozent, in Afrika insgesamt weniger als sieben Prozent der weltweiten Ressourcen. Die Möglichkeiten der afrikanischen Staaten sind entsprechend kleiner. Auch diese Tatsache spricht dafür, daß im Rahmen der Klimaabkommen eine globale Lösung für die Klima- und Umweltprobleme gefunden werden muß.

► **Mohssen Massarat** ist Professor für internationale Wirtschaftsbeziehungen, politische und ökologische Ökonomie an der Universität Osnabrück.
Das Interview führte Stephan Günther.

Die Tschad-Kamerun-Pipeline

► Eine geplante, 1.050 Kilometer lange Erdölpipeline aus dem Süden des Tschad bis zum Atlantikhafen Kribi in Kamerun sorgt für Proteste und Widerstand bei vielen Bewohnern rund um die geplante Strecke und bei Umweltschutzorganisationen.

An dem Projekt zur Erdölförderung im Gebiet Doba und zum Transport sind ein Konsortium der Konzerne Exxon, Elf und Shell, die Weltbank und die Regierungen des Tschad und Kameruns beteiligt (siehe *iz3w Nr. 229*). Ab dem Jahr 2001 sollen täglich 225.000 Barrel aus ungefähr 300 Bohrlöchern durch eine unterirdisch verlaufende Pipeline gepumpt und in Kribi auf Tanker verladen werden. Die Investitionssumme beträgt etwa 3,6 Milliarden Dollar. Die Befürchtung der Gegner, daß die Bewohner der Gegend unter den Umweltfolgen und der Zerstörung ihrer Ackerflächen zu leiden haben, an den positiven Effekten jedoch nicht beteiligt werden, scheint sich zu bestätigen: Im Süden des Tschad befindet sich bereits ein Camp von Exxon. Jeglicher Konsum der Arbeiter wird aus den USA importiert – möglich durch einen extra dafür erstellten kleinen Flughafen in der Nähe des Camps. Agrarprodukte des Tschad werden nicht konsumiert, Ausgaben der Exxon-Mitarbeiter fließen direkt wieder in die USA. Mehr noch: Weil das Fördergebiet in dem einzigen Gebiet der Sahelzone des Tschad liegt, in der Landwirtschaft betrieben werden kann, droht dem Land eine weitere Nahrungsmittelverknappung. Schon jetzt werden Nahrungsmittel importiert, um die Ernährung der Bevölkerung zu sichern. Die Landwirte wurden bislang nicht einmal über das Projekt informiert, Entschädigungen sind im Finanzplan nicht vorgesehen. Ähnlich ist die Situation entlang der Pipeline-Trasse. Weder die Pygmäen, die in dem Waldgebiet leben, durch das die Pipeline führen soll, noch die Krabbenfischer im Hafengebiet von Kribi können mit Entschädigungen rechnen.

Zwar ist weder im Tschad noch in Kamerun eine grundsätzliche Ablehnung des Projekts zu erkennen, doch die Forderungen nach mehr Transparenz in der Planung, nach strengeren Umweltauflagen und nach Entschädigungen der betroffenen Anlieger werden lauter. Bislang reagieren die Regierungen, ähnlich wie das Nachbarland Nigeria, mit Bewachung der Erdölfelder durch das Militär und verstärktem Vorgehen gegen Proteste. Aus dem Fördergebiet wurde die Bevölkerung mit einem besonders drastischen Mittel vertrieben: Die Wasserpumpen wurden kurzerhand abgestellt.

Sabine Meißner

Kaffee, Kekse und Konversation

NGOs auf der Klimakonferenz in Buenos Aires

von **Heike Walk** und **Achim Brunnengräber**

Die Regierungsdelegationen aus 161 Ländern, die sich Anfang November in der argentinischen Hauptstadt versammelten, um über die internationale Klimapolitik zu debattieren, wurden auch diesmal vom Tross der NGOs begleitet. Dieser Tross gilt als Speerspitze dessen, was unter dem Label »internationale Zivilgesellschaft« gehandelt wird. Ist diese Zivilgesellschaft nun integraler Bestandteil des internationalen Institutionensystems oder Ausdruck einer herrschaftskritischen Öffentlichkeit? Ein Blick auf das rege Treiben in den Konferenzräumen gibt darüber Auskunft.

► Noch vor dem ersten offiziellen Konferenztag kamen die im Climate Action Network (CAN) organisierten NGO-VertreterInnen zusammen, um sich gemeinsam auf den Konferenzmarathon vorzubereiten und erste Strategiepläne zu schmieden. An den darauffolgenden zwölf Tagen versammelten sich jeweils an die hundert NGOs täglich, um sich gegenseitig zu »briefen«, sprich sich über den Stand der offiziellen Verhandlungen auszutauschen, Termine zu verkünden und Interventionsmöglichkeiten für die Lobbyarbeit zu beraten. Seit der Gründung des weltweit 250 Umweltorganisationen zählenden Netzwerkes im Jahr 1991 hat sich mittlerweile eine effiziente Arbeitsform entwickelt, die den Versammlungen einen gewissen »drive« verleihen. Ein oder zwei täglich wechselnde VerhandlungsleiterInnen fragten die zu behandelnden Tagesordnungspunkte ab, die dann im Eiltempo – denn Zeit ist ein kostbares Gut bei den Konferenzen – abgearbeitet wurden.

Nur »grüne« NGOs, d.h. NGOs, die sich für den Umwelt- und den Klimaschutz einsetzen, waren zu diesen Treffen zugelassen. Wann immer neue Gesichter auftauchten, wurde eine kurze Vorstellungsrunde eingeleitet, die verhindern sollte, daß sich schwarze Schafe aus der Industrie unter die Umweltschützer mischen. Meist aber war die Überprüfung der Zugehörigkeit zu einer NGO gar nicht nötig. Man kennt sich auf dem internationalen Parkett. Über die Jahre hinweg wurde der Informationsaustausch und die Zusammenarbeit unter den Organisationen intensiviert, persönliche Beziehungen entstanden. Die regelmäßigen Zusammenkünfte und informellen Gespräche in den Fluren sowie die ausgelassene NGO-Party trugen dazu bei, daß die NGO-Community recht homogen wirkte.

Die NGOs haben sich funktionell in das System eingefügt

FlexMex, COP/MOP und andere Ungeheuer

► Die NGO-Community ist jedoch alles andere als homogen und »global«. Auffallend war bei der Klimakonferenz zum Beispiel die geringe Beteiligung von Süd-NGOs. Nicht nur zahlenmäßig waren sie in der Minderheit, auch ihre Positionen wurden gegenüber den wirkungsmächtigen westeuropäischen und in noch stärkerem Maße gegenüber US-amerikanischen Positionen marginalisiert. So waren besonders die Länder Afrikas gar nicht oder nur schwach vertreten, aber auch überraschend wenige lateinamerikanische NGOs, von den argentinischen einmal abgesehen. Dies mag an den finanziellen Schwierigkeiten vieler

Gemeinsam sorgen wir ...



Foto: H.Sachs/version

Umweltschutzorganisationen gelegen haben. Für die Teilnahme an den internationalen Verhandlungen muß aber nicht nur das Geld für den Flug und das Hotel vorhanden sein. Um politisch zu intervenieren, ist auch eine gewisse Professionalisierung erforderlich, um Informationen und Positionen produzieren und verteilen zu können. Dementsprechend wurden die täglichen CAN-Treffen eindeutig von den NGOs aus den Industrieländern dominiert, wobei die anglophonen VertreterInnen außerdem erhebliche Sprachvorteile hatten. Von ihnen wurde ein Großteil der Diskussionsbeiträge bestritten.

Problematisch gestaltete sich auch das Verhältnis der Konferenzprofis zur »Basis« vor Ort. Wenige Monate vor der Konferenz war das »Foro del Buen Ayre« aus rund 100 argentinischen Organisationen gegründet worden. Während der Austausch dieses Forums mit den argentinischen Regierungsdelegierten gut funktionierte, kam eine Zusammenarbeit mit der internationalen NGO-Community nicht in Gang. Während der ersten CAN-Meetings wurde von den Foro-Mitgliedern noch gefordert, daß langsam und deutlich gesprochen werden und die vielen Abkürzungen jeweils erklärt werden sollten. Die Akronyme wie FlexMex, COP/MOP oder CAPs, um hier nur die wohlklingenden zu nennen, waren auch wahrlich nicht dazu geeignet, transparente Politikprozesse zu ermöglichen. In dem Maße, wie die Detailfragen den Verhandlungsprozeß beherrschten und Geschäftigkeit und Hektik in den Konferenzsälen zunahm, ging die Forderung des Foro unter. Seinen traurigen Tiefpunkt erreichte das Verhältnis zwischen dem Foro und dem CAN, als zu einem im CAN-Meeting angekündigten gemeinsamen Gespräch nur die argentinischen NGO-VertreterInnen erschienen.

Kompetenz schafft Akzeptanz

▶ Die große Stärke der CAN-Mitglieder liegt in der fast schon kriminalistischen Verfolgung des Verhandlungsprozesses. Sie erkennen in den Verhandlungstexten die Positionen der Regierungen wieder, spüren zirkulierende »non-papers« (informelle Papiere) auf und sammeln jede Bemerkung über den aktuellen Stand in den «contact groups», den geschlossenen kleineren Verhandlungszirkeln. Durch die Doppelrolle einiger KonferenzteilnehmerInnen, die sowohl als NGO- VertreterInnen auftreten und gleichzeitig der offiziellen Verhandlungsdelegation eines Landes angehören, sind die NGOs meist auch über diejenigen Verhandlungen gut im Bild, von denen sie offiziell ausgeschlossen sind.

Nach dem Austausch der Informationen im Netzwerk waren die NGOs in Buenos Aires oft besser informiert als manche Delegierte, die sich nur mit spezifischen Teilfragen beschäftigten. »Da kennen Sie sich besser aus ...«, meinte etwa der deutsche Umweltminister Jürgen Trittin, als ihn ein NGO-Vertreter nach einem Teilaspekt der Verhandlungen fragte. Trittin holte mit Barbara Unmüßig (WEED) auch eine NGO-Fachfrau mit dezidiert kritischem Profil als persönliche Beraterin in die offizielle deutsche Delegation. Und der Sekretär der Klimarahmenkonvention Michael Zammit Cutajar bescheinigte den NGOs sogar, das intellektuelle Niveau der ganzen Veranstaltung zu heben. Sie seien aufgrund ihrer Kapazitäten über den aktuellen Gang der Ereignisse auf einem besseren Stand als das Klimasekretariat. NGO-VertreterInnen wurden zu Treffen – »informal meetings« – mit Delegierten geladen. Und die Weltbank lud zu «coffee, cookies and conversation» ein.

Die Politik der Nähe zwischen Regierungen und NGOs zeigte sich auch darin, daß sich die meisten UmweltministerInnen mit ihren heimischen Umweltgruppen trafen, um über die jeweilige Einschätzung des Verhandlungsverlaufs zu reden. Die NGO-VertreterInnen vor Ort stellen ein Vorfeld politischer Öffentlichkeit dar, an dem ausgetestet werden kann, wo spätere Kritik an der Haltung der Regierung zu erwarten ist. Die Kooperation stößt allerdings bei den USA und anderen Ländern, die sich auf Blockadepolitik verlegen, an ihre Grenzen. Dann verengen sich die Lobbykanäle der NGOs schnell zum Nadelör. Deshalb ist auch im Ergebnis der internationalen Klimapolitik trotz großer Präsenz im Verhandlungsverlauf von NGO-Positionen kaum mehr etwas zu erkennen.

Wie der Herr, so's Gescherr

▶ In der Arbeitsweise der NGO-Community ist eine Anpassung an Strukturvorgaben der internationalen Klimapolitik erkennbar. Diese vollzieht sich nicht nur in der Organisationsform – auch die NGOs organisierten sich in »contact groups«, um im kleineren Zirkel zu

... für gute klimatische Bedingungen



Foto: K. Görgen/version

diskutieren. Die weitgehende Beschränkung auf diejenigen Themen, die auch in den offiziellen Verhandlungen auf der Tagesordnung standen, weist darauf hin, daß die NGOs mit dem System auch erheblich verquickt sind. Sie beschäftigten sich mit den gleichen Detailfragen, die auch in den Verhandlungen relevant waren.

Nach der ersten Hälfte des Verhandlungsmarathons trafen sich die NGOs zu einem Strategietreffen. Hier wurden die Ergebnisse aus den »contact groups« zusammengetragen und die jeweiligen Positionspapiere vorgestellt. Aufgrund der Zeitknappheit fand allerdings keine ausführliche Diskussion der Konsenspapiere statt, so daß die verschiedenen politischen Facetten der NGO-Community nur ansatzweise deutlich wurden und Bezüge auf weltwirtschaftliche Zusammenhänge fehlten. Auffallend war auch die vorsichtige Umgangsweise der NGOs untereinander. Selten wurden kontroverse Standpunkte klar benannt, eher versuchten die ModeratorInnen, solche Auseinandersetzungen schnell zu unterbinden. Weil das fünfzehnseitige Konsenspapier, das die Positionen aus den Kleingruppen widerspiegelte, schließlich ein weiteres Mal für ein Kurzpapier auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner eingedampft wurde, ging den NGOs ein wichtiges Interventionsinstrument verloren. Das Papier hatte kaum inhaltliche Substanz und konnte deshalb auch keine Grundlage zur Politisierung des Verhandlungsprozesses bieten. Eine öffentliche Wirkung wurde ihm jedenfalls nicht zuteil.

Mercedes-Benz als NGO

▶ Weil die UNO auch die IndustrielobbyistInnen als NGOs anerkennt – sie müssen sich nur entsprechend organisieren und dürfen nicht als Unternehmen direkt auftreten –, bedeutet jede Verbesserung der Stellung der NGOs im UNO-System gleichzeitig eine Stärkung der Industrie. Waren die UmweltschützerInnen und Forschungsinstitute an der ersten Vertragsstaatenkonferenz 1995 in Berlin noch eindeutig in der Überzahl, so hat sich dieses Verhältnis nicht zuletzt durch die Ökonomisierung der Klimafrage deutlich verschoben. Die internationale Klimapolitik gewinnt als politisches Handlungsfeld für die Wirtschaft an Bedeutung. Die Lobby der fossilen Energieträger und seit geraumer Zeit auch die Atomwirtschaft intervenieren massiv. Der Lobbyarbeit der UmweltschützerInnen wird dadurch gegengesteuert. Die IndustrievertreterInnen verfügen für diese Aufgabe über das nötige Kleingeld. Omnibusse vor der Konferenzhalle, die von Mercedes-Benz für den Shuttle-Service zwischen den Hotels im Zentrum von Buenos Aires und dem Konferenzzentrum bereitgestellt wurden, und die vielen (kulinarischen) Empfänge der Industrielobby vermittelten einen kleinen Eindruck von ihren Potentialen.

Institutionalismus statt Internationalismus

▶ Seit der institutionellen Ausformung der internationalen Klimapolitik durch die Unterzeichnung der Klimarahmenkonvention 1992 bei der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro haben sich komplizierte Verhandlungsstrukturen, komplexe Themenfelder und ein COP-spezifischer Slang herausgebildet. Das Verhandlungssystem der internationalen Klimapolitik, in dem NGOs schon ein fester, wenn auch peripherer Bestandteil sind, in dem auch die Medien, die Industrielobbyisten, die Wissenschaft oder Consultancies agieren, ist auf dem besten Weg, ein politisches Subsystem zu schaffen, dessen Inhalte nur noch schwer zu vermitteln sind.

Die internationale Zivilgesellschaft stellt sich in der Nahperspektive als facettenreiches Sammelsurium von politisch, kulturell oder finanziell unterschiedlich geprägten Organisationen und Interessen dar, das nur auf einer sehr abstrakten Ebene unter den gleichen Werten, Prinzipien oder politischen Überzeugungen zusammengedacht werden kann. Auch innerhalb der NGO-Szene kommen Einzelinteressen und Machtstrukturen zur Geltung, die durch internationale Netzwerke nicht außer Kraft gesetzt werden, sondern eher die Machtverteilung zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern widerspiegeln.

Das gemeinsame Interesse am Schutz der Umwelt, in weit größerem Maße aber die institutionelle Ausgestaltung der internationalen Klimapolitik konstituiert erst den übergeordneten Kontext, in dem sich die NGOs netzwerkförmig organisieren. Ein neuer Institutionalismus entsteht, in dem NGOs nicht regierungsunabhängig agieren, sondern sich funktional in das System einfügen. Nicht nur die Organisationsformen, begrifflichen Adaptionen und die thematischen Bezüge, sondern auch die personellen Lobbykontakte und der freundliche Umgangston unter allen Beteiligten machen dies deutlich. In einem herrschaftskritischen Verhältnis zum Staat oder dem internationalen Institutionensystem, wie es der Begriff der 'internationalen Zivilgesellschaft' nahelegt, stehen NGOs hingegen nicht.

▶ **Die Autoren** leiten das Projekt »Global Governance / NGO-Vernetzung« an der Freien Universität Berlin.

Treibhauseffekt trotz festgefrorener Verhandlungen

▶ Die Klimaverhandlungen in Buenos Aires sind im Detail festgefroren. Damit relativiert sich die ihrerzeit als Erfolg gefeierte Einigung von Kyoto, wonach die klimaschädlichen Emissionen in den Industrieländern zwischen 2008 und 2012 um etwa fünf Prozent gegenüber 1990 reduziert sein sollen. Die Mechanismen, mit denen eine »saubere Entwicklung« (clean development mechanism) eingeleitet oder der Handel mit Emissionszertifikaten (emission trading) geregelt werden sollen, wurden aufgrund der heterogenen Interessen unter den Regierungen nicht konkretisiert, mögliche Schlupflöcher nicht gestopft. Ebenfalls ungeklärt blieb die Frage, wie und in welchem Umfang die Industrieländer ihre Klimaschutzverpflichtungen durch Maßnahmen auch außerhalb ihres Landes (vor allem in Entwicklungsländern und den sogenannten Transformationsländern Osteuropas, wie von den USA eingefordert) erfüllen können.

138 Fragen, über die 154 Regierungen lange reden können

Als Ergebnis der Konferenz wurden stattdessen 138 Fragen formuliert, die man als »Aktionsplan« bezeichnete. Über diese können die 154 Regierungen, die bisher die Klimarahmenkonvention unterzeichnet (nicht ratifiziert!) haben, lange reden. Gleichzeitig verschärft sich der Treibhauseffekt. Die Emissionen der USA werden bis zum Jahr 2000 um 11 Prozent zulegen, und ob die deutsche Regierung ihr vom Alt-Kanzler übernommenes und in den Koalitionsvertrag festgehaltenes Reduktionsziel von 25 Prozent bis zum Jahr 2005 gegenüber 1990 erfüllen wird, ist mehr als fragwürdig.

Survival of the Fittest
Alltag an der Grenze zwischen Mexiko und den USA

von **Bettina Kleiber** und **Friederike Habermann**

► Es ist Freitag 11 Uhr. Zeit für die allwöchentliche Pressekonferenz unter der Stellwand in Tijuana. Sie zeigt die Todesopfer der 'Operation Gatekeeper' an. Operation Gatekeeper wurde vor vier Jahren vom Zentrum für Konflikte niedriger Intensität (CLIC), einer Behörde des US-Verteidigungsministeriums, entwickelt und soll für die Perfektionierung der technischen Überwachung und die Verstärkung der Grenzzäune zwischen dem US-Bundesstaat Kalifornien und dem mexikanischen Bundesstaat Baja California sorgen. Auf der Stellwand in Tijuana steht diese Woche die Zahl 340. 340 Tote in vier Jahren. 340 tatsächlich gefundene und dem mexikanischen Konsulat in Los Angeles gemeldete Tote auf dem Grenzgebiet zwischen Tijuana und der zwei Stunden entfernten Stadt Mexicali, dazu 26 Vermißte. Wieviele mögen nicht nur nie gefunden, sondern von niemandem gesucht worden sein in dem unwegsamen, bergigen Wüstengebiet, durch das die Grenze verläuft? Auf einem Foto, das erst vor drei Wochen von der Stellwand gemacht wurde, ist noch die Zahl 322 zu lesen. 18 verdurstete, erfrorene oder gar von der Border Patrol erschossene Menschen, die als Undokumentierte versucht haben, die Grenze zu den USA zu passieren, sind seitdem hinzugekommen.

Inzwischen gehören die toten MigrantInnen, zu deren Gedenken die Stellwand mit den abwaschbaren schwarzen Ziffern an einer der belebtesten Kreuzungen der Stadt aufgestellt wurde, zum Alltag in Tijuana. Um das Interesse der Presse für etwas derart Alltägliches wachzuhalten, müssen sich die sozialen Einrichtungen wie das Casa del Migrante (Männer) oder das Casa Madre Assunta (Frauen und Kleinkinder), die sich um die MigrantInnen kümmern, schon etwas einfallen lassen: So entstand die Idee, anläßlich des mexikanischen Totenfestes entlang des Blechzauns 340 Kreuze mit den Namen der hier verstorbenen MigrantInnen aufzureihen. Einige Kreuze tragen lediglich die Aufschrift: »Nicht identifiziert« und eine grobe Altersschätzung – 30, 25, 20. Doch die meisten weisen Namen auf, das genaue Alter, und die Herkunft der gefundenen Toten: Carmen Cardona Lopez, 23, El Salvador; Epifanio Cardenas Silva, 36, Michoacan; Victor Nicolas Sanchez, 30, Oaxaca, ... An jedem der Kreuze ist eine Kerze befestigt. Mit dem Entzünden der Lichter kommen die Helfer aus dem Casa del Migrante allerdings nicht nach, da der Fahrtwind der vorbeibrausenden Autos sie immer wieder ausbläst. Obwohl eine Schnellstraße, brauchen die AutofahrerInnen lange, bis sie die Kreuze passiert haben. Einer hält seinen Jeep, und hilft dabei, zwei, drei Kerzen wieder anzuzünden: Auch sein Bruder ist beim Grenzübertritt ums Leben gekommen. Allerdings weiter östlich – ein Kreuz von ihm wird er hier nicht finden können.

»Es war vor einem Monat. Wir waren zu viert. Die Border Patrol hatte uns entdeckt und uns gedroht, wir sollten stehenbleiben, sonst würden sie uns in die Beine schießen. Wir waren natürlich erschrocken und sind weggelaufen. Ich habe noch einen Kameraden aus dem Schlamm gezogen, in dem er steckengeblieben war. Mit seinen Turnschuhen in den Händen ist er schließlich als letzter von uns gelaufen. Der erste Typ von der Patrouille hat uns nur festnehmen wollen, doch der andere war so wütend, daß er mit dem Jeep angefahren kam, das Licht ausschaltete, zunächst auf den letzten einprügelte, sich dann unter den Wagen bückte und dreimal auf ihn schoß.«

Jisi Mar, 28, Migrant aus Acapulco/Mexiko im November 1998

Es dauert lange an diesem Morgen bis sämtliche Namen der 340 Toten noch einmal verlesen sind. Als prominenter Köder, um die Presse an diesen symbolischen Friedhof an der Schnellstraße zum Flughafen zu locken, dient der Bischof von Tijuana. Der Kirchenmann mit konservativem Ruf segnet die Kreuze, spricht aber auch ein paar deutliche Worte über die Verantwortung, die sowohl die US-amerikanischen als auch die mexikanischen Behörden für die Toten an der Grenze tragen. »Diese Menschen starben nicht an Wassermangel, nicht aus Hunger und nicht an der Hitze in der Wüste, sondern sie sind die Opfer der Politik, die diese Grenze errichtet.« Gegen diese Politik wendet sich seit Juni diesen Jahres auch eine binationale »Rettungskampagne«. Sie konnte aber nicht verhindern, daß allein in den vier Monaten bis Oktober weitere 78 MigrantInnen bei dem Versuch, die Grenze heimlich zu übertreten, starben. Neben der im Rahmen des NAFTA-Abkommens beschlossenen Operation Gatekeeper sind noch weitere Gesetzesänderungen vereinbart worden. So haben die USA mit dem Illegal Immigration Responsibility Act hohe Strafen für den Grenzübertritt mit gefälschten Papieren, für den wiederholten Versuch, die Grenze ohne Papiere zu überqueren und besonders für das »Schleppen« von Menschen festgelegt – für die 'polleros' also, ohne deren Hilfe die Gefahr, sich zu verirren, noch größer ist. Obwohl damit die finanziellen, sozialen und menschlichen Kosten und Risiken der Grenzüberschreitung enorm gestiegen sind, hat sich die Zahl der undokumentierten Grenzübertritte nicht verringert. Allerdings sind die MigrantInnen nunmehr gezwungen, weiter östlich am Fuße der Rumorosa – einer schroffen Berglandschaft, welche die Border Patrol fast nur aus der Luft kontrollieren kann – ihr Glück zu versuchen. Nach den Statistiken der Border Patrol ist zwar die Zahl der im Raum San Diego aufgegriffenen heimlichen GrenzgängerInnen von Oktober '97 bis September '98 um 32.251 gesunken, gleichzeitig jedoch die Zahl der Festnahmen im östlich gelegenen Imperial Valley um 80.493 gestiegen.

Doch gleich wieviele Bodensensoren, Suchscheinwerfer und Zäune die Border Patrol aufstellt – sie ändern nichts an den für viele MexikanerInnen miserablen Lebensbedingungen. Und die sind es schließlich, die sie ihr Leben riskieren lassen, um auf die andere Seite zu kommen. Während nun auf der einen Seite die Grenzüberschreitung verhindert werden soll, ist auf der anderen jenseits der Grenze in den letzten vier Jahren kein Arbeitgeber von illegalen Migranten rechtlich belangt worden. So macht ein Gedanke die Runde in Tijuana und selbst der Chef der mexikanischen Migrationsbehöde INM spricht ihn inzwischen aus: Nach dem Motto 'Survival of the Fittest' werden billige Arbeitskräfte für den US-Markt »selektiert«.

► **Bettina Kleiber** und **Friederike Habermann** arbeiten als freie Journalistinnen in Mexiko.

Das Schaf ißt, wo es ist

Das korrupte Patronagesystem in Afrika behauptet sich

Eine Replik von **Kai Schmidt-Soltau**



In der iz3w 232 hatte Sherif Wadood die Anstrengungen, Korruption durch Reformierung der Nachfrageseite, also der bestechlichen staatlichen Institutionen, als aussichtslos kritisiert. Nach Vorstellung der Weltbank sollen neoliberal ausgerichtete Umstrukturierungen in Ländern der dritten Welt zu »Good Governance« führen, einer Regierungs- und Verwaltungstätigkeit, die Schmiergelder überflüssig macht. Ohne eine Trockenlegung der Angebotsseite wird es für Wadood aber keine korruptionsfreien Verhältnisse geben. Möglich wäre dies erst, wenn beispielsweise Schmiergeldzahlungen durch Konzerne im Ausland allgemein strafbar würden und alle steuerlichen Absetzmöglichkeiten von Bestechungsgeldern wegfielen. Nicht zuletzt sei auch der Wille der staatlichen Entscheidungsträger nötig, Anti-Korruptions-Reformen tatsächlich umzusetzen.

Als Anfang Oktober 98 die aktuelle Korruptions-Weltrangliste Kamerun mit dem ersten Platz auszeichnete, machte ein Gerücht die Runde: Kameruns Elite hatte es versäumt, rechtzeitig ihre Bestechungssumme einzuzahlen oder war von anderen Ländern überboten worden.

Sherif Wadood beschreibt in seinem Artikel »It takes two to tango« in iz3w Nr. 232 Korruption als Randerscheinung der Gesellschaft. In Kamerun ist sie allgegenwärtig. So macht Wadoods Einwand, daß Korruption einzelne zu Ungunsten der Steuerzahler begünstigen würde, nur dann Sinn, wenn man überhaupt Steuern zahlt, bzw. nicht deren Höhe selbst durch kleine Geldgeschenke bestimmen kann. Zum anderen setzt der Einwand voraus, daß die Staatseinnahmen prinzipiell allen Bürgern zugute kommen. Dies, wie auch überhaupt die ganze Weltbankvorstellung einer 'Good Governance' gehört jedoch zu jenen Idealen wie die ewige Jugend und das Schlaraffenland, die in dieser Welt wohl nicht allzu bald verwirklicht werden.

Wadoods Anregung, daß zur Korruption immer zwei gehören, ist natürlich richtig, nur variiert die Konstellation zwischen Gebern und Nehmern entsprechend der konkreten Situation. Will der Bürger etwas von seinem Staat, muß er immer dafür zahlen. Ob dies nun Bearbeitungsgebühr genannt wird oder ein kleiner, nicht spezifisch ausgewiesener Betrag ist, der ohne Quittung geleistet wird, ändert wenig an dem Vorgang selbst. Der Bürger in einem korrupten Land kann zumindest die Bearbeitungsgeschwindigkeit der Staatsdiener unmittelbar steuern – ausreichendes Kleingeld vorausgesetzt. Es herrscht hier eine fast idealtypische Marktbeziehung: Der Bürger ist Kunde. Wenn ihm die Ware zu teuer ist, muß er warten bis die Preise fallen. Anders ist es, wenn der Staat etwas von seinem Bürger will, sei es an einer polizeilichen Straßensperre, sei es an einer Radarfalle. Der diskrete Charme der Staatsmacht setzt sich unmittelbar durch, ob nun bezahlt werden muß, weil man in Sandalen gefahren ist, oder weil die zulässige Höchstgeschwindigkeit überschritten wurde. In beiden Fällen bleibt dem Bürger wenig Spielraum – an einer bestechlichen Straßensperre kann zumindest über den Preis verhandelt werden. »Das Schaf ißt, wo es ist.« Diese kamerunische Weisheit erleichtert den Umgang mit dem Staat ungemein. Wenn Geschäftsleute in Kamerun Steuerbehörden bestechen müssen, wenn sie – aus welchem Grund auch immer – Steuern bezahlen wollen, um schließlich eine Steuerbescheinigung zu erhalten, liegt es doch näher, den Beamten mit einer Sondergratifikation zur Ausstellung des Dokumentes zu bewegen, ohne daß man stundenlang vor Schaltern darum betteln muß, seine Steuern zahlen zu dürfen.

»In einem umfassend korrupten Land kann man alles durchsetzen«

Schlanker Staat – fette Schmiergelder

► Korruption im unmittelbar monetären Sinne ist eine Auswirkung des von der Weltbank vor einigen Jahren durchgesetzten Modells des schlanken Staates. In fast allen Ländern Afrikas wurden die Löhne für Staatsbedienstete mit Ausnahme von Politikern und Militärs drastisch gekürzt, sofern die Regierung intelligent genug war, an ihr Überleben zu denken (in Kamerun um bis zu 75%). Das normale Gehalt – welches obendrein häufig um Monate, wenn nicht gar Jahre verspätet ausgezahlt wird – eines Polizeibeamten oder eines Zöllners reicht in Kamerun nicht einmal aus, um seine Uniform in Stand zu halten, geschweige denn, eine Großfamilie zu ernähren. Beschränkte sich vor zehn Jahren die Bestechung auf freundliche Worte und kleine Geschenke, wird nun immer und überall, wo der Staat seine Herrschaft durchsetzen kann, abkassiert. Dies macht gesellschaftlich durchaus Sinn, da Staatsbedienstete ohne Einkommen wohl kaum davon abgehalten werden könnten, ihre Ausrüstung zu privaten Zwecken einzusetzen. Die Korruption ist gewollt, da nur so der Schein von Verwaltung aufrecht zu erhalten ist, und geplant, da alle in der jeweiligen Behörde, vom Pförtner bis zum Minister, anteilmäßig beteiligt werden, so der Bestochene seine Einnahmequelle nicht verlieren will.



In gewisser Weise entspricht eine totale Korruption dem afrikanischen Patronagesystem besser als die weltentrückte westliche Demokratie, die ohne protestantische Ethik und jesuitische Selbstverleugnung kaum denkbar ist. Die Korruption sichert den Patrons Einkommen und Ehrerbietung. Im Gegenzug weisen sie den Einzelnen ihre Position zu, eröffnen ihnen eine Lebensperspektive und garantieren bei Wohlverhalten umfassenden Schutz. Ob dieses System auf der Macht von Geheimgesellschaften oder auf staatsmonopolistischen Komplexen beruht, die jede Form von wirtschaftlicher oder politischer Opposition unterdrücken, bleibt letztlich gleichgültig. Die afrikanische Enkelgeneration hat gelernt, unter dem Schein der Modernität nicht nur Traditionen zu wahren, sondern die sozialen und technischen Revolutionen ihren Bedürfnissen anzupassen.

Die Patrons bereichern sich weiter

► Angesichts einer »autozentrierten Modernisierung«, die immer nur den alten Eliten in Afrikas Staaten nützt, bleibt dem Norden lediglich eine Zuschauerrolle. Wenn man die Dependenztheorie nach ihrem Abtreten von der intellektuellen Bühne noch einmal demütigen wollte, könnte man von ihrem Erfolg sprechen. Die traditionellen Eliten haben bislang alle Modebewegungen der Weltbank und des IWF überlebt. Von Rostows Modernisierungstheorie haben sie die Elitenförderung besonders beherzigt. Korruption ist hier kein sozialstaatliches Korrektiv, wie Sherif Wadood meint, sondern wird als Mittel zur Kapitalkonzentration am Beginn des Take-offs angesehen. Das Konzept des schlanken Staates wurde in einem bildungspolitischen Kahlschlag und einer hemmungslosen Privatisierung umgesetzt, die es erleichterte, der Vielzahl von regionalen Eliten finanziell entgegenzukommen. Hilfreich für die Streuung der Zuwendungen war, daß Privatbetriebe naturgemäß noch größere Profitspannen aufweisen als staatliche Unternehmen. Angesichts dieser Vorarbeiten war es kein Wunder, daß die formalisierte Demokratisierung ins Leere lief. Eine tiefergehende Betrachtung offenbart, daß nur dort Herrschaftswechsel erfolgten, wo neue Führer keine Veränderungen versprachen, sondern die Konservierung des Alten unter neuem Label. Im Rahmen der Umstrukturierung wurden auf Druck des IWF auf fast allen Gebieten Gesetze und Abgabenordnungen durchgesetzt, die effektiv gar nicht realisierbar sind. So beträgt in Kamerun der Einfuhrzoll auf Autos und Lkws stolze 100% des Wagenwerts. Welcher potentielle Taxifahrer kann sich dies jedoch leisten? Natürlich müssen nach dem Gesetz Steuern und Sozialabgaben für Beschäftigte entrichtet werden. Wer jedoch hat daran ein Interesse, wenn Krankengelder und Renten trotz geltender Ansprüche niemals ausgezahlt werden, außer man kann durch kleine Geldgeschenke, die nicht selten 70–80% der Leistungen ausmachen, seine Bedürftigkeit nachweisen? Mit all diesen Mitteln wird eine autozentrierte Entwicklung zugunsten der nationalen Machthaber gegen jeden Druck von außen und von unten verteidigt.

Auch im Umgang mit Staaten aus dem Norden lassen sich afrikanische Politiker nicht mehr über den Tisch ziehen. Unvergessen, wie sich die kleine Elite der Republik Kongo (Brazzaville) zuerst von dem französischen Elf-Konzern ihren Anteil am Erdölgeschäft für die nächsten fünfzehn Jahre im voraus auszahlen ließ, um dann im Rahmen eines inszenierten Bürgerkriegs nicht nur die mißliebige Opposition zu massakrieren, sondern die Ölfelder erst zu verstaatlichen und dann an die Amerikaner ein zweites Mal zu verkaufen. Von außen mag dies brutal und rücksichtslos aussehen, denn der Krieg hat überall Opfer gefordert, nur nicht unter der Elite, die sich rechtzeitig in Sicherheit gebracht hat.

Das neue Wunschbild »Good Governance« abstrahiert von sämtlichen realen Lebens- und Machtverhältnissen. Ob es an der Korruption überhaupt irgendetwas verändert, darf bezweifelt werden. Warum auch? In einem umfassend korrupten Land kann man alles durchsetzen, sogar 'gute' Dinge wie Umweltschutz, soziale Mindestabsicherung und qualitativ hochwertige Bildung. Man muß nur dafür bezahlen und die Habenichtse bleiben arm und entrechtet. Aber ist dies etwa irgendwo auf der Welt anders?

► **Kai Schmidt-Soltau** arbeitet an der Universität von Buea in Kamerun.



Warten auf Tequila
Triumph und Elend des Neoliberalismus in Lateinamerika

Foto: J. Holst

von **Dieter Boris**

Daß in vielen Staaten Lateinamerikas neoliberale Regierungen soziale Errungenschaften abbauten und neues Elend produzierten, tat ihrer Popularität keinen Abbruch. Den WählerInnen erscheint die Politik zugunsten von Kapital und Eliten als alternativlos auf dem erhofften Weg zum Wohlstand. Vor dem Hintergrund der weiterhin ungelösten sozialen und politischen Probleme könnten jedoch demnächst Oppositionsbewegungen wieder an Bedeutung gewinnen.

► Mit der allseits erwarteten Wiederwahl F.H. Cardosos zum Präsidenten Brasiliens Anfang Oktober 1998 konnte das ökonomisch und politisch bedeutendste Exempel neoliberaler Politik in Lateinamerika seine Bestätigung feiern. Diese Politik bekämpfte seit Mitte 1994 zwar die Inflation in diesem Land erfolgreich, konnte aber andere typische Folgen der neoliberalen Programmatik wie eine steigende Arbeitslosigkeit, die Fortsetzung der Einkommenspolarisierung, die Verstärkung der Außenabhängigkeit sowie höhere Zinsen nicht vermeiden. Zudem hat sie eine akute Finanz- und Währungskrise mitverursacht, die sich absehbar zu einer schweren Rezession ausweiten wird. Dem Nimbus des vorherigen und nun wiedergewählten Präsidenten hat all dies jedoch offenbar keinen Abbruch getan.

Das wirtschaftspolitische Paradigma des Neoliberalismus erlebte in Lateinamerika im Kontext der Schuldenkrise der 80er Jahre seinen Durchbruch. Begonnen hatte seine Durchsetzung jedoch bereits 1973 in Chile nach dem Militärputsch. Mit dem Einschwenken der venezoelanischen Regierung unter R. Caldera auf den IWF-Kurs Mitte April 1996 vervollständigte sich der Übergang zum neoliberalen Paradigma in Lateinamerika. Überdies wurde die Geschichte jener Fälle komplettiert, in der der Präsidentschaftsbewerber vor den Wahlen mit einem populistischen Umverteilungsprogramm angetreten war, die Wahlen gewann, dann aber kurz nach Regierungsantritt just das Gegenteil tat und »dem Volk« eine »neoliberale Austeritätskur« mit drastischen Einschnitten in die ohnehin schon prekären sozialen Lebensbedingungen zumutete: so wie zuvor z.B. unter Argentiniens Präsident C. Menem 1989 und in Peru unter Präsident A. Fujimori 1990.

Der von 1993 bis 1995 reichende »dritte Wahlzyklus« seit dem Abtritt der Militärdiktaturen – dazu zählen etwa der im »letzten Augenblick« gegen die PT errungene Wahlsieg von F.H. Cardoso im Oktober 1994 sowie die im selben oder darauffolgenden Jahr erfolgenden Bestätigungen neoliberaler Politiker in Chile, Uruguay und in den meisten zentralamerikanischen Staaten – bestätigte die neoliberalen Regimes fast überall mit zum Teil sensationellen Ergebnissen (50-60% der Wählerstimmen bei meistens relativ hoher Wahlbeteiligung)[1], obwohl doch aufgrund der sozialen und wirtschaftlichen Resultate der neoliberalen Politik zumindest eine »Abrechnung« mit solchen Wählertäuschungen à la Menem und Fujimori naheliegend gewesen wäre. Als logisch und konsequent erscheint das Wahlverhalten allerdings den Beobachtern aus dem sozialwissenschaftlichen Mainstream. Sie erklären den Neoliberalismus zu einem »ernsthaften Modernisierungsakt« bzw. zu einer »notwendigen Strukturreform«. Ihnen zufolge belohnen die lateinamerikanischen Wähler die »gute« und alternativlose neoliberale Politik, die »sozialen Härten« würden realistischerweise als unvermeidliches Übergangsphänomen hingenommen. Dieser Glaube an die kurz bevorstehenden Segnungen ist jedoch über die Diskurse der neoliberalen Politiker hinaus in den Massen Lateinamerikas weit verbreitet. Einige Gründe dafür sollen zunächst kurz skizziert werden.

Erlösung durch puren Kapitalismus

► Ausgangspunkt für die Übernahme neoliberaler Denkmodelle in Lateinamerika war der Übergang zum sogenannten »Post-Fordismus« in den entwickelten kapitalistischen Ländern, d.h. das Ende der Nachkriegsprosperität unter keynesianisch-klassenkompromißlerischen wirtschaftspolitischen Vorzeichen seit Ende der 70er Jahre. Repräsentiert wurde dieser Neubeginn vor allem durch den Regierungsantritt von Margaret Thatcher in Großbritannien und Ronald Reagan in den USA. Dieser Wandlungsprozeß, der auch in wichtigen ideologischen und kulturellen Veränderungen weit über die Wirtschaftspolitik hinaus seinen Niederschlag fand, war aus einer anhaltenden Wachstums- und Profitschwäche in den meisten kapitalistischen Staaten geboren worden. Das neoliberale



Männer mit Schutzhelmen: Polizei in Chile und Ölförderung in Argentinien Foto: K. Görgen/version

Wirtschafts- und Politikmodell trachtete nun danach, das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit sowohl im nationalen wie im internationalen Raum radikal zugunsten der Kapitalseite zu verändern. Die neoliberal orientierten Regierungen in Lateinamerika begannen ihre Aktivitäten mit vom IWF empfohlenen »Stabilisierungs-« und »Strukturanpassungsprogrammen«. Ähnlich wie in den Metropolen der keynesianische Fordismus als gescheitert betrachtet wurde, entfernte man sich in Lateinamerika von dem anscheinend auf ganzer Linie erfolglosen Modell der Importsubstitutionsstrategie und der populistisch-korporativistischen Politikvariante, da beides die Schuldenkrise und die ausweglose ökonomische Situation hervorgerufen zu haben schien.

Nach diesem Scheitern gelang es den Ideologen des Neoliberalismus, die »radikale Marktwirtschaft« als einzige Alternative zu präsentieren – als Lösung und »Erlösung« von allem Übel. Inwiefern das vorangegangene ökonomische Fiasko nicht nur der wirtschaftspolitischen Strategie zuzuschreiben war, sondern vor allem den realen Machtverhältnissen, der kapitalistischen Produktionsweise als solcher, der enormen ökonomisch-sozialen Polarisierung, den typischen rechtlichen Verkehrsformen in Lateinamerika und vielem anderen mehr, wurde infolgedessen nicht mehr erörtert: Die Importsubstitutionsstrategie und der Populismus/Korporativismus wurden satanisiert und der reine Kapitalismus selig gesprochen, als ob beide nichts miteinander zu tun hätten. Die Ineinssetzung von Kapitalismus/Marktwirtschaft mit Neoliberalismus und die zugleich vollzogene positive Besetzung von beidem gelang vor allem aufgrund der tiefen Krise in erstaunlichem Maße. Dies scheint die wichtigste Erklärung der Regierungskontinuität neoliberaler Regime zu sein: Die Geschichte schien stillzustehen und ließ keine Alternative zu Marktwirtschaft, Öffnung nach außen, Reduktion staatlicher Funktionen etc. erkennen. Den Menschen schien das technokratisch-bürokatische Gestrüpp von Subsidien, Sonderrechten und speziellen Beziehungen zu politisch Mächtigen, das mit Klientelismus und Korruption einherging, weit gravierender und hinderlicher für das eigene Fortkommen zu sein, als sich den Gesetzmäßigkeiten des Marktes zu überlassen.

Zu der hohen Akzeptanz der »neuen Wirtschaftspolitik« hat natürlich auch die systematische Propaganda der Regierungen und die Instrumentalisierung der Medien – insbesondere des Fernsehens – beigetragen. Doch vor allem war es wohl die fehlende Hoffnung darauf, im alten korporatistischen und klientelistischen System durch individuelles Tun seine Situation verbessern zu können, die bei großen Teilen der Bevölkerung den Boden für die Überzeugungskraft der neoliberalen Programmatik bereitete.

Der Glaube an die zukünftigen Segnungen der Liberalisierung ist weit verbreitet

Und tatsächlich wurde die Erwartungshaltung der Wähler vor allem bei der Preisentwicklung zumeist nicht enttäuscht. Gegenüber den Unwägbarkeiten und den besonderen Überlebensnöten für Mittelschichts- und Unterschichtsangehörige in einem Prozeß der Hyperinflation wogen gerade in den Augen dieser gesellschaftlichen Gruppen die sozialen Kosten, extrem autoritäre Tendenzen oder playboy-artiges Gehabe (z.B. Menem oder Bucarám) der Präsidentschaftskandidaten[2] offensichtlich deutlich geringer als die Befreiung von zusätzlichen, die alltäglichen Energien verschlingenden Anpassungsleistungen und realen Verlusten infolge galoppierender Inflationsprozesse.

Ein liberales Politikregime wird offenbar auch als Garant gegen Gewalt sowohl von rechts (Militär) als auch von links (Guerilla) empfunden. Zum Beispiel ist der überwältigende Wahlsieg von A. Fujimori im April 1995 mit 64% der Stimmen in der Präsidentschaftswahl nicht zuletzt auf seinen Erfolg gegen die überwiegend Schrecken und Angst verbreitende Guerilla-Bewegung des »Leuchtenden Pfades« zurückzuführen. Ähnliches gilt für die Cono-Sur-Staaten Chile, Argentinien, Uruguay und für die von Bürgerkriegen gezeichneten Länder wie Nicaragua, El Salvador und Guatemala. Hier genießen Ruhe und Ordnung, politische Stabilität, Regierbarkeit und relative Rechtsstaatlichkeit nach teilweise jahrzehntelangen bewaffneten Auseinandersetzungen und Militärdiktaturen eine hohe Wertschätzung. Ihre Gewährleistung schien beträchtlichen Bevölkerungsteilen bei der »(neo)liberalen Mitte« gut aufgehoben zu sein. Wie lange es den neoliberalen Regierungen gelingt, dieses Image aufrechtzuerhalten, ist offen. Je deutlicher wird, daß die ökonomischen und sozialen Probleme nicht gelöst werden können und zudem die Gewalt in der Gesellschaft zunimmt, wird auch der Eindruck eines effizi-

enten, zwischen den Polen ausgleichenden Regimes sukzessive korrigiert werden.

Eine wesentliche Rolle für den Erfolg neoliberaler Politik spielt auch, daß von einigen Politikern sehr geschickt eine Art von »gezieltem« oder »fokussiertem« (Neo-) Populismus betrieben wurde, der einige Gruppen aus dem bisherigen Klientel begünstigte. So etwa durch partiellen sozialpolitischen Einsatz von Ressourcen aus staatlichen Einkünften durch die Privatisierungswelle. Dies gilt z.B. für Fujimori in Peru, was bereits zu dem Begriff »Fuji-Populismus« geführt hat, für Menem in Argentinien in einem bestimmten Zeitraum oder für Salinas de Gortari in Mexiko mit seinem sozialpolitischen Programm PRONASOL. Hier handelt es sich häufig um die gezielte Verwendung von Geldmitteln, die aus der Privatisierung staatlicher Unternehmen oder aus Krediten internationaler Entwicklungsorganisationen (z. B. Interamerican Development Bank) stammen. Diese werden – häufig unter Umgehung der existierenden Verteilungskanäle – von dem Präsidenten selbst oder seinen direkten Repräsentanten für Nahrungs- oder Wohnprogramme bzw. Infrastrukturmaßnahmen vor allem in städtischen Elendsvierteln eingesetzt. Der enorme begleitende Propagandaaufwand und die bei diesen Anlässen herbeizitierten Medien sollen vergessen machen, daß mit diesen gezielten »Gaben« in nur geringem Umfang die durch die neoliberale Austeritätspolitik verursachte Not kompensiert wird.

Linke in der Defensive

► Auch der Zustand der Gegenseite, oder pauschal gesagt: der Linken, hat bestimmte Handlungen der Regierenden erst ermöglicht. In vielen Ländern, in denen die Linke seit langem schwach ist (z.B. Argentinien) oder vor kurzem stark zurückgefallen ist (z.B. Peru), tut sich ein besonders großer Handlungsspielraum für die neoliberalen Regenten auf. Immer noch befindet sich in den meisten Ländern Lateinamerikas die Linke (im weitesten Sinne des Wortes) in der Defensive. Es scheint, daß die Chancen linker Politik in dem Maße zunehmen, wie die ökonomischen Mißerfolge und Gefährdungspotentiale neoliberaler Politik offenkundig werden und die Linke zur Entwicklung differenzierter Alternativkonzepte in der Lage ist.

Diese werden ohne Zweifel an den offenkundig neuralgischsten Punkten der lateinamerikanischen Wirklichkeit anzusetzen haben: Armutsbekämpfung, Bildung, Gesundheit, besondere Förderung marginaler Gruppen, verstärkte Aufmerksamkeit gegenüber ökologischen Gefahren etc. Das kann durchaus in partieller Übereinstimmung mit dem mittlerweile allgemeinen Tenor geschehen, wie er von der Weltbank, der Interamerikanischen Entwicklungsbank, der UN-Regionalbehörde CEPAL sowie von unterschiedlichen ökonomischen Richtungen verkündet wird: Nach einer Phase harter Einschnitte und »ökonomischer Reformen« müsse nun eine zweite Phase der »sozialen Reformen« einsetzen, um die Gangbarkeit der neoliberalen Orientierung zu beweisen. Die Grenzen »linker Übereinstimmung« mit diesem Konstrukt werden jedoch schnell deutlich, wenn man sich die Ergebnisse des »ältesten« neoliberalen Regimes in Lateinamerika vor Augen führt: In Chile ist nach über zehn Jahren relativ hoher ökonomischer Wachstumsraten der Anteil der Armen von ca. fünf Millionen Mitte der 80er Jahre auf etwa vier Millionen Mitte der 90er Jahre, also von über 40% auf ca. 25% reduziert worden, was sich angesichts des angeblichen chilenischen Wirtschaftswunders und des weithin propagierten Modellcharakters der chilenischen Entwicklung bescheiden ausnimmt. Die krasse Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung wurde von der Verringerung der Armutsquote, der Erhöhung der Beschäftigung etc. nicht berührt. Und dies ist auch folgerichtig, denn nach neoliberaler Orthodoxie können nur aus Zuwächsen Anteile für die Armen abgezweigt werden. Die Relation zwischen den Hauptgruppen der Gesellschaft muß derweil im Prinzip erhalten bleiben, weil ansonsten – so der zentrale Glaubenssatz – die Anreize für »Leistung« und für die »Eliten« abstumpfen.

Resümiert man die Gründe für das Wahlverhalten großer Bevölkerungsteile in Chile, Argentinien, Peru, Mexiko, Brasilien und Zentralamerika, das eine bislang vergleichsweise hohe Akzeptanz neoliberaler Politik demonstriert, so läßt sich erkennen, daß mit den hohen Wahlsiegen durchaus nicht stabile politische Verhaltensweisen und eine für lange Zeit gesicherte Kapitalherrschaft verbunden zu sein braucht. Die »Erfolge« neoliberaler Wirtschaftspolitik sind fast überall alles andere als berauschend gewesen. Dort, wo hohe Wachstumsraten erzielt wurden (z.B. in Argentinien und Peru), geschah dies vor dem Hintergrund einer fast zehn Jahre währenden Stagnation bzw. Regression der Ökonomie, die dem Aufschwung Anfang der 90er Jahre vorausging. Im übrigen basierte die konjunkturelle Hochphase zu einem erheblichen Teil auf dem Ersatz vorhandener Anlagen und einem Bauboom. Beispiele einer mittelfristig nachhaltigen ökonomischen Entwicklung mit dem Ziel der Stärkung »endogener wirtschaftlicher Kerne« (F. Fajnzylber) waren diese Fälle durchaus nicht.

Die inneren Widersprüche und Selbstblockaden neoliberaler Politik werden dafür sorgen, daß die optimistischen Einschätzungen nur in geringem Umfang bestätigt, ja vielfach kraß enttäuscht werden. Der für viele Beobachter überraschende Absturz des neoliberalen Musterschülers Mexiko um die Jahreswende 1994/95 (mit Langzeitwirkungen bis heute) ist ein deutliches Beispiel dafür. Die überraschend großen Auswirkungen des sogenannten Tequila-Effekts auf andere Länder (1995) und die starken Rückschläge der lateinamerikanischen Ökonomien infolge der Asien- und Rußlandkrise sowie aufgrund von Naturkatastrophen (1998) verweisen auf die hohe Labilität und Einseitigkeit der Ergebnisse neoliberaler Wirtschaftspolitik. Die vielbeschworene »soziale Komponente« könnte sich, schneller als von vielen geglaubt wird, als reine Chimäre und bloße Wahlpropaganda entlarven.

Wackelt die Hegemonie?

► Demgegenüber können Alternativen zumindestens in Teilbereichen durchaus entwickelt werden. Der Bedarf an gesellschaftlich-politischen Regulierungen in vielen Sektoren (Wissenschaft, Gesundheit, Ökologie etc.) wird in Zukunft deutlicher werden und auch wieder linke Sammlungen und Restabilisierungsprozesse ermöglichen. Die Basis der großen Wahlsiege der konservativen, neoliberalen Politiker aus den Jahren 1993 bis 1995 (und teilweise auch danach) ist schwankend, eine klare sozialstrukturelle Verankerung breiter Wählerschichten in bestimmten Parteien besteht nicht. Die überall fortschreitende Informalisierung von Sektoren der Gesellschaft dürfte auch in Zukunft für sprunghafte, flüchtige Wahlentscheidungen sorgen. Tatsächlich können bei den zuletzt in Lateinamerika stattgefundenen Wahlen Terraingewinne für Kandidaten/Parteien verzeichnet werden, die mehr oder weniger weitgehende Korrekturen am neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell gefordert hatten. Dies gilt für Bolivien (Juni 1997), für Mexiko (Juli 1997) und Argentinien (Oktober 1997). Der gerade begonnene »vierte Wahlzyklus« nach Ende der Militärdiktaturen (1998-2000) könnte zumindest in einigen Ländern Lateinamerikas die nahezu vollständige Hegemonie des neoliberalen Politikmodells infragestellen.

Anmerkungen:

1 Sicherlich müßte in einer genaueren Analyse zwischen allgemeiner, teilweise diffuser Akzeptanz neoliberaler Politik und konkreter Wählerzustimmung zu bestimmten Kandidaten / Programmen unterschieden werden. Immerhin können jedoch Wahlausgänge als grobe Indikatoren für Stimmungen und Erwartungen gewertet werden.

2 Im Kontext lateinamerikanischer Gesellschaften wirkten die beiden letztgenannten Charakteristika wahrscheinlich eher noch popularitätsfördernd.

► **Dieter Boris** ist Professor für Soziologie in Marburg.

Weihnachtszeit ist Spendenzeit. Wer Spenden empfangen will, muß dafür werben. Wer erfolgreich werben will, braucht eine Message, die sich problemlos im Bild darstellen läßt und den Zugriff auf die Emotionen der Betrachter ermöglicht. Wer es schafft, potentielle Spender zu rühren, hat schon fast gewonnen.

Woran liegt es, daß Spendenwerbung gerade im entwicklungspolitischen Bereich so gerne auf die bildliche Darstellung von Kindern zurückgreift – selbst wenn die beworbenen Projekte gar nicht auf Kinder zugeschnitten sind? Warum sind Kinder trotz aller jahrzehntelanger Kritik am Paternalismus westlicher karitativer Entwicklungskonzerne noch immer die beliebteste Projektionsfläche für den in Spendenbereitschaft transformierbaren Impuls, »Schwachen« helfen zu wollen? Diese Fragen führen direkt zum Ausgangspunkt unseres Themenblockes, die verschiedenen gesellschaftlichen Konzeptionen von Kindheit(en).

Die dominanten Kindheitskonzepte westlicher Gesellschaften begreifen Kindsein noch immer als grundlegenden Mangel- und Defizitzustand. Kinder werden wahrgenommen als Schwache, die alleine – d.h. ohne Erwachsene – ihr Leben nicht bewältigen können, die lernen müssen, für die Gesellschaft nützlich zu sein, die sich Realitätssinn erst noch erwerben müssen. Diese Sichtweise, die in Kindern nicht vorrangig handelnde Subjekte, sondern die Objekte des Helfenwollens und der Erziehung sieht, wird im Nord-Süd-Kontext noch einmal zugespitzt. Die Kinder in Ländern des Südens werden hierzulande vornehmlich als Arme, Ausgebeutete, Unterdrückte und Mißbrauchte dargestellt, denen mit Erziehungs- und Schulprogrammen geholfen werden muß. Unzweifelhaft sind Kinder in diesen Gesellschaften – nicht anders als in den westlichen Ländern – tatsächlich meistens in einer Situation der Unterordnung. Die Verengung des Blickwinkels auf den Opferstatus von Kindern ist jedoch kaum mehr als die Kehrseite der gleichen Medaille: Kinder werden weder von ihren Unterdrückern noch von den Anklägern dieser Unterdrückung als eigenständige Persönlichkeiten wahrgenommen.

Am Beispiel der Debatte um Kinderarbeit läßt sich dies aufzeigen. Kinderarbeit in Ländern des Südens wird hierzulande pauschal gleichgesetzt mit Zwangsarbeit, Abhängigkeit und Zerstörung körperlicher Unversehrtheit. Diejenigen, die die Arbeitskraft von Kindern verwerten, gelten als Verbrecher, die hinter Schloß und Riegel gehören. Aktionen und Kampagnen gegen Kinderarbeit genießen höchste Aufmerksamkeit, und die Teppichabteilung des Karstadt-Konzerns hat gute Gründe, warum sie ihre Waren mit dem Hinweis anpreist, sie seien unter Verzicht auf Kinderarbeit geknüpft worden.

Die Realität der Kinderarbeit ist komplexer, als sie hier aufscheint. Beim »Global March Against Child Labour«, der im Sommer diesen Jahres durch zahlreiche Städte auch in Deutschland führte, klang immer wieder von Seiten der Kinder an, daß ihr erstrangiges Ziel nicht das totale Verbot von Kinderarbeit sei, sondern ein menschenwürdiges Leben. Das ist ein entscheidender Unterschied. Nicht umsonst steht dieser Aspekt bei den zahlreichen Kinderrechtsorganisationen in Lateinamerika im Vordergrund. Sie betonen, daß Arbeit je nach Lebensumfeld Kindern nicht selten größere Möglichkeiten der (relativen) Selbstbestimmung eröffnet als die Abhängigkeit von autoritären, zerrütteten Familienstrukturen oder die Einbindung in staatliche Erziehungsprogramme. Auch wenn man die Frage verneint, ob abhängige Lohnarbeit überhaupt zur Emanzipation – gleich ob von Kindern oder von Erwachsenen – beitragen kann, muß man nicht ausschließen, daß bestimmte Formen von Kinderarbeit unter Umständen das kleinere Übel sein können.

Der Antipädagogik der 70er Jahre ist die Einsicht zu verdanken, daß die als positiver Gegensatz zur Kinderarbeit aufgebauten pädagogischen Maßnahmen wie z.B. der Schulunterricht keineswegs zur Herausbildung autonomer Persönlichkeiten führen müssen. Schulen sind in den meisten Fällen auch heute noch disziplinarische Zwangsregime, die mittels der Anwesenheitspflicht und der Schuluniformen nicht nur über die Körper, sondern – viel weitgehender – auch noch über die Gedankenwelt der Kinder verfügen. Die Suche nach Konzepten, die wie Paulo Freires »Pädagogik der Unterdrückten« trotz aller Widersprüchlichkeiten wenigstens nach den Möglichkeiten maximaler Selbstbestimmung suchen, bleibt daher aktuell, gerade weil die Denunziation antiautoritärer Erziehung zum Allgemeinplatz geworden ist.

die redaktion



Kinder und Leute

Die kulturelle Konstruktion von Kindheit

von **Pia Haudrup-Christensen**

Kindheit ist kein natürlich festgelegter Lebensabschnitt. Vielmehr definiert die Gesellschaft, was Kinder ausmacht und sie von Leuten unterscheidet. Womöglich ist sogar das hierzulande fest verankerte Wissen um die Bedeutung der frühkindlichen Prägung und Erziehung für das »erwachsene Leben« eine Erfindung. Die Geschichte des bürgerlichen Konzepts von Kindheit legt jedenfalls diesen Schluß nahe. Die Empörung über die Kinderarbeit würde dann vor allem zeigen, wie der Norden dem Rest der Welt sein Konzept vom Kind als »unfertigem« Wesen überstülpt.

▶ Die Auseinandersetzung mit dem Thema »Kinder« erfordert eine Kritik der jeweiligen kulturellen Begriffe von Kindheit. Die meisten traditionellen, wissenschaftlichen und populären Darstellungen ignorieren zunächst, daß Kinder keinen oder nur geringen Einfluß auf ihre eigene soziale Repräsentation haben. Sie betrachten Kinder nicht als Subjekte, sondern konzentrieren sich darauf, wie Kinder von anderen »behandelt« werden. Außerdem ist die Darstellung von Kindern in der sozialen und kulturellen Theorie von einem Gegensatz geprägt: Man kann sich das Kind ebensowenig ohne einen Begriff vom Erwachsenen vorstellen, wie es scheinbar unmöglich ist, den Erwachsenen und seine Gesellschaft darzustellen, ohne einen Begriff von Kindheit zu postulieren.

Kern dieses »Andersseins«, d.h. des sozial und kulturell konstituierten Gegensatzes zwischen den Kategorien Kind und Erwachsener, sind stigmatisierende Vorstellungen vom anderen. Dabei »brauchen« die beiden Kategorien einander: Die Etablierung der Norm des »Erwachsenen« als einer unabhängigen, verantwortungsvollen und aktiven Person bedingt ihr Komplement in Form der Vorstellung, daß Kinder abhängig, inkompetent und verletzlich sind. Zurückführen läßt sich diese Wahrnehmung der »Andersartigkeit« auf ein Verständnis von der Sozialisation des Individuums als Kontinuum. Stück für Stück wird demnach die Andersartigkeit vom Kind hin zum Erwachsenen überwunden. In diesem vorherrschenden Konzept werden die Menschen erst zu dem, was sie sind – durch den Einfluß ihrer Eltern und durch die Erziehung, die über Entwicklung des Einzelnen und sein zukünftiges Leben entscheidet.

Die Geschichte der Kindheit

▶ Welche Vorstellungen existieren nun im Westen von moderner Kindheit? Ein Klassiker der historischen Kindheitsforschung, Philippe Aries[1], behauptet, im Mittelalter hätte das Kind keinen spezifischen sozialen Status inne gehabt. Eine Vorstellung von Kindheit existierte nicht. Kinder bildeten einen Teil der Gesellschaft und nahmen an der Arbeit und an anderen sozialen Aktivitäten teil, sobald sie nicht mehr ständige mütterliche Fürsorge und Aufmerksamkeit benötigten. Das Wort Kind implizierte eine Abstammung, eine Beziehung und Position in der Familie und



Foto: H. G. Schiele

bezog sich nicht auf eine Hierarchie des Alters. Kinder ab dem Alter von sechs bis sieben Jahren wurden als Erwachsene betrachtet – ein »kleiner Erwachsener« oder ein fehlerhafter Erwachsener – mit wichtigen Rechten und Verantwortung.

In der Zeit der Industrialisierung entstand dann die Kindheit im bürgerlichen Verständnis von Intimität, Privatheit der Familie und Bildung. Die Kindheit wurde zunehmend zu einem Zeitraum der »Quarantäne«, wo eine spezielle schützende Fürsorge nötig war. Das Kind lernte und bereitete sich auf das zukünftige Erwachsenenleben vor. Es entwickelte sich, um ein volles und anerkanntes Mitglied der Gesellschaft zu werden. Aries schließt, daß diese Fürsorge und Kontrolle durch Familie, Kirche, Moralisten und Vormünder die Kinder der Freiheit beraubte, die sie vorher unter Erwachsenen genossen hätten. Die Schaffung der modernen Kindheit führte zur Bildung spezifischer sozialer Welten, wie z.B. der Mutterschaft bzw. der frühkindlichen Bindung an die Mutter sowie die Trennung von Spiel, Schule und Arbeit.

Es sind also zwei Konzepte, die im Westen die Grundlage der kulturellen Sicht auf die Kindheit bilden und sie damit strukturieren. Das erste trennt Kinder von Erwachsenen und definiert die ideale Familie als Kerneinheit der Sozialisation. Als soziale Institution wird sie zu dem Ort, der für die angemessene Entwicklung und Aufrechterhaltung der Gesundheit sowohl der Kinder als auch der Eltern sorgt. Innerhalb der Familie bedeutet dieses Konzept, daß die Erwachsenen die Position von verantwortlichen Versorgern und Beschützern des Kindes einnehmen, während das Kind die Position von jemandem erhält, der »noch nicht Teil der Gesellschaft« ist und Fürsorge, Schutz und Ausbildung empfängt.

Das zweite Leitbild trennt Kinder von Erwachsenen im Produktionsprozeß. Die Vorstellung vom Kind impliziert, daß es formell vor der Arbeit beschützt wird. Das Kind hat also den Status eines »Nichtarbeiters«. Man erlaubt ihm nicht zu arbeiten und spricht ihm stattdessen das »Recht« und die Pflicht zu Bildung und Wissen zu.

Die Vorstellung vom »Eigenen« bestimmt den Blick auf »Andere«

Dieses moderne Kindheitskonzept, das durch die Zuschreibung von Abhängigkeit und Fürsorgebedürfnis charakterisiert ist und das Kind als passiven Empfänger konstituiert, steht in deutlichem Kontrast zur Position von Kindern in Gesellschaften, die abhängig sind von deren Zuschuß zum Familieneinkommen. Während die Beiträge von Kindern in Form von Arbeit, Unterstützung der Älteren oder Betreuung der Jüngeren hier betont und geschätzt werden, gelten sie in modernen westlichen Kindheitsvorstellungen als unbedeutend für das gesellschaftliche Leben.

Dies hat nicht zuletzt mit der Vorstellung von der Sozialisation des Inidviduums zu tun. Lange Zeit herrschte in der Soziologie ein Verständnis von Sozialisation vor, das diese ausschließlich als einen gesellschaftlichen (und weniger als individuellen psychologischen) Prozeß begriff, an dessen Ende die Integration der Menschen in eine Gesellschaft stand. Dieses Konzept polarisierte zwischen einer unzivilisierten und asozialen menschlichen Natur auf der einen Seite und einem zivilisierten, sozialen Wesen auf der anderen. Am unziviliserten Pol verortete diese Unterteilung das Kind als ein »natürliches« Wesen, welches durch die Gesellschaft erst sozialisiert werden müsse. Hier wurde das Kind als passiver Empfänger, als leeres Gefäß mit »potentieller Sozialität« wahrgenommen.

Daß später Vorstellungen von Sozialisation als interaktivem Prozeß entwickelt wurden, die das Kind als aktive, soziale Person begreifen, die sich in Beziehungen und Interaktionen mit anderen entwickelt, kümmerte die Kulturwisenschaft zunächst wenig: In erster Linie beschäftigte sie sich bis in die 60er Jahre mit der Frage, wie die soziale und materielle Umgebung und das kulturelle System, in



Repräsentationen »unfertiger Existenz« Foto: U. Moschner/version

dem das Kind aufwächst, vom Kind verinnerlicht und auf diese Weise kulturelle Werte, Traditionen und die Organisation der Gesellschaft aufrechterhalten werden. Die vorherrschende Vorstellung vom Kind war also die einer Person, die zu einem sozialen Wesen erst modelliert wird. Das Kind wurde als unfertige Existenz bewertet, die – durch Lernen – in Richtung eines Ziels, nämlich seinen oder ihren Platz in der Gesellschaft einzunehmen, sozialisiert wird.

Mit dieser Perspektive beobachteten auch die Kulturwissenschaften Erwachsene und besonders Mütter, die Kinder versorgten und ausbildeten. Erwachsene wurden über ihre Wahrnehmungen und Vorstellungen befragt und zum Schluß fügte der Forscher eine Interpretation des von ihm selbst bei Kindern beobachteten Verhaltens hinzu. Vor allem die Ethnologin Margret Mead hat durch ihre Felduntersuchungen in Samoa und Neu-Guinea großen Einfluß auf spätere anthropologische Studien über Kinder ausgeübt.[2] Sie konzentrierte ihre Forschung auf die Kindererziehung, auf Geschlechterrollen und das Gefühlsleben von jungen Erwachsenen. Sie behauptete, daß in kulturvergleichenden Studien universell gültige Konzepte von Kindheit festgestellt werden könnten, und schloß daraus, daß es biologische Ähnlichkeiten beim Aufwachsen, bei den Mutter-Kind-Beziehungen und hinsichtlich der grundlegenden Bedürfnisse von Kindern gäbe. Ihrer Auffassung nach existiert eine universelle Ähnlichkeit, wie Erwachsene Kinder wahrnehmen: Kinder sind in den Augen der Erwachsenen, mit denen sie leben, hilflos, schutz-, bildungs- und führungsbedürftig (1955). Daß Meads Ergebnisse nicht zuletzt Resultat ihrer bereits »mitgebrachten« eigenen Sichtweise darstellen, zeigt ihre untersuchungsleitende Fragestellung: »Ich beobachtete das Manus-Baby, das Manus-Kind, den Manus-Heranwachsenden, in dem Versuch, die Art und Weise zu verstehen, in der jeder von ihnen zu einem Manus-Erwachsenen wird« (1962).

Dies stellten Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre Kritiker dann auch fest. Sie bemängelten, daß Studien über Kultur und Persönlichkeit ein fast mechanistisches und deterministisches Erklärungsmuster zugrundeliege, welches voraussetzt, daß lebensgeschichtlich frühe Ereignisse zu entsprechenden Folgen in späterer Zeit führten. Tatsächlich könne jedoch kein klarer und konsistenter Zusammenhang zwischen Praktiken der Erziehung von Kleinkindern und der jugendlichen oder erwachsenen Persönlichkeit in einer bestimmten Kultur erkannt werden. Dennoch ist die auf der westlichen Wahrnehmung von Kontinuität beruhende Vorstellung von Kindheit in hohem Maß unhinterfragt geblieben.

Mit Autonomie belohnt

► Dominiert wird jedoch die moderne westliche Sichtweise von der Vorstellung, daß sich das Kind zu einer autonomen Person entwickelt. Autonomie hängt hier eng zusammen mit einem Individualismus, der seinerseits historisch auf der Entdeckung und Institutionalisierung des Privaten beruht. Unabhängigkeit, Unversehrtheit und Schutz der Privatsphäre gelten uns als Ergebnis des Verhaltens und der Reaktionen anderer Menschen uns gegenüber. Sie stellen ein Produkt von Rechten und Privilegien dar, die andere garantieren. Solch kulturell bedingtes Verständnis von Unabhängigkeit und Privatheit wird in der tagtäglichen Beziehung von Erwachsenen und Kindern erfahren und verankert. Tatsächlich macht das Kind aus der Perspektive des Erwachsenen (und des Forschers) einen Entwicklungsprozeß durch – einen Prozeß des Lernens, der Ausbildung und der Reife, der mit der Erlangung der an die autonome Person gekoppelten Rechte »belohnt« wird. Es gibt allerdings keinen Grund zu meinen, daß Kinder ihr Leben in den Termini eines solchen »Lern- und Bildungsprozesses« wahrnehmen. Aus der Perspektive des Kindes handelt es sich um konkret erfahrene Beziehungen, Situationen und Handlungen, denen es eine besondere Bedeutung zuschreibt.

Die (erwachsene) Vorstellung vom Prozeß der kindlichen Entwicklung ist eng verbunden mit der Norm der graduellen Emanzipation und Trennung der Kinder von ihren Eltern. Moderne Psychologen und Psychiater betrachten dies meist als »natürlichen« Schritt auf dem Weg zum autonomen Individuum.

In anderen Gesellschaften kann allerdings eine völlig andere Sichtweise vorherrschen. Die Mitglieder der Gesellschaft der Fulani in Burkina Faso etwa erwarten nicht, daß ein Kind einen Trennungsprozeß durchmacht, der unweigerlich damit endet, daß es zuhause auszieht und eine eigene Familie gründet. Das Kind bleibt in der Gemeinschaft oder in unmittelbarer Nähe und lebt mit seiner eigenen Familie weiterhin dort. Außerdem bestreiten die Fulani, daß ihre Handlungsweise als Eltern irgendeinen Einfluß darauf hätte, wie das Kind als Erwachsener sein wird. Auf der Basis solcher Beobachtungen läßt sich argumentieren, daß die Trennung eine kulturell bedingte Prämisse ist, der sich Eltern in der westlichen Kultur aussetzen.

Vor diesem Hintergrund läßt sich die große Bedeutung, die in modernen Gesell-

schaften der frühen Kindheit für das spätere erwachsene Leben beigemessen wird, als Möglichkeit für die Eltern interpretieren, ihre Beziehung zum Kind auch nach der Trennung aufrechtzuerhalten. Die Kindheit ist dann der Zeitraum, in dem Eltern nachhaltig, d.h. über die Trennung hinaus, Einfluß auf das Leben ihrer Kinder nehmen können.

Diese Ideologie vom Individuum, vom unabhängigen Selbst und die Erfahrung der Trennung von anderen Menschen prägt auch die Selbstwahrnehmung des Kindes. Ohne daß also eine wesentliche Verbindung zwischen Kindheit und der sozialen Identität des Erwachsenen nachzuweisen wäre, beeinflußt sie die Form, in der wir unseren Erfahrungen Bedeutung beimessen. Die im allgemeinen dem frühkindlichen Sozialisationsprozeß beigemessene Bedeutung prägt unser Verständnis von Kindern und Kindheit und verhindert, daß diese als etwas Eigenständiges wahrgenommen wird – eben nicht lediglich als »Vorexistenz« oder in Beziehung zu einem zukünftigen Ziel, sondern als ein gegenwärtiger Wert für Kinder, ihr Leben, ihre Werte und ihre Beziehungen.

Kinder sind Co-Autoren

▸ Kindheit kann weder als natürliches noch als universelles Phänomen verstanden werden, sondern ist in jeweils spezifischer Weise sozial und kulturell konstruiert. Das Bild sozialer Unreife ist nur eines von vielen möglichen. Die Vorstellung von Kindheit ist in Dänemark, England oder verschiedenen Gesellschaften Afrikas wohl unterschiedlich aufgebaut. »Kindheiten« unterscheiden sich, denn ihre Definition hängt von Zeit und Raum ab. Sie sind eingebettet in soziale Strukturen wie soziale Klasse, Ethnizität und Geschlecht. Die Variable »Zeit« etwa bestimmt wichtige soziale Kategorien wie die Vorstellung von Generationen (Kind, Jugendlicher und Erwachsener). Trotz der unterschiedlichen kulturellen Konzepte von Zeit oder Geschlecht werden beide meist als quasi »natürliche« Unterscheidungen zwischen Kindern und Erwachsenen dargestellt. So erscheinen Kinder oft, als seien sie »geschlechtslose Wesen«. Immer noch werden Untersuchungsergebnisse vorgestellt, deren Datenerhebung nicht zwischen Jungen und Mädchen unterscheidet. Dabei ist es offenkundig, daß die anscheinend natürlichen Unterscheidungen von Alter und Geschlecht ersetzt oder überlagert werden können von anderen Kategorien wie z.B. Familie, sozialer Status, Geschwister- und Freundschaftsbeziehungen. All dies kann die Perspektive der einheitlichen Kindheit durch ein Verständnis der Konstituierung verschiedener »Kindheiten« ersetzen.

Zudem sollte das Kind als eigenständige, soziale Person auf der Basis seiner eigenen Perspektive betrachtet werden. Kinder sind aktiv in der Konstruktion und Bestimmung ihres sozialen Lebens und müssen auch so wahrgenommen werden. Sie sind aktiv im Leben anderer Leute, die sie umgeben, und in der Gesellschaft. Das Kind als sozial Handelnden wahrzunehmen, bedeutet auch, seine Handlungen als Quelle sozialen Wandels anzuerkennen. Soll also die bestehende Strukturen reproduzierende und diese gleichzeitig transformierende Entwicklung von Kindern in der Gesellschaft berücksichtigt werden, darf die Person nicht nur als »Produkt« verstanden werden , wie es in vielen Studien der Fall ist, die die Gesellschaft und ihre Institutionen entweder als unterdrückerisch oder befreiend für Kinder darstellen, sondern diese müssen vielmehr als Mitautoren der Realität gelten.

Dabei sind Kinder zweifellos von sozialen Strukturen umschlossen, die sie behindern oder fördern. Es sind dies aber komplexe Beziehungen zwischen Person und Gesellschaft, zwischen Kindern und Institutionen und formelle wie informelle Hierarchien. Sie alle wirken auf das Leben von Kindern ein – und umgekehrt. Daher kann die Lebenswelt der Kinder nicht getrennt von der »erwachsenen«, sondern nur als Zusammenspiel aus den Perspektiven von Erwachsenen und Kindern begriffen werden.

Anmerkungen:

1 Philippe Aries, Centuries of Childhood, A social History of family life, London 1962

2 Margaret Mead, Theoretical setting, in: M. Mead & M. Wolfstein (eds), Childhood in Contemporary Culture, University of Chicago Press 1955; dies.: Male und Female, London 1962

▸ *Von der Redaktion stark gekürzter und bearbeiteter Text aus: KEA – Zeitschrift für Kulturwissenschaft Nr. 6/1994; Übersetzung aus dem Englischen: Chr. Neven-du Mont*

Die UN-Kinderkonventionen

▸ Das Interesse westlicher Länder und Organisationen wendet sich seit ca. 10 Jahren verstärkt der Situation von Kindern zu. Eine Vielzahl spezifischer Institutionen und Konventionen ist entstanden, deren Notwendigkeit mit dem Verweis auf die moralische Verantwortung der internationalen Gemeinschaft gegenüber dem »schwächsten Glied der Gesellschaft« begründet wird. Die 54 Artikel umfassenden Kinderkonventionen wurden 1989 in der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen erarbeitet, durch die UNO verabschiedet und traten 1990 in Kraft. Mittlerweile sind sie von 191 Staaten unterzeichnet worden. Sie werden als das erste umfassende, international bindende Menschenrechtsinstrument verstanden, das sich ausschließlich mit den Rechten des Kindes befaßt.

Die Konventionen tragen zur Entmündigung von Kindern bei

Positiv bewertet wird das Dokument dort, wo es als Druckmittel für politische Änderungen funktionalisiert werden kann. Kritisch zu beurteilen ist jedoch, daß dem Dokument eine problematische Kindheitskonzeption zugrundeliegt. Laut der Präambel der Konventionen bedarf das Kind »wegen seiner mangelnden körperlichen und geistigen Reife besonderen Schutzes«.

Ziel der Konventionen ist die Verbesserung der Lebensbedingungen der Kinder weltweit, besonders aber auch in den »Entwicklungsländern«. Die Schaffung eines rechtlichen Rahmens soll Kindern einen gleichberechtigten gesellschaftlichen Status ermöglichen. Dieser primären Zielsetzung steht nicht nur die implizite Entmündigung der Kinder in den Konventionen entgegen, sondern auch deren Umsetzung, da lediglich ein Expertengremium von zehn Personen mit beratender Funktion die jährlichen Länderberichte überprüfen und gegebenenfalls weitere Informationen fordern kann. Außerdem ist die Reichweite der international verankerten Rechte von der Auslegung des zuständigen Vertragsstaates abhängig.

Vier zentrale Sachbereiche bestimmen die inhaltliche Ausrichtung der Konventionen: Neben dem generellen Recht auf Leben und Bildung stehen die Gewährung von medizinischer Versorgung und die Bekämpfung von Armut und Hunger. Darüber hinaus sollen grundlegende Rechte Kindern Schutz vor Gewalt und Mißhandlung gewähren. Schließlich ist das Dokument ein – mittlerweile nicht mehr unangefochtenes – Plädoyer an alle Mitgliedsstaaten zur generellen Beseitigung von Kinderarbeit.

Martina Mundinger



Foto: U. Rzadkowski

Ihr Kinderlein kommet

Kinderorganisationen: Gerne gesehen, ungern gehört

von **Manfred Liebel**

Vor neun Jahren, am 20. November 1989, beschloß die Generalversammlung der Vereinten Nationen einstimmig die Internationale Kinderrechts-Konvention. In vielen Ländern wurden neue Gesetze verabschiedet, die den Kindern mehr Rechte zubilligen. Vor allem in der Dritten Welt, wo die Diskrepanz zwischen den Versprechungen der Konvention und den täglichen Erfahrungen der Kinder eher größer als geringer geworden ist, beginnen Kinder zu fragen, warum sich so wenig geändert hat.

► In Lateinamerika sind es vor allem die arbeitenden Kinder, die sich zu Wort melden. Vom 6. bis 9. August 1997 fand in der peruanischen Hauptstadt Lima ein Kongreß der arbeitenden Kinder Lateinamerikas und der Karibik statt. In der Abschlußerklärung (s. Kasten) führen die Kinder fünf Argumente an, warum eine umfassende Partizipation für sie unverzichtbar ist.

Zunächst konstatieren die Kinder, daß sie nun Rechte haben, diese aber in der Praxis nicht respektiert werden und keine praktischen Konsequenzen mit sich bringen. Die Rechte der Kinder stellen bislang eine Art Geschenk der Erwachsenen an die Kinder dar, und ihre praktische Umsetzung beruht im wesentlichen auf dem Wohlwollen der Erwachsenen. Die mit der Internationalen Konvention erfolgte generelle Anerkennung als »Rechtssubjekte« trägt dazu bei, den Kindern mehr Eigenständigkeit zuzubilligen und eigene Meinungen, Sichtweisen und Interessen der Kinder als legitim erscheinen zu lassen. Aber sie bleibt gleichsam in der Luft hängen, solange die Kinder nicht auch in spezifischer Weise als »ökonomische« und »soziale« Subjekte rechtliche Anerkennung finden.

Als »ökonomische Subjekte« verstehen sich die arbeitenden Kinder, insofern sie mit ihrer Arbeit zum Erhalt ihrer Familien und Gesellschaften unmittelbar beitragen, also keineswegs nur Empfänger von Wohltaten der Erwachsenen sind. Als »soziale Subjekte« verstehen sie sich, da sie sich spätestens mit ihren Zusammenschlüssen in eigenen Organisationen als Protagonisten erwiesen haben, die über die Kompetenzen verfügen, für sich selbst zu sprechen und die Gesellschaft in eigener Verantwortung mitzugestalten. Um die Rechte, die ihnen die Konvention zubilligt, Wirklichkeit werden zu lassen, fordern sie deshalb über diese hinausgehend das explizite »Recht zu arbeiten« (statt wie bisher ihre Arbeit zu verbieten) und eine substantielle Erweiterung ihrer Rechte auf politische Teil- und Einflußnahme.

Zweitens stellen die Kinder fest, daß man ihnen heute zwar eher zuhört, aber bei wichtigen Entscheidungen ihre Ansichten und Vorschläge nicht berücksichtigt. In Lateinamerika gehört es bei nicht-staatlichen und selbst bei staatlichen Organisationen inzwischen zum guten (pädagogischen) Ton, die Partizipation der Kinder zu befürworten. Es

gibt kaum noch eine Selbstdarstellung von Kinderhilfsorganisationen und Hilfsprojekten, die sich nicht dazu bekennt, den Kindern eine aktive Rolle bei der Lösung ihrer Probleme zuzubilligen. In den Medien ist es üblich geworden, auch Kinder zu interviewen und ihre Ansichten zu Wort kommen zu lassen. Sogar bei Gesetzesvorhaben, die sich auf Kinder beziehen, kommt es gelegentlich vor, Kinder als »Experten in eigener Sache« zu befragen.

Spiel der Erwachsenen

▶ Doch die Art und Weise, in der dies geschieht, erweckt den Eindruck, daß die Kinder zum Teil eines Spiels gemacht werden, dessen Regeln von den Erwachsenen bestimmt bleiben. In den pädagogischen Projekten bleibt die Mitwirkung der Kinder meist auf nebensächliche Fragen beschränkt, oder sie wird auf eine Weise formalisiert, die es ihnen fast unmöglich macht, die ihnen wirklich wichtigen Fragen zur Sprache zu bringen. In der Öffentlichkeit und der politischen Sphäre kommen Kinder nur an besonderen, ihnen gewidmeten Feiertagen (»Tag des Kindes«) zu Wort, oder ihre Auftritte werden für punktuelle Medienspektakel instrumentalisiert, die in erster Linie den Erwachsenen ermöglichen, sich ein kinderfreundliches Image zu verschaffen.

So hatte die Internationale Arbeits-Organisation (ILO) zur Vorbereitung einer neuen Internationalen Konvention zur Kinderarbeit in Amsterdam (Februar 1997), Oslo (November 1997) und Genf (Juni 1998) drei Konferenzen durchgeführt, zu denen anfangs auch VertreterInnen von Organisationen arbeitender Kinder eingeladen wurden. Vor dem Forum einiger hundert Minister und Experten gab man einer Handvoll Kindern die Gelegenheit, sich eine Stunde lang zu äußern. Da selbst dies den Unmut einiger Regierungen und Gewerkschaftsvertreter aus nördlichen Ländern hervorrief, wurden die Vertreter der Kinderorganisationen auf der 3. Konferenz (Genf) durch eine handverlesene Schar von Kindern ersetzt, die von Erwachsenenorganisationen zur Unterstützung der Ziele der Veranstalter an den Konferenzort mobilisiert worden waren. Deren Partizipation am Konferenzgeschehen beschränkte sich schließlich darauf, daß sie unter dem Blitzlichtgewitter der Medien freundlich am Konferenzort begrüßt, eine kurze Rede halten durften und gleich wieder verabschiedet wurden – eine Scheinpartizipation.

Es geht nicht darum, Kinder zu schützen, sondern ihre Rechte

Zum dritten konstatieren die Kinder in der Erklärung, daß man sie zwar vor Gefahren schützen will, ihnen aber keine Gelegenheit gibt, an Programmen zu ihrem Schutz mitzuwirken. Sie kritisieren damit ein Verständnis von Kinderschutz, das Kinder lediglich als Opfer widriger Verhältnisse oder böswilliger Personen wahrnimmt und sie zu Objekten von Maßnahmen werden läßt, die »zu ihrem Wohl« von gutwilligen Erwachsenen ersonnen und geplant werden. Diese Art Kinderschutz traut Kindern nicht zu, daß sie selbst ihre Situation beurteilen und sich unter Umständen auch selbst wehren können. Der Schutz gerät in Widerspruch zum Postulat der Partizipation, er erfolgt gleichsam auf Kosten der Partizipation. Mit ihrer Kritik negieren die Kinder nicht, daß sie sich oft in Situationen befinden, in denen sie Schutz brauchen, sondern sie vertreten ein anderes Verständnis von Kinderschutz, das gerade durch ihre Partizipation und ihre aktive Rolle Wirkung verspricht. Es kommt dabei nicht darauf an die Kinder, sondern ihre Rechte zu schützen.

In dem von den Kindern kritisierten Verständnis von Kinderschutz manifestiert sich ein Kindheitskonzept, das die »Welt der Kinder« von der Welt der Erwachsenen trennt. In dieser Kinderwelt sollen die Kinder noch frei sein von der Verantwortung und Gelegenheit finden, sich auf die Welt der Erwachsenen vorzubereiten. Den Kindern wird zwar unter Umständen zugebilligt, ihre Welt nach eigenem Gusto zu gestalten, ihnen wird aber verwehrt, sich in die Sphäre der Erwachsenen einzumischen oder Aufgaben zu übernehmen, die »Ernstcharakter« haben. Am deutlichsten wird dies an der Frage der Arbeit. Sie bleibt den Erwachsenen vorbehalten und den Kindern untersagt.

Dieses »moderne« Kindheitskonzept, das mit der bürgerlichen Gesellschaft des Westens entstanden ist, bringt zwar für die Kinder mehr Freiräume und Gestaltungsmöglichkeiten als in Gesellschaften, in denen die Älteren nach Gutdünken über die Kinder verfügen, aber es beschränkt diese auf eine

Erklärung des V. Treffens arbeitender Kinder Lateinamerikas und der Karibik

▶ Die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen hat für uns Kinder die Rechte, angehört zu werden (Art. 12), uns zu organisieren (Art. 15) und beschützt zu werden (Art. 32), festgelegt. In unserem tagtäglichen Leben, in unserer Arbeit, in unseren Organisationen und auf diesem lateinamerikanischen Treffen haben wir arbeitenden Kinder jedoch feststellen müssen, daß diese Rechte nicht ausreichend sind, denn sie werden in der Praxis nicht respektiert.

Man hört uns an, aber man berücksichtigt unsere Ansichten nicht. Man gibt uns das Recht, uns zu organisieren, aber unsere Organisationen arbeitender Kinder und Jugendlicher werden nicht anerkannt. Man »beschützt« uns, aber man läßt uns nicht an der Ausarbeitung solcher »Schutz«programme mitwirken. Unsere Organisationen kämpfen Tag für Tag für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, für unsere Rechte auf angemessene und qualitativ gute Ausbildung, für bessere Gesundheitsbedingungen, für Möglichkeiten, uns versammeln zu können, um gemeinsam Aktionen durchzuführen, das heißt dafür, in unserem Leben selbst die Protagonisten zu sein und in unseren Gesellschaften als soziale Subjekte anerkannt zu werden.

Unsere Organisationen haben sich als die beste Art erwiesen, uns vor Ausbeutung, schlechter Behandlung und der Geringschätzung durch die Gesellschaft zu schützen. Innerhalb unserer Organisationen fühlen wir uns als würdige, fähige und vollwertige Personen und empfinden Stolz für unsere Arbeit. Hier bilden wir uns und finden Raum für Solidarität und für die Erarbeitung von Vorschlägen für Alternativen zum bestehenden System von Armut und Gewalt, das für uns unzumutbar ist. (...) Unsere demokratisch gewählten VertreterInnen müssen in allen lokalen, nationalen und internationalen Gremien mitreden und mitwählen können, in denen über Politik, die die Kinder und die Arbeit betrifft, entschieden wird, wie in der Bildungspolitik, der Arbeitspolitik sowie bei Plänen zur sozialen Absicherung und Gemeindeentwicklung. (...)

Ja zur Arbeit in Würde, nein zur Ausbeutung! Ja zur Arbeit unter Schutz, nein zu schlechter Behandlung und Mißbrauch! Ja zu Anerkennung der Arbeit, nein zu Ausschluß und Ausgrenzung! Ja zu Arbeit unter menschlichen Bedingungen, nein zu unwürdigen Bedingungen! Ja zum Recht, in Freiheit zu arbeiten, nein zur Zwangsarbeit!

Huampaní, Lima (Peru), 9. August 1997

VertreterInnen der Bewegungen arbeitender Kinder aus der Region Südamerika: Argentinien, Paraguay, Uruguay; aus der Andenregion: Kolumbien, Chile, Ecuador, Peru, Venezuela; aus Mittelamerika und der Karibik: Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua, Dominikanische Republik.

gleichsam vorgesellschaftliche Sphäre und schließt sie faktisch von der Einflußnahme und Mitgestaltung der Gesellschaft aus.

Der vierte wichtige Punkt in der Erklärung betrifft die Selbstorganisation, die von den Kindern als beste Form des Schutzes und Voraussetzung angesehen wird, um in der Gesellschaft eine aktive Rolle zu spielen. Nach diesem Verständnis stellen Schutz und Partizipation keinen Widerspruch dar. Die Kinder verzichten nicht darauf, einen eigenen sozialen Raum und besondere (Schutz-) Rechte für sich zu beanspruchen, begnügen sich aber nicht damit. Ihren relativen Freiraum begreifen sie als Voraussetzung, um ihrem Anspruch auf Partizipation in der Gesellschaft (der Erwachsenen) Nachdruck zu verleihen. Dies ist gemeint, wenn in Lateinamerika von Protagonismus der Kinder (protagonismo infantil) gesprochen wird.

Gegen domestizierte Kindheit

► Der Protagonismus der Kinder steht im Gegensatz zur Idee einer domestizierten, gehorsamen und gesellschaftlich ausgeschlossenen Kindheit und favorisiert ein Konzept, das Mädchen und Jungen als soziale Subjekte ansieht, die die Fähigkeit zur Mitgestaltung und Veränderung der Gesellschaft besitzen. Kindheit ist dabei eine sozio-kulturelle Konstruktion und kein biologisches oder anthropologisches Faktum. Ein Kind hat immer eine besondere Kindheit, die geprägt ist von der Epoche, Kultur und Klasse, in der es aufwächst. In jeder Gesellschaft oder Kultur herrscht immer ein bestimmtes Konzept von Kindheit vor, und dieses beeinflußt massiv die Art und Weise, wie Kinder be- oder mißhandelt werden. Der Protagonismus von Kindern als Ausdruck einer neuen Sicht und sozialen Praxis von Kindheit muß in unserer »modernen« Gesellschaft noch um Einfluß kämpfen. Es handelt sich zudem um ein historisch neues Phänomen, das bislang in keiner Gesellschaft anzutreffen war.

In seiner organisierten Form umfaßt der Protagonismus der Kinder drei Dimensionen: gegenseitige Hilfe, selbstbestimmtes gemeinsames Lernen, Einflußnahme auf die Gesellschaft. Als neue Form kollektiver Selbsthilfe ermöglicht die eigene Organisation den Kindern, sich in schwierigen Situationen besser zu behaupten, sich effektiver zu schützen und unter Umständen (eigene) Einrichtungen zu schaffen, die das Leben erleichtern und neue Perspektiven eröffnen. Erst wenn die Kinder sich organisieren und in selbstbestimmter Weise ihre Interessen und Rechte praktizieren und einfordern, besteht die Chance, daß ihre Partizipation sich nicht auf punktuelle und symbolische Inszenierungen beschränkt, sondern zu einer alltäglichen Praxis wird, die Folgen im Leben der Kinder hat.

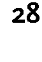
Ich will dies an einem Beispiel verdeutlichen. Während einer von terre des hommes angeregten internationalen Kampagne »Den Kindern eine Stimme geben« versuchten wir Mitte der 90er Jahre in Nicaragua herauszufinden, was für die Kinder Partizipation bedeutet. Auf mehreren workshops, die wir mit Kindern aus Armutsvierteln veranstalteten, erwies es sich für die meisten Kinder als ungewohnt, über eine solche Frage nachzudenken. Entweder sie wußten mit dem Wort nichts anzufangen, oder sie verstanden darunter beliebige Aktivitäten wie spielen, zu Hause mithelfen, eine Arbeit übernehmen, die Schule besuchen. Für sie bedeutete Partizipation das zu tun, was Erwachsene ihnen erlaubten oder von ihnen verlangten.

An den workshops nahmen auch Kinder teil, die in der Bewegung der arbeitenden Kinder (NATRAS) aktiv waren. Diese hatten interessanterweise ein anderes Verständnis von Partizipation. Für sie war es zwar auch wichtig, spielen zu können und lebensnotwendige Aufgaben zu übernehmen, aber von Partizipation sprachen sie erst dann, wenn sie auch selbst die Initiative ergreifen und selbst über ihr Handeln entscheiden konnten. Sie kritisierten z. B., daß sie bei der Arbeit rumkommandiert oder nicht »wie Menschen« behandelt würden, oder daß in der Schule ihre eigene Meinung nichts gelte. Im Hinblick auf ihren Arbeitsbeitrag zum Lebensunterhalt unterschieden sie deutlich zwischen der »Notwendigkeit«, diesen Beitrag zu erbringen, und dem »Zwang«, eine bestimmte Arbeit gegen ihren eigenen Willen tun zu müssen. Wir bezeichneten dieses Verständnis von Partizipation als »participación protagónica«, da sie auf der Auffassung beruht, daß Kinder nicht weniger Rechte und weniger Kompetenzen als Erwachsene haben, sondern auf ihre Weise eine mindestens ebenso wichtige und aktive Rolle im Leben spielen können.

Nicht die Kinderarbeit ist das Problem, sondern die Armut

Im fünften Punkt ihrer Erklärung fordern die Kinder, ihre Organisationen müßten rechtlich und sozial als RepräsentantInnen ihrer Rechte und Interessen anerkannt werden. Diese Forderung ergibt sich aus der Erfahrung, daß den Kindern zwar zugebilligt wird zu »partizipieren«, aber ihren Organisationen die Legitimität und Repräsentativität abgesprochen wird, im Namen der Kinder zu handeln. Entweder man bestreitet, daß Kinder überhaupt in der Lage seien, eigene Organisationen hervorzubringen, oder man unterstellt ihnen, sie seien das Ergebnis von Manipulationen interessierter Erwachsener. RepräsentantInnen der Kinderbewegungen sahen sich auf nationalen und internationalen Veranstaltungen oft dem Vorwurf konfrontiert, sie seien mit 16, 17 Jahren »zu alt«, um für Kinder zu sprechen, oder wenn sie jünger waren wurde ihnen unterstellt, sie könnten keine eigene Meinung haben und das, was sie äußern, sei ihnen von Erwachsenen eingeflüstert worden. Erwachsene hingegen, die als VertreterInnen einer NGO oder einer Regierung beanspruchten, sich für die Rechte und das Wohl der Kinder einzusetzen, hatten von vornherein den Bonus des »Kinderexperten« und mußten sich nicht fragen lassen, ob sie das Vertrauen der Kinder genießen, für die sie sprachen, oder ob sie von diesen beauftragt worden waren. Um ihre gleichberechtigte Mitwirkung durchzusetzen, bestehen die Kinderorganisationen darauf, z. B. auf Konferenzen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) mit mindestens so vielen Kindern wie Ministern vertreten zu sein und die Programmplanung mitbeeinflussen zu können. Des weiteren fordern sie, neben Regierungen, Unternehmerverbänden und Gewerkschaften in den Gremien der ILO als gleichberechtigte Interessengruppe repräsentiert zu sein. Damit hoffen die Kinder, zumindest den Anspruch verankern zu können, daß ohne ihre Zustimmung keine Entscheidungen mehr über sie getroffen werden.

► **Manfred Liebel** ist Prof. für Soziologie an der TU Berlin mit dem Schwerpunkt: Internationale Kindheits- und Jugendforschung







Organisiert gegen Domestizierung Foto: R. Maro / version

Kinderarbeit und Ausbeutung

► Jahrzehntelang war es üblich, die Arbeit von Kindern mit Ausbeutung gleichzusetzen. »Ausbeutung« war eine Art Metapher, die signalisieren sollte, daß allein die Tatsache, daß ein Kind arbeitet, verwerflich und abzulehnen sei. Niemand machte sich die Mühe, genauer begrifflich zu bestimmen, was unter Ausbeutung von Kindern zu verstehen sei, und empirisch zu untersuchen, worin konkret die Ausbeutung von Kindern besteht und was sie für die Kinder bedeutet.

Erst seit arbeitende Kinder selbst begonnen haben, sich auf organisierte Weise öffentlich zu ihrer Arbeit zu äußern, begannen auch erwachsene Experten und Kinderhilfsorganisationen, sich in differenzierterer Weise mit der Kinderarbeit auseinanderzusetzen. Die Kinder hatten darauf aufmerksam gemacht, daß Arbeit nicht deshalb verwerflich sein könne, weil sie von Kindern ausgeübt wird, sondern weil sie unter spezifischen Bedingungen stattfindet.

Nicht die Arbeit von Kindern ist das Problem, sondern der Umstand, daß sie vielfach genötigt werden, Arbeiten auszuüben und unter Bedingungen zu arbeiten, die ihre physische und psychische Integrität beeinträchtigen und daß sie daran gehindert werden, eine gewünschte Arbeit selbst zu wählen und die Bedingungen ihrer Arbeit zu beeinflussen. Zwei wesentliche Gründe hierfür sind, daß die Armut, unter der die Kinder leben, und ihre durch gesellschaftliche Konventionen bedingte Machtlosigkeit ihre freie Option erheblich einschränkt.

Um die Optionen der Kinder zu erweitern, müssen sie die Möglichkeit haben (und dabei unterstützt werden), sich mit anderen zusammenzuschließen. Nur mittels eigener Organisationen können die arbeitenden Kinder erreichen, als ökonomische und soziale Subjekte ernstgenommen zu werden und die ihnen heute zugebilligten Rechte auch Wirklichkeit werden zu lassen.

Nicht von ungefähr fordern alle bereits existierenden Organisationen arbeitender Kinder, in erster Linie die Armut zu bekämpfen. Es ist ihnen bewußt geworden, daß die Kinder die ersten sind, die die Folgen der Armut zu spüren bekommen. Nicht weil sie zum Lebensunterhalt ihrer Familien beizutragen haben, sondern weil sie in der Situation der Armut genötigt sind, sich auf Arbeiten und Arbeitsbedingungen einzulassen, die ihre Würde verletzen. Unter den Bedingungen der Armut ist die Möglichkeit der Kinder erheblich begrenzt, sich für eine Arbeit entscheiden zu können, die ihnen angemessen und vertretbar erscheint.

Für freie Optionen nicht minder wichtig ist, daß den Kindern, die arbeiten wollen, auch Arbeitsalternativen zur Verfügung stehen. Solange die Arbeit von Kindern als anrüchig gilt, werden keine Anstrengungen unternommen, Arbeitsgelegenheiten und -formen zu schaffen, die für Kinder hilfreich sind und ihre persönliche Entwicklung fördern. Wenn die Kinderorganisationen »Arbeit statt Ausbeutung« fordern, haben sie genau solche Arten und Formen von Arbeit im Sinn, in denen sie nicht länger als Objekte mißbraucht werden, sondern sich als Subjekte betätigen und entwickeln können. Darunter sind nicht Betätigungen zu verstehen, in denen Arbeit allein zu Lernzwecken simuliert wird, sondern Arbeiten, die einen realen Nutzen für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse haben.

(Aus: Manfred Liebel, Bernd Overwien, Albert Recknagel: Arbeitende Kinder stärken. Plädoyers für einen subjektorientierten Umgang mit Kinderarbeit, IKO-Verlag, Frankfurt a.M. 1998, DM 39,80)



Foto: H. G. Schiele

Lehrer helfen, Helfer lehren

Von Erziehungs- und Entwicklungshilfen

von **Stephan Günther**

Ziel von Pädagogik ist es, Kinder sich so entwickeln zu lassen, daß sie der Gesellschaft Nutzen bringen. So ist es auch mit der Entwicklungshilfe. Die »Kinder« heißen hier, je nach Passion des Erziehungsberechtigten, »Arme«, »Unterentwickelte«, »Unterdrückte«, »Missionierte« oder kurz zusammenfassend »Schwarze«. Das Prinzip der Entwicklungshilfe ist pädagogisch, egal ob sie das traditionelle Geber-Empfänger-Modell oder ein »Hilfe-zur-Selbsthilfe«-Konzept zur Grundlage hat. Die Nähe von Entwicklungspolitik und Erziehungspolitik läßt sich dabei bis in die Kolonialgeschichte zurückverfolgen.

► Den Kolonisatoren, die anfangs meist Missionare waren, ging es zunächst in erster Linie um die Hinführung der Afrikaner oder Indianer zum christlichen Glauben und zu einem Verständnis abendländischer Kultur, um dem christlichen Sendungsauftrag der Kirchen zu entsprechen. Dies war lange auch primäres Ziel in europäischen Schulen. Die christliche Lehre war zentraler Bestandteil der strengen Erziehung der Kinder zu Gehorsam und Untertänigkeit. Doch so wie die Industrialisierung im Norden die Pädagogik zu neuen Inhalten zwang, brachte in Afrika die Abschaffung der Sklaverei den Wandel: »Die Erziehung des Negers zur Arbeit steht nun im Mittelpunkt kolonialer Erziehung«[1] der Schutzbefohlenen. Zunächst wehrten sich die Kirchen gegen die neue Lehre in Mission und Schule. So kritisierte der Herausgeber der Allgemeinen Missionszeitschrift, D.G. Warneck, 1886 die Verquickung von Mission und Kolonialpolitik: »Sofort auffallend ist die Unterstellung der christlichen Mission unter den Begriff der deutschen Arbeit, wie überhaupt die sich immer wiederholende überstarke Betonung des Nationalen.« Ähnlich erging es der christlichen Lehre in der Pädagogik. Naturwissenschaften, Mathematik, Sprachen und Staatslehre hielten Einzug in die Lehrpläne, Religion wurde zu einem Schulfach unter anderen. Staatliche Schulen lösten die christlichen mehr und mehr ab.

Doch Staat und Kirchen arrangierten sich schnell. Schon auf dem Kongreß für überseeische Interessen im Jahr 1886 in Berlin mahnte der Graf Pfeil: »Noch ein mächtiger Faktor in der Erziehung der Neger (...) könnte die Mission werden, wenn sie es über sich gewinnen könnte, etwas weniger zu predigen. Nicht so und so viele Gebets-, Lese- und Schreibstunden sollten die Missionare wöchentlich ihren Zöglingen erteilen, sondern ausschließlich ihren Leuten Handwerk lehren, wobei immer noch so viel Religionsunterricht mit unterlaufen könnte, als für Neger verdaulich ist.«[2] Der Streit zwischen Kolonialpolitik und Mission war ohnehin nur ein methodischer. Beide stellten die Ausbeutung der Arbeitskraft von Afrikanern nie in Frage. Im Gegenteil: Die christliche Lehre lehrte mit dem Beten das Arbeiten (»Ora et labora«) und zeigte sich der kolonialen Erziehung langfristig als überlegen, denn »mit dem Lichte des Evangeliums erschließen sich Ackerbau, Gewerbe, Industrie, Verkehr, Bildung, Gesittung und moderne Wohlfahrt«[3]. Die Verbindung von Missionierung und Kolonisierung gelang über diesen gemeinsamen Nenner. Die Erziehung zur Arbeit galt sowohl als moralisch wichtig wie auch als herrschaftssichernd: »Jedenfalls müßte ein Schulunterricht ohne damit verbundener Erziehung zur Arbeit als direkt gefährlich bezeichnet werden.«[4]

Elitenbildung in Schule und Kolonie

► Diese Form der Erziehung war genauso typisch für die deutschen (und wohl auch anderen europäischen) Volksschulen um die Jahrhundertwende. Die Bildung beschränkte sich auf begrenzte Wissensvermittlung und Erziehung zu Gehorsam und Arbeit. Die aufkommende Industrie benötigte folgsame Arbeitskräfte, keine ausgebildeten Fachkräfte. Die Klassengesellschaft drückte sich dabei auch im Schulsystem aus. Arbeiterkinder gingen in die Volksschule, im besten Fall anschließend in die Lehre, in der Regel aber mit 14 Jahren in die Produktion der Textil- oder

Stahlindustrie, in den Bergbau oder die Landwirtschaft. Für bessergestellte Kinder gab es dagegen die Möglichkeit umfangreicher Ausbildung an Eliteschulen und Universitäten.

Die Herausbildung einheimischer Eliten wurde auch in den Kolonien immer wichtiger. Zur Verwaltung der großen Gebiete reichten die kolonialen Stützpunkte und Missionen nicht aus. Außerdem bedurfte es autoritärer Ansprech- und Vermittlungspartner, wenn es um Handel und Verhandlungen, Auseinandersetzungen und Zusammenarbeit ging. »Das Volk mag noch so viel Eifer und Entschlußkraft aufweisen, es bedarf eines Minimums an Kernpersonal. Eliten ohne Massen oder Massen ohne Eliten, das sind die beiden Hindernisse für eine harmonische Entwicklung. In beiden Fällen ist eine Quelle des gestörten Gleichgewichts gegeben, die bis zur Unordnung führen kann«, schrieb noch 1960 der französische Staatssekretär für das Erziehungswesen in den Kolonien, Louis-Paul Aujoulat.[5] Die Erziehung machte nicht nur zwischen den Klassen, sondern auch zwischen Mädchen und Jungen gewaltige Unterschiede. Wie in Europa wurden auch die Kinder in den Kolonien zu geschlechtsspezifischem Verhalten erzogen. Frauen waren hier ebenfalls für Reproduktion und Heimarbeit vorgesehen. »In mancher Missionsschule galt die Regel, daß vormittags unterrichtet wurde, nachmittags die Jungen mit körperlicher Arbeit beschäftigt und die Mädchen von den Missionsschwestern in verschiedenen Hausarbeiten angeleitet wurden.«[6] Kolonialpolitik und nach der Unabhängigkeit die anfängliche Entwicklungspolitik waren also in jeglicher Hinsicht Vermittlung europäischer Kultur und Lebensform – eine europäische Schule für die Kolonisierten.

Ziel ist die »Weiterentwicklung primitiver Formen«

Erst mit den Befreiungskämpfen in den Kolonien und den aufkommenden Solidaritätsbewegungen in Europa änderte sich auch die Pädagogik. Wieder gab es Parallelen zwischen Entwicklungs- und Erziehungspolitik. Das Aufbegehren an europäischen Schulen und Universitäten in den sechziger und siebziger Jahren fiel zeitlich zusammen mit dem Widerstand in Afrika und Lateinamerika gegen die europäische Bevormundung. Paolo Freires »Pädagogik der Unterdrückten« bildete den Brückenschlag zwischen dem Widerstand in Brasilien und dem in den Schulbänken der Gymnasien in Paris oder der Universität in Münster. Erstmals gelangten pädagogische Konzepte aus dem Süden in den Norden. So wie die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt Vorbild für die Neue Linke in Europa wurden, wurden auch die widerständigen Erziehungskonzepte zu Orientierungshilfen für eine andere Pädagogik. Antiautoritäre Erziehung in möglichst freien Schulen bildete den Gegenpol zu den erstarrten und unzeitgemäßen Konzepten an staatlichen Schulen. Analog wurde auch eine neue Entwicklungshilfe gefordert. Die Hilfe zur Befreiung gipfelte in den Spendenaufrufen für »Waffen für El Salvador« in den achtziger Jahren. Aber auch die offizielle staatliche Entwicklungshilfe nahm Abschied von der Hilfe für »nachholende Entwicklung«. Doch ob »Hilfe zur Selbsthilfe« (Karl Heinz Böhm) oder der Versuch staatlicher Entwicklungshilfe, auf bestehende Strukturen in den »Entwicklungsländern« mehr einzugehen – der pädagogische Auftrag blieb erhalten, der Begriff »Entwicklung« mit all seinen Konnotationen von vorgezeichnetem Weg und Ziel ebenso.

»Kulturelle Nullage«

► Diese Entwicklungslogik basiert auf durchaus wissenschaftlichem Hintergrund. Dabei geht es den Entwicklungssoziologen und Kinderforschern wie Piaget oder Dux zwar nicht mehr »darum, Primitive zu Kindern zu machen, sondern darum, strukturelle Entwicklungslogiken aufzudecken«[7], doch in diesem Ziel lassen sich dennoch Parallelen der Entwicklung von Kindern und der von »Unterentwickelten« bzw. »Primitiven« aufzeigen. Grundlage dieser Argumentation ist, »daß der Prozeß der Ausbildung des Wissens für jeden immer von der kulturellen Nullage des Organismus aus beginnt«. Kurz: Die Kinder aller Welt haben bei ihrer Geburt dieselbe Ausgangsbasis. Erst dann beginne die unterschiedliche Entwicklung. »Primitiv sind Gesellschaften darin, daß sie sich in der Weiterentwicklung ebenso der kategorialen Formen wie der Inhalte von dem gemeinsamen Ausgangspunkt weniger weit entfernt haben als entwickeltere. Gesellschaften lassen sich deshalb auf einer virtuellen Linie der Weiterentwicklung primitiver Formen anordnen.« Zwar wird immer wieder betont, daß die Begriffe »Entwicklung« und »Primitive« wertneutral zu verstehen seien, doch in der Praxis der Entwicklungspolitik findet diese Analyse einen sehr wohl wertenden Niederschlag. Denn wenn die besten Möglichkeiten der »Weiterentwicklung primitiver Formen« bei Kindern liegen, ist es nur konsequent, daß auch Entwicklungshilfe bei den Kleinsten ansetzt. Bei ihnen ist Veränderung am leichtesten möglich. Und spätestens dann ist der Entwicklungsbegriff nicht mehr neutral zu verstehen. Er wird als Weg der »primitiven« zu »zivilisierten« Gesellschaften verstanden.

Es ist daher auch kein Wunder, daß sich die meisten Missions- und Entwicklungshilfeorganisationen um die Kinder scharen. Der Band »Kinder und Jugendliche« des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen umfaßt »rund 1.300 Adressen (...) deutscher Stiftungen, Vereine, Initiativen und Organisationen, die sich für die Belange von Kindern und Jugendlichen in Deutschland und weltweit einsetzen.«[8] Die Liste reicht vom »Internationalen Verband Westfälischer Kinderdörfer« über die »Kindernothilfe«, die »Missionsgesellschaft Bethlehem« und eine »Patengemeinschaft für hungernde Kinder« bis hin zu Kinderprojekten der großen Hilfswerke und von UNICEF. Am deutlichsten wird die Nähe von Entwicklungshilfe zur Pädagogik jedoch, wenn man die Werbeplakate, Spendenaufrufe und Fernsehspots der großen und kleinen Hilfswerke, Patenschafts- und Entwicklungshilfeorganisationen betrachtet. Nach wie vor blicken in erster Linie Kinderaugen in die Kameras, werben Pädagoginnen und Erzieher für eine nachhaltige Entwicklung der süßen Kleinen und küssen Päpste und Bischöfe herausgeputzten Mädchen und Buben auf die Wangen. Ziel und Legitimation von Entwicklungshilfe sind in erster Linie Kinder. Die Hilfsprogramme reichen vom Bau von Waisenhäusern und Schulen über die Vermittlung von Patenschaften bis hin zu Kampagnen gegen Minen oder Ausbeutung. Wer will schon eine »Patenschaft« für Erwachsene übernehmen oder einer Studentin das Stipendium finanzieren? Soldaten als Minenopfer darzustellen, macht keinen Sinn, sind sie doch vorrangiges Ziel dieser Waffen und keine »unschuldigen« Opfer. Ähnliches gilt für Arbeit und Ausbeutung: Teppichknüpfen oder Untertage-Bergbau ist zwar auch für Erwachsene unmenschliches Tun, aber nur als kindliche Tätigkeit verrufen. Die selbstorganisierten arbeitenden Kinder setzen genau hier an: Sie fordern in erster Linie eine Unterscheidung von selbstbestimmter Arbeit und Ausbeutung und keine Aufteilung in Kinder- und Erwachsenenarbeit. Doch dieser Ansatz kommt nur bei wenigen Entwicklungshilfe-Organisationen an. Kein Wunder: Wenn Kinder, zumal aus der »Dritten Welt«, eigene Vorstellungen entwickeln, hat die Pädagogik der Helfer ihren Platz verloren.

Anmerkungen:

1 Anton Markmüller: Die Erziehung des Negers zur Arbeit. Dietrich Reimer Verlag, Berlin 1995.

2 Zitiert nach: Eggert, J., Missionsschule und sozialer Wandel in Ostafrika. Bielefeld 1970.

3 J. Schmidlin: Die katholische Mission in den deutschen Schutzgebieten. Münster 1913.

4 L. Berg: Die katholische Heidenmission als Kulturträger. Aachen 1927.

5 Louis-Paul Aujoulat: Afrika kommt. Werden und Zukunft eines Kontinents. Freiburg 1960.

6 vgl. Anmerkung 1

7 Günter Dux: Die Logik der Weltbilder. Suhrkamp Verlag Frankfurt, 1982.

8 Bundesverband dt. Stiftungen und Stiftung für Kinder: Kinder und Jugendliche. Verlag Bundesverband dt. Stiftungen, Bonn, 1998.

► **Stephan Günther** ist Mitarbeiter der **iz3w**



Foto: R. Maro/version

Dem Trichter entronnen

Die Aktualität Paulo Freires »Pädagogik der Unterdrückten«

von **Bernd Overwien**

Der brasilianische Pädagoge Paulo Freire setzte vor mehr als 25 Jahren mit seiner »Pädagogik der Unterdrückten« Maßstäbe für neue Erziehungskonzepte. Kinder und Erwachsene sollten nicht mit Wissen gefüttert werden, wie es die europäisch/nordamerikanisch geprägte Schulpädagogik predigte, sondern Raum haben, angeknüpft an ihren Alltag zu lernen. Dieser Ansatz machte auch außerhalb Lateinamerikas Schule, und heute werden zumindest Elemente des Ansatzes von Freire ganz selbstverständlich auch in anderen Teilen der Welt übernommen.

► Schon in den siebziger Jahren wies Ivan Illich im Rahmen seiner grundsätzlichen Schulkritik auf die Dominanz schulischen Lernens gegenüber anderen Lernformen hin. Bedeutsames Lernen definiere sich allgemein nur durch den Schulbesuch und werde an Zeugnissen und Graden bemessen. »Tatsächlich ist Lernen (aber) diejenige menschliche Tätigkeit, die am wenigsten der Manipulation durch andere bedarf. Das meiste Lernen ist nicht das Ergebnis von Unterweisung. Es ist vielmehr das Ergebnis unbehinderter Teilnahme in sinnvoller Umgebung.«[1]
In welchem Verhältnis stehen nun subjektorientierte Lernansätze wie die educación popular[2] zu informellem Alltagslernen[3]? Die Ausgangsthese ist, daß die educación popular erfolgreich ist, weil hier nonformales Lernen zum informellen Lernen hin geöffnet wird. Kompetenzen, auch Lernkompetenzen, die Menschen mehr oder weniger ausgeprägt im Lebenszusammenhang erworben haben, werden stärker einbezogen, als dies in der Schule der Fall ist. Die Einbettung des Lernens in einen sozialen Kontext spielt eine wichtige Rolle. In der Schule wird zwar durchaus auch informell (mit-) gelernt, doch die Lernprozesse orientieren sich ausschließlich an den Lebensrealitäten der Mittelschicht.

Informelles, nicht institutionalisiertes Lernen herrscht in weiten Teilen der Welt vor und ist dort immer noch die einzige Art der Bildung und Erziehung für Millionen von Menschen. Das Kind – und der Erwachsene – empfängt einen großen Teil seiner Erziehung direkt und unmittelbar aus seiner Umwelt, seiner Familie, seiner Gesellschaft. Schulisches Lernen dagegen funktioniert nach dem Bankiersprinzip, nach dem Lernende Wissen genauso aufnehmen, wie Geld auf ein Konto eingezahlt wird.[4] Lernende werden dabei als »leere Hüllen« betrachtet, die es zu füllen gilt. Traditionelle Pädagogik beinhaltet zu wenig die Frage, was denn die Lernenden zum jeweiligen Thema bereits gelernt haben. Lernende sind Objekte. Hier der Lehrer, der Wissen weiter gibt, dort die Lernenden, die Wissen aufnehmen. Im Gegensatz dazu ist in der educación popular Lernen ein kontinuierlicher Prozeß der Auseinandersetzung des Individuums mit seiner Umgebung. Hierbei verändert sich sowohl das lernende Subjekt als auch dessen Umwelt. Lernen ist also nicht eine bloße Anhäufung von Wissen, sondern dessen kontinuierliche Umgestaltung.

Spielraum für Subjekte

► Eine weitere in diesem Zusammenhang notwendig zu diskutierende Frage ist die



Foto: U. Rzadkowski

nach der Rolle der Lehrenden. Sind Pädagogen in Zukunft, vorausgesetzt informelles Lernen wird stärker in Lernprozesse integriert, vor allen Dingen Organisatoren von Lernprozessen? Die Frage nach informellem Lernen ist grundsätzlich vom Subjekt aus gedacht. Wenn dem Subjekt nicht vertraut wird, wird ihm kein Spielraum für informelles Lernen zugebilligt und dieses folglich gering geschätzt. In der educación popular ist das Lernen vom Subjekt her grundsätzlich inhärent. Dies gilt nicht nur für die Erwachsenenbildung wie z.B. Alphabetisierungskurse, sondern grundsätzlich auch für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Die Kinderbewegung in Lateinamerika beispielsweise lebt als Teil der educación popular von der Auseinandersetzung mit der Lebensrealität. Als Vertretung der eigenen Interessen können die Prozesse der Selbstorganisierung nur durch konzentriertes informelles Lernen zustande kommen. Mit Hilfe politisch-sozial motivierter Pädagoginnen und Pädagogen haben sich Kinder und Jugendliche einen Raum geschaffen, in dem sie sich gegenseitig unterstützen und voneinander lernen. Daß dies nicht zwangsläufig auf der individuellen Ebene geschehen muß, zeigen viele Erfahrungen organisierter Kinder. Mehr noch: Mancherorts haben sich Verbindungen von informellem sozialem Lernen und solidarischer Ökonomie entwickelt, wie das Beispiel der »Organizaciones Económicas Populares« im Chile des Widerstandes gegen die Pinochet-Diktatur zeigt. Die OEP wurden von Elendsviertelbewohnern mit dem Ziel gegründet, Güter und Dienstleistungen zu produzieren und zu verteilen. Hierbei wurden ganz bewußt die jeweils den einzelnen Mitgliedern der Organisationen zur Verfügung stehenden Mittel und Kompetenzen zusammengeführt. Erreicht werden sollte die Beteiligung an der Veränderung politischer und sozialer Strukturen und die Verbesserung der Lebensqualität der Mitglieder. 1982 gab es etwa 280 OEP in der Region Santiagos, bis 1991 ist die Zahl auf fast 2.400, mit einer Beteiligung von 80.000 Personen gewachsen. Es wurden gemeinschaftliche Gemüsegärten und Armenküchen gegründet, wie auch Wohnungsbaukooperativen, Zentren zur Gesundheitsversorgung oder Beratungsgruppen, die sich mit Entschuldung der Mitglieder befaßten[5].

Informelles Lernen ist nicht zwangsläufig auch reflektierendes Lernen. Oftmals wird es aber erst durch Reflexion und Verknüpfung, d.h. Bewußtmachung der verschiedenen Teile informeller Lernprozesse für den jeweiligen Menschen produktiv. Erst die Hinterfragung sowohl gelernter Verhaltensmuster als auch verschiedener Techniken ermöglicht ein Weiterlernen und bringt weiterführende Einsichten. Pädagogisches Handeln ist oft nur der Anstoß zur Aufarbeitung und Nutzbarmachung bereits gemachter Lernerfahrungen und kann neue wichtige Impulse mit auf den Weg geben.

Alltag in Kreuzberg

► Im Rahmen eines Unterrichtsprojektes zur zweisprachigen Erziehung übernahm beispielsweise ein Team von Lehrenden in einer Kreuzberger Schule die Prinzipien der educación popular. Ausgangspunkt war die Erkenntnis Freires, daß das anthropologische Konzept der Kultur ein wesentliches Instrument der politischen Alphabetisierung sei und die Alltagskultur in den Mittelpunkt gestellt werden müsse. Die Lehrenden gingen davon aus, daß türkische Schüler in deutschen Schulen benachteiligt und unterdrückt seien, weil ihre Sprache, ihre Kultur und ihre alltägliche Lebenserfahrung ignoriert werden. Durch das Bewußtwerden und Einbeziehen der Alltagskultur sollte mehr Selbstbewußtsein und mehr Lernbereitschaft erreicht werden. Probleme und Konfliktsituationen der ausländischen Kinder sollten Teil des Lernprozesses werden. Um ihre alltägliche Lebensrealität zu erfassen, sollten die Kinder ihre Eltern und Mitschüler befragen. Die Erstklässler befaßten sich dann mit Themen wie z.B. den Wohnverhältnissen, die sie im Gegensatz zu den Lehrenden gar nicht allzu problematisch sahen. Das ergiebigste Thema war die Berufsarbeit der Eltern. Im Rahmen des Unterrichts wurden z. B. die Abwesenheit der Mutter oder die Ankunft des Vaters zu Hause nach der Arbeit problematisiert. Rollenspiele machten die Gefühle und auch die Probleme der Familie deutlich. Weitere Befragungen der Eltern führten zum Teil zu einer Aufhebung der Gesprächsblockaden innerhalb der Familie, weil eine derartige Kommunikation wohl nicht den üblichen alltäglichen Gewohnheiten entsprach. Offenbar zeigte diese sehr »ganzheitliche« Form der ergänzenden Alphabetisierung einige Erfolge.[6]

Die positive Wirkung dieses Ansatzes ist möglicherweise dadurch zu erklären, daß die Lehrenden mit den Kindern auf deren Erfahrungswelt im Rahmen einer informellen Lernkultur eingegangen sind. Die Alltagskultur, verstanden als ein Geflecht von sozialen Beziehungen, Traditionen und der interkulturellen Realität in Berlin-Kreuzberg, ist der Bereich, in dem die ausländischen Kinder außerhalb der Schule informell lernen. Wenn die Schule nicht an dieses Lernen anknüpft, sind sie zwangsläufig benachteiligt. Wird die Alltagskultur ausgeblendet, dann betrifft dies auch die innerhalb der Alltagskultur gemachten Lernerfahrungen. Das informelle Alltagslernen innerhalb der Familie und des sozialen Umfeldes wird abgewertet. Es sei im übrigen darauf verwiesen, daß das Lernen im Laufe der Sozialisation in hohem Maße dialogisch stattfindet. Insofern schließt sich der Freire'sche Ansatz direkt an die in der Biographie und der Lebenswelt der Lernenden geübten Formen an. Informelles Lernen ist vielfach auch Imitationslernen. Imitation bedeutet nicht nur direktes Nachahmen, sondern auch die mehr oder weniger variierte Kopie kompletter oder teilweiser Handlungsabläufe. In der kognitiven Lerntheorie wird diskutiert, ob auch Denkabläufe modelliert werden.

Lernen ohne Lehrer

► Kommen wir zurück zu der Frage, ob die Freire'sche Pädagogik besonders geeignet ist, an informelle Lernweisen anzuknüpfen. Das geschilderte Aufbrechen des traditionellen Lehrer-Schüler-Verhältnisses ist sicher eine Voraussetzung. Der Dialog als Prinzip des Lernens in der hervorgehobenen Lernsituation knüpft an Lernerfahrungen der hieran Beteiligten an. Es liegt auf der Hand, daß informelles Alltagslernen vielfach dialogisch stattfindet. Das Aufnehmen dieser Lernweise in eine bewußte Pädagogik knüpft also an Lernerfahrungen der Lerner an, wodurch zumindest überflüssige Lernbarrieren gar nicht erst aufgebaut werden. Im Freire'schen Ansatz ziehen sich die mehr als Koordinatoren tätigen LehrerInnen im Laufe des dialogischen Lernprozesses mehr und mehr zurück. Letztlich sollen die Teilnehmenden selbst ihren Lernprozeß organisieren (Freire 1973/64 f.). Der Dialog in der Gruppe ermöglicht es den Lernenden, sich als Subjekt ihres Lernprozesses gemeinsam informell lernend dem Objekt ihres Erkenntnisprozesses zu nähern. Ein Lernprozeß findet in diesem Falle zwischen dem jeweiligen Subjekt und dem Objekt des Lernens statt, aber auch zwischen den Subjekten (Freire 1974/70 f.). Wenn man nach Freire davon ausgeht, daß Bewußtwerdung als Gewinnen einer neuen Perspektive, der Veränderbarkeit der Welt, ein Schritt zur Befreiung ist, dann kann man gleichzeitig sagen, daß diese Erkenntnis eine Voraussetzung allen wirklich selbst-intentionalen Lernens ist. Es ist dabei unabdingbar, daß sich Lernende Ordnungsstrukturen zur Einordnung des Gelernten erarbeiten.

»Des Menschen Aktivität besteht aus Aktion und Reflexion: Sie ist Praxis, sie ist Verwandlung von Welt. Als Praxis verlangt sie eine Theorie, die sie erhält.« (Freire) Nicht zirkuläres, sondern offenes informelles Lernen braucht als Voraussetzung demokratische Strukturen. Auch eine »Kolonisierung« des Denkens wird informell erlernt. Erst die Aufdeckung eröffnet neue größere Lernwelten. »Die heutige Suche nach neuen Bildungstrichtern muß in die Suche nach deren institutionellem Gegenteil umgekehrt werden: Nach Bildungsgeflechten, die für jeden mehr Möglichkeiten schaffen, jeden Augenblick seines Lebens in eine Zeit des Lernens, der Teilhabe und Fürsorge zu verwandeln« (Illich). Eine derartige Form des Bewußtseins ist nicht nur geeignet, Herrschaftsstrukturen in Frage zu stellen, sondern auch idealer Ausgangspunkt für die volle Ausschöpfung informeller Lernmöglichkeiten. Insofern schafft eine konsequente Anwendung Freire'scher Prinzipien in der Pädagogik mit der Anknüpfung an informelle Lerngewohnheiten und deren konsequenter Weiterentwicklung auch wieder beste Voraussetzungen für weiteres informelles Lernen.

Der Begriff des informellen Lernens hat in der deutschen Diskussion lange Zeit die Rolle einer Restkategorie gespielt. Möglicherweise liegt dies daran, daß informelle Bildungsprozesse für zu wenig planbar gehalten wurden. Bildungsplaner sind zu sehr von objektiven Notwendigkeiten und zu wenig von den Potentialen des lernenden Subjektes ausgegangen. Immerhin wurden im Faure-Bericht der UNESCO, der in französischer Sprache schon 1972 vorlag, konkrete Hinweise auf Unterstützungsmöglichkeiten des Selbstlernens gegeben. Offenbar hat die pädagogische Zunft derartige Hinweise zu wenig ernst genommen. Schon damals war von der Notwendigkeit der Bewältigung einer Informationsflut die Rede. In dem knappen Vierteljahrhundert seit der Verfassung dieses Berichtes haben sich die zur Verfügung stehenden Informationen exponentiell vermehrt. Es ist kein Zufall, daß besonders die Forschung im Bereich der Erwachsenenbildung, der beruflichen Weiterbildung und nun auch der beruflichen Bildung informelle Aneignungsformen von Kompetenzen zur Kenntnis nehmen muß. Insbesondere beim Computerlernen, gemeint als Lernen mit dem Computer und Lernen der Beherrschung der Technologie, liegt informelles Lernen als adäquate Form der Aneignung entsprechender Kompetenzen nahe.

Anmerkungen:

1 Illich, Ivan: Entschulung der Gesellschaft. Entwurf eines demokratischen Bildungssystems, Reinbek 1973

2 »Educación popular« wurde oft mit »Volkserziehung« übersetzt. Heute wird zumeist der treffendere Begriff »Befreiungspädagogik« benutzt. Gemeint ist eine wesentlich von Paulo Freire geprägte Pädagogik, die inzwischen in vielen Ländern Lateinamerikas vor allem in der Erwachsenenbildung verbreitet ist. Theorie, Praxis, Handeln und Reflexion gehören eng zusammen. Das Umfeld pädagogischer Projekte z.B. die Verhältnisse eines Stadtteils und andere konkrete Bedingungen der Teilnehmenden werden in die Reflexion einbezogen.

3 Lernen kann nach dem Grad der Institutionalisierung in formales, nonformales und informelles Lernen unterschieden werden. Formales Lernen ist an Institutionen des Schulsystems gebunden. Nonformales Lernen findet meist in Kursform o.ä. außerhalb des Systems statt, richtet sich an identifizierbare Adressaten und dient der Erreichung bestimmter Lernziele. Informelles Lernen geschieht außerhalb dieser Institutionen selbstorganisiert und/oder im Alltag. (Lenhard, V.: »Bildung für Alle«, Darmstadt 1993, S.1ff)

4 Freire, Paulo: Erziehung als Praxis der Freiheit, Stuttgart 1974; Freire, Paulo: Pädagogik der Solidarität, Wuppertal 1974; Freire, Paulo: Pädagogik der Unterdrückten, Reinbek 1973

5 Nyssens, Marthe: El Germen de una Economia Solidaria: Otra Vision de la Economia Popular, El Caso de Santiago de Chile. In: CIRIEC-Espania, Revista de Debate sobre la Economia Publica Social y Cooperativa Nr. 25 (April 1997)

6 Nehr, Monika; Birnkott-Rexius, Karin; Kubat, Leyla; Masuch, Sigrid: In zwei Sprachen lesen lernen – geht denn das? Erfahrungsbericht über die zweisprachige koordinierte Alphabetisierung Berlin 1988

▶ **Bernd Overwien** ist Wissenschaftlicher Assistent am Fachbereich Erziehungswissenschaft der TU Berlin

Die National Coalition

▶ Die Nationalen Koalitionen (NC), die in vielen Ländern erst mit der Verabschiedung der UN-Konvention entstanden sind, können als »politische Kinder« des Übereinkommens betrachtet werden. Einer ihrer Hauptvorteile liegt darin, daß die beteiligten Organisationen durch das Einbringen ihrer spezifischen Fachexpertisen für unterschiedliche Teilgebiete der Konvention einen umfassenderen Umsetzungsprozeß in Gang setzen können, als dies einem einzigen Verband möglich wäre.
Ziele der deutschen NC sind:
– die nach Art. 44 KRK (Kinderrechtskonvention) erforderliche Berichterstattung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der UN kritisch zu begleiten sowie die Auseinandersetzung mit der Berichterstattung in Bund, Ländern und Gemeinden zu fördern,
– in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen einen breiten fachlichen Dialog über die Verwirklichung der UN-KRK zu organisieren,
– Formen der direkten Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Diskussion um die Umsetzung der UN-KRK zu unterstützen,
– den internationalen Austausch über die Verwirklichung der UN-KRK für Organisationen in der Bundesrepublik zu fördern und den Kontakt mit der »International Coalition« nichtstaatlicher Organisationen in Genf zu pflegen.

Im zweiten Jahr ihrer Existenz hat die National Coalition verschiedene Instrumente und Veranstaltungsformate (außer dem Offenen Forum z.B. das »Kinderkoalitionsgespräch«, den »KinderrechteTag« und das »Kinderforum«) entwickelt, um den weiteren Handlungsbedarf aufzuzeigen und ihre Ziele mittels Öffentlichkeitsarbeit und politischer Lobbyarbeit zu erreichen.

Einige Mitgliedsorganisationen arbeiteten inhaltlich in einer der vier Arbeitsgruppen zu den Themen unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Reform des Kindschaftsrechts, Ökologische Kinderrechte, Kinderrechte in Institutionen am Beispiel Schule und entwickelten für diese Bereiche Positionen und Forderungen zur weiteren Umsetzung der Konvention in Deutschland.

Im Rahmen ihrer Mitgliedschaft in der NC erhalten verschiedene Fachorganisationen die Motivation, für ihre jeweiligen Bereiche gezielte Aktionspläne zur Umsetztung der UN-KRK zu erstellen und sie zur Grundlage ihrer Arbeit zu machen. Die NC fungiert zudem als Bindeglied zwischen dem UN-Ausschuß für die Rechte des Kindes, der NGO-Group und dem Bildungsministerium, mit dem es sich in regelmäßigen Abständen über die Probleme und Fortschritte bei der Umsetzung der UN-KRK austauscht. 1999 steht der zweite Bericht der Bundesregierung an den UN-Ausschuß an. Es ist bereits abzusehen, daß viele der von dem UN-Ausschuß im Rahmen des Erstberichts aus den Abschließenden Beobachtungen resultierenden Empfehlungen nicht erfüllt sein werden, wenn die Bundesregierung bis dahin nicht noch erhebliche Anstrengungen unternimmt. *Beate Schmidt-Behlau*

▶ Nähere Informationen bei: National Coalition, Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe, Haager Weg 44, 53127 Bonn.

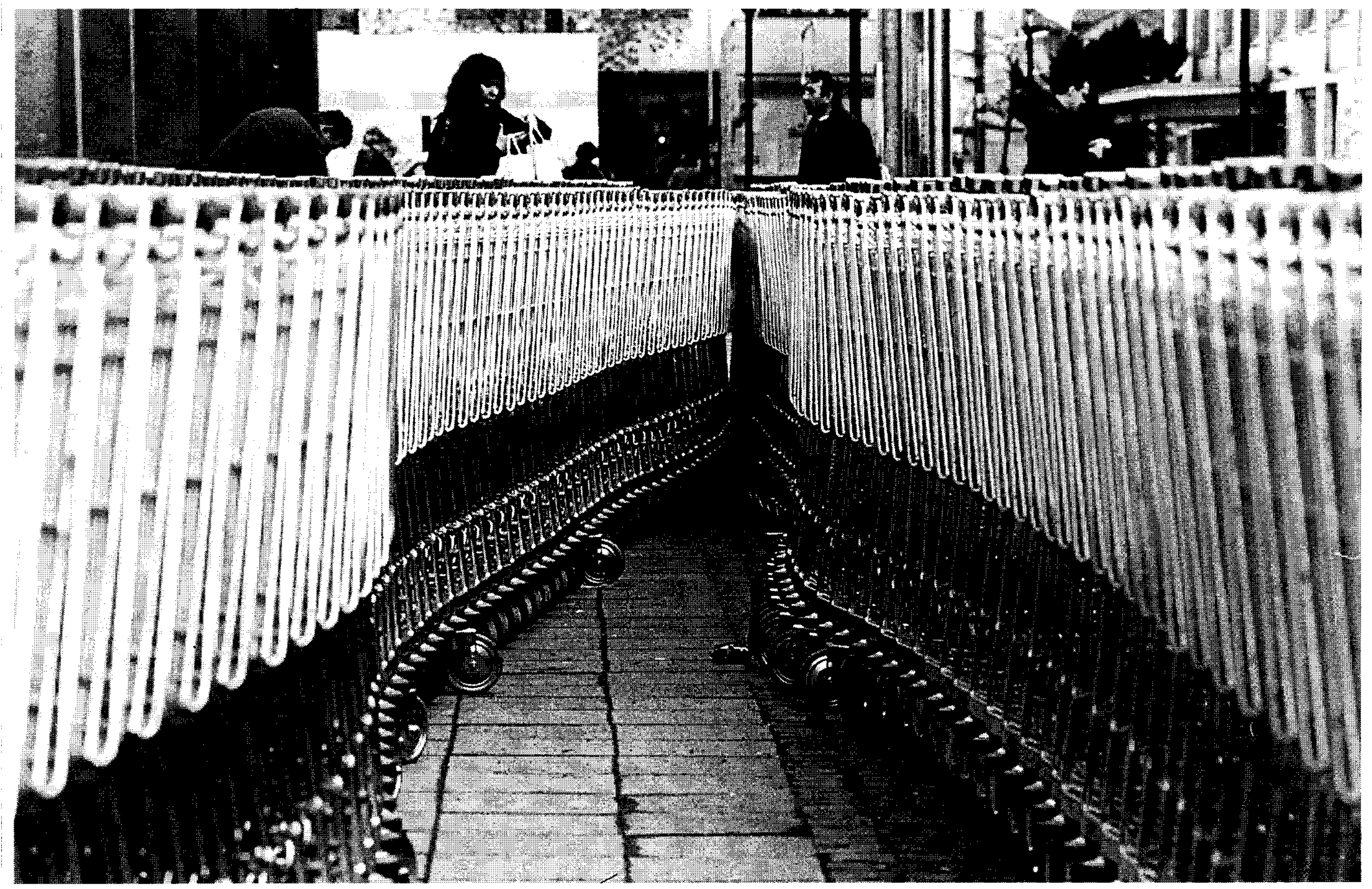


Foto: H. Sachs/version

Konsum in der Krabbelgruppe
Der Weltmarkt erobert Kinderwelten

von **Jeremy Seabrook**

Der Wunsch, Kinder zu schützen, äußert sich emotional aufgeladen und radikal, wenn es um Kinderarbeit oder die Bestrafung von Kindesmißhandlung geht. Die Analyse von Ursachen für die Lage vieler Kinder im Süden und in den Industrieländern bleibt demgegenüber meist leise und unbestimmt. So bleibt die globale Marktwirtschaft, die mehr und mehr auch Kindheiten prägt, außerhalb jeder öffentlichen Kritik.

► In jüngster Zeit sind von Gipfeltreffen und Konferenzen überall auf der Welt Erklärungen, Chartas und Vorlagen über die Rechte der Kinder formuliert worden. Eines der eindrucksvollsten dieser Gipfeltreffen, der UN-Gipfel für Kinder 1990, verabschiedete den »First Call for Children«. Dieses Dokument nennt als Gefahrenquellen für Kinder Krieg, Gewalt, rassistische Diskriminierung und ausländische Besatzung, Flucht und Vertreibung, Vernachlässigung, Ausbeutung, Armut, Hunger und die Verschlechterung der Umweltbedingungen. Sogar die Verschuldung und Strukturanpassungen werden genannt.

Das größte Hindernis für die Verwirklichung der Grundrechte von Kindern stellt demnach weniger Rückständigkeit, Ignoranz, ausbeuterische Eltern und Aberglaube dar. Vielmehr ist es die zunehmend integrierte Weltwirtschaft, die zu einer übermäßigen Konzentration von Ressourcen in den privilegierten Teilen der Welt und in anderen Teilen zu einer Verschlechterung der allgemeinen Lebensbedingungen führt. Dieses Weltsystem, das als einzige Hoffnung für die Welt und die neue Generation propagiert wird, verstärkt damit selbst die Ungleichheit. Dennoch stellen auch die weltweiten Institutionen, die das Wohl des Kindes als ihr höchstes Ziel deklarieren, die grundlegende Dynamik dieses Systems nicht in Frage, obwohl es dem Erreichen dieses Ziels diametral entgegensteht.

Kinderliebe und Lynchjustiz

► Die Marktwirtschaft vertieft jedoch nicht nur die sozialen Widersprüche zwischen den Menschen, sie greift auch in das Bewußtsein eines jeden Menschen. Rund um die Welt werden die Beziehungen des Individuums zu Produkten, Waren, Kunstwerken, Dienstleistungen, Erfahrungen oder Gefühlen über einen Kaufakt, eine monetäre Transaktion, eine Finanzoperation vermittelt. Die Autonomie der Menschen wird unterminiert, ihr Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten, etwas zu tun, etwas hervorzubringen, Dinge für sich selbst und füreinander zu schaffen, zerstört. Es entsteht eine wachsende Abhängigkeit vom Geld, mit dem all das zu kaufen ist, was vermeintlich für ein erfülltes und gutes Leben benötigt wird.



Aus Kindern werden Leute

Foto: R. Maro / version

Von diesem Prozeß sind zunehmend auch Kinder betroffen. Sie sind zum Neuland im Marktgeschehen geworden, wobei insbesondere in den reichsten Gesellschaften der Erde ihre Kolonisierung bereits weit vorangeschritten ist. Und gerade hier, wo der emotionale, physische und sexuelle Mißbrauch von Kindern ein ernstes Problem darstellt, wird nun die Kinderliebe so wortreich proklamiert. Es scheint etwas faul zu sein in diesen Gesellschaften, die sich zum größten Beschützer der Rechte der Schwachen und zu dem Modell stilisieren, dem der Rest der Welt zu folgen hat. In der Theorie sind ihre Gesetze human, der Rechtsschutz, den sie den Kindern gewähren, ist untadelig, sie betonen ihre Fürsorglichkeit gegenüber der Jugend. Die kollektive Kinderliebe, die sie im öffentlichen und sichtbaren Bereich an den Tag legen, ist durchaus rührend. Der Volkszorn gegen Kindesmißhandler würde jedoch in Lynchjustiz münden, wenn die Verbrecher nicht von der Polizei geschützt würden. Vielleicht ist ein unterdrücktes Schuldgefühl die Wurzel der Wut gegen diejenigen, die absichtlich und bewußt Kindern Schaden zufügen.

Vom Teenager zum Preteen

► Die Karriere des Begiffs »Teenager« zeugt von diesem »Alltag der Kindheit« und seinem Wandel. In den 50er Jahren wurde im Westen der »Teenager« kreiert, eine Art soziales Konstrukt, das für die Älteren unverständlich war. Ein Wesen, das Ansprüche und Bedürfnisse artikulierte, die damals extravagant und übertrieben erschienen. Ganze Institute beschäftigten sich damit, dieses neue Phänomen zu erklären, zu verstehen und mit den Jugendlichen zu kommunizieren. Am Ende waren es Werbeleute und Verkäufer, die diesen eigentümlichen anthropologischen Typ am besten erreichen konnten – sie hatten ihn ja auch geschaffen.

In den 90ern ist der Teenager schon archaisch. In einem Bericht des Guardian heißt es 1996, daß »diese Erscheinungsform von Kindheit zerstört worden (ist)«. Ein Sprecher von Sony erklärt dazu, daß sein Unternehmen außer Computerspielen keine elektronischen Produkte speziell für Teenager herstelle und vermarkte. Teenager artikulieren heute nämlich keine anderen Bedürfnisse mehr als ihre Eltern. Konsequenterweise wird der Teenager mittlerweile durch die »pre-teens« abgelöst. So sind Begriffe wie »Elfengröße« und »Kindergröße« in den USA längst in den modernen Slang eingegangen – schließlich ist jeder fünfte Amerikaner unter zehn Jahre alt. In den USA verfügen Kinder allein mit ihrem Taschengeld über eine Kaufkraft von geschätzten 7 Milliarden Dollar. Zusätzlich bestimmen sie indirekt über weitere 130 Mrd. Dollar von Erwachsenen, die sich gezwungen sehen, Geld auszugeben, weil ihnen sonst Geschrei, Tränen oder Wutanfälle drohen.

Marketingfachleute erkennen, daß Kinder durch die verstärkte Berufstätigkeit der Eltern immer mehr Einfluß auf die Kaufentscheidungen der ganzen Familie nehmen. Sie können den Autokauf, die Eßgewohnheiten und die Freizeitgestaltung bestimmen. »Das ist ein Bereich, den die Industrie lange übersehen hat und in dem sie nunmehr langfristige Wachstumsmöglichkeit sieht«, sagt Sal Alaimo, Vorsitzender der US-Werbefirma Limeligt Inc. Der Colgate-Palmoliv-Konzern etwa, mit einem Anteil von 24% Marktführer bei Kinderzahnbürsten, versucht seine Position durch die gezielte Ansprache kindlicher Konsumenten auszubauen. Bei der Erforschung der Konsummuster dieser Zielgruppe wird die Kategorie Kind in drei Altersgruppen differenziert – Kinder bis zu vier Jahren, vierbis sieben- und acht- bis zwölfjährige. Colgate bewirbt jede Gruppe mit einem anderen, explizit erarbeiteten Konzept, welches das Zähneputzen jeweils »lustvoll« erscheinen lassen soll, so Steven White, Leiter der Zahnbürstenwerbung bei Colgate-Palmoliv. Auch im Kinderfernsehen widmen die Werbestrategen ihre Aufmerksamkeit der Altersgruppe zwischen drei und dreizehn, den Käufern der Zukunft. Hier sollen Markenpatriotismus und Konsummuster früh verankert werden.

Auf diese Weise sind die Ernährung von Kindern, ihr Wachstum und ihre Entwicklung zu einem wichtigen Bereich des allgegenwärtigen Marketings geworden. Von klein auf werden Kinder an eine lebenslange Unterordnung unter marktgeleitete Bedürfnisse gewöhnt. Die Gesellschaft betrachtet die Kinder hauptsächlich als Konsumenten und richtet sie auf eine Kultur des ständigen Wünschens ab. Erziehung wird zu einem Aspekt der Konsumwerbung, und Zuwendung oder Interesse erfahren Kinder immer häufiger aufgrund ihrer potentiellen Kaufkraft.

Dieser konsumorientierte Lebensstil wird an die Eliten des Südens transferiert. In Indien etwa ist ein Viertel der Bevölkerung jünger als vierzehn Jahre und verbraucht ein Fünftel aller Konsumgüter. Die sich gegenwärtig in Indien verbreiternde Konsumkultur und ihre Wirkung auf Kinder erinnert an das Westeuropa der 50er Jahre. Das Fernsehen ist voll von Werbung für Kinderprodukte, die gleichzeitig Normen und Verhaltensmuster für Erwachsene vermitteln. Mütter sichern sich

die Dankbarkeit und Liebe ihrer Kinder, indem sie sie mit verpackter Industrienahrung und Cola versorgen. Zudem richtet sich der Kommerz zunehmend auch an die Kinder selbst – als Manipulateure ihrer Eltern.

Vergoldete Nutzlosigkeit der Kindheit

► Damit werden Kinder weltweit alltäglich Kräften ausgesetzt, die sie mißhandeln. Zudem bedroht der sich in dieser Art darstellende »Machtzuwachs« von Kindern aber auch deren Zukunft. Denn die Ausweitungen der Freiheiten des Konsumenten in einer Welt, aus der alle anderen Wahlmöglichkeiten ausgeschlossen sind, wird früher oder später mit einer Zukunft kollidieren, die bereits verbraucht ist. Und hier schließt sich möglicherweise der Kreis von Kinderliebe und Lynchjustiz: Irgendwie ist es uns nämlich durchaus bewußt, daß die Ressourcenbasis der Welt begrenzt ist und wir mit unserem Lebensstil dabei sind, die Zukunft unserer Kinder zu verzehren. Das Schuldgefühl darüber äußert sich aber nicht in der Ablehnung dieses Lebensstils, sondern wendet sich gegen diejenigen, die Kinder in besonders krasser Weise als Objekt ihrer Begierde mißbrauchen.

Nun hat der Norden in jüngster Zeit seine Aufmerksamkeit auf die Schrecken der Kinderarbeit im Süden gerichtet. Geschätzte 50 Millionen Kinder arbeiten weltweit in Fabriken, stellen Glas, Teppiche oder Spielzeug her, sind im Dienstleistungssektor, in Küchen, Teestuben und Hotels oder in der Landwirtschaft beschäftigt. Die Kritik bewertet diese Arbeit als inhuman. Sie beraube die Kinder ihrer Kindheit. Diese Kampagnen für die Rechte der Kinder haben – auch wenn sie motiviert sind von einer rechtschaffenen Entrüstung über den Schaden, der Leib und Seele der Kinder zugefügt wird – zwei grundlegende Schwächen: Zum einen nehmen sie den wirtschaftlichen Wert der Kinderarbeit für das Familienbudget nicht wahr, der die Differenz zwischen Überleben und einer ausreichenden Versorgung ausmachen kann. Zum zweiten sehen diese Kampagnen nicht, wie wichtig es ist, Kindern eine Aufgabe und ein Ziel zu geben, ein Gefühl, daß sie für das Funktionieren der Gesellschaft unentbehrlich sind. In den Industriestaaten des Nordens hat sich die Rolle der Kinder auf eine dekorative und vergoldete Nutzlosigkeit reduziert: Nichts wird von ihnen gefordert, kein Beitrag ihrer Kräfte und Fähigkeiten – nur lernen sollen sie, »Leistung« in Examen bringen und eine möglichst gute Ausbildung absolvieren, damit sie mit den kompetitiven Zwängen des 21. Jahrhunderts fertigwerden.

Damit wird den privilegierten Kindern und Jugendlichen die Macht und das Gefühl vorenthalten, selbst etwas zu tun, zu handeln, zu erfinden und zu improvisieren, sowohl für sich selbst als auch für andere. Stattdessen kolonisieren die aufdringlichen Produkte der industriellen Welt die Phantasie. So unterminieren sowohl die Teilnahme an der Konsumwelt des globalen Marktes als auch der erzwungene soziale Ausschluß aus ihr eine selbstbestimmte Bedürfnisbefriedigung und stehen einem würdigen und sicheren Leben für alle entgegen. Die Vorstellung eines solchen Lebens und seiner Machbarkeit wird schon den Kindern ausgetrieben.

► **Jeremy Seabrook** forscht zur Kinderarbeit. *Von der Redaktion stark gekürzte und überarbeitete Fassung aus: Race & Class, Nr. 4, 1998. Übersetzung: Chr. Neven - du Mont*





Central do Brasil

Eine filmische Reise durch das Brasilien der Gegenwart

von **Volker Kull**

An Heiligabend kommt der auf der Berlinale mit dem Goldenen Bären ausgezeichnete Film »Central Station« (Central do Brasil) des brasilianischen Regisseurs Walter Salles in die deutschen Kinos. Perfekt inszeniertes, gefühlsbetontes Kino mit einem Schuß verklärter brasilianischer Authentizität wird den Zuschauern ein bewegendes Weihnachtsfilmereignis bescheren.

► Abgestumpft und ihrer zwischenmenschlichen Gefühle beraubt, führt die ehemalige Lehrerin Dora ein von trister Routine bestimmtes Leben. Umgeben von anonymen Menschenmassen, sitzt sie tagein tagaus an einem kleinen Tisch inmitten des Hauptbahnhofs von Rio de Janeiro. Seit sie pensioniert ist, verdient sie sich als Briefeschreiberin ein Zubrot zu ihrer kleinen Rente. Ihre Kunden sind die vielen Analphabeten Rio de Janeiros. Voller Hoffnung und Vertrauen wenden sie sich an Dora, um ihren Gefühlen, Wünschen und Sehnsüchten Ausdruck zu verleihen. Dora jedoch ist weit entfernt, das in sie gesetzte Vertrauen zu erfüllen. Im Gegenteil: Zuhause setzt sie sich mit ihrer Freundin Irene zusammen und diskutiert selbstgerecht und voller Gleichgültigkeit gegenüber den individuellen Schicksalen ihrer Kunden, welcher Brief es Wert sei, abgeschickt zu werden, welcher im Papierkorb landen oder in der Schublade zwischengelagert werden soll.

Ein dramatisches Ereignis verändert alles. Eine Kundin, die gemeinsam mit ihrem Sohn Dora gebeten hatte, einen Brief an ihren seit Jahren verschollenen Mann und Vater des Jungen zu schreiben, kommt vor dem Bahnhof ums Leben. Nach einigem Zögern nimmt sich Dora des Waisen an, dem die Gefahr droht, zu verwahrlosen und in der Masse der Straßenkinder von Rio zu verschwinden. Zunächst verbindet Dora mit ihrer Anteilnahme handfeste materielle Interessen. Sie verkauft den kleinen Josué für tausend Dollar an eine Vermittlungsstelle für Waisenkinder. Doch sie bekommt Gewissensbisse. Wenn der Junge nicht, wie die Vermittler behaupten, zu einer reichen Familie in die USA oder nach Europa vermittelt wird? Wenn er vielmehr getötet wird und seine Organe verkauft werden? Auf keinen Fall möchte sie am Tod des Jungen schuld sein. Sie beschließt, ihn zu retten. Nun ist auch sie in Gefahr. Sie ist gezwungen, mit dem Jungen aus Rio zu flüchten. Die beiden begeben sich auf die Suche nach dem Vater des Jungen. Es beginnt eine lange Reise durch das Brasilien der Gegenwart, von Rio in den Sertão, die ärmste Region im Nordosten des Landes. Was als überstürzte Flucht aus dem Moloch Rio beginnt, entwickelt sich zur Suche einer Frau und eines Landes nach ihrer Identität.

Inmitten Brasiliens

► Das Roadmovie *Central Station* ist ein Film, der das Publikum knapp zwei Stunden in seinen Bann schlägt. Der Film bietet über weite Strecken gute Unterhaltung und ist darauf angelegt, die Gefühle der Zuschauer tief zu berühren. *Central Station* oder 'Inmitten Brasiliens', wie die Übersetzung des Orginaltitels *Central do Brasil* lautet, ist die filmische Reise durch ein Land, das durch scheinbar unvereinbare Gegensätze gekennzeichnet ist. Jedoch verklärt der Film die soziale Realität Brasiliens durch klischeehafte Beschreibungen, die an soziale Nostalgie erinnern. Der Anonymität der Großstadt stellt Regisseur Walter Salles die soziale Eingebundenheit und Geborgenheit der Landbevölkerung gegenüber. Im Unterschied zur Stadt kommunizieren die Menschen auf dem Land miteinander. Der Glaube an materielle Werte, der die Menschen in der Großstadt bestimmt, ist in diese abgelegene Gegenden noch nicht vorgedrungen. Trotz oder gerade wegen ihrer großen Armut hat sich die Bevölkerung den Glauben an Gott und das Vertrauen in die Menschen bewahrt.

Mit Hilfe einer durchdachten Filmsprache gelingt es Walter Salles, die Übergänge vom einen in das andere Stadium glaubwürdig zu präsentieren. Eindrucksvolle Bilder und der sorgfältige Wandel der filmischen Stilmittel lassen die stereotype Darstellung Brasiliens beinahe vergessen. In den Bahnhofshallen Rios dominieren Naheinstellungen die Szenerie. Die Schnitte sind hart. Die Hintergrundtöne verzerrt und schrill. Die Filmsprache unterstreicht eindrücklich die Personen in ihrer Vereinzelung und Einsamkeit. Sie werden ohne jeglichen Bezug zu ihrer sozialen Lebenswelt dargestellt.

Während der Reise weitet sich der Kamerablick ganz allmählich. Je weiter sich Dora und Josué von der Stadt entfernen, desto mehr weichen die Naheinstellungen halbtotalen oder totalen Einstellungen. Die Bilder bekommen Tiefenschärfe. Die Personen werden in einen sozialen Kontext eingebunden. Zugleich wird die Tonspur klarer, die Töne wahrnehmbar. Die Menschen sind nicht mehr dem hektischen, undurchdringlichen Treiben der Großstadt ausgeliefert. Eindeutige, religiöse Werte bestimmen das Leben im Sertão.



CENTRAL STATION (CENTRAL DO BRASIL), Regie: Walter Salles, Fotos: © Buena Vista International

Diese langsame Veränderung der Filmsprache beschreibt jedoch nicht nur den Wandel der äußeren Realität. Zugleich ist sie Indikator für die Entwicklung der inneren Zustände der Protagonisten. Am Ende finden Dora und Josué zueinander und Dora schließlich zu sich selbst. Unterstützt wird die Filmsprache durch die schauspielerische Leistung von Fernanda Montenegros. Ihre Wandlung von der zynischen Kleinunternehmerin zu einer Frau, die – so will es der Film – ihre Weiblichkeit wiederentdeckt und schließlich zur mütterlichen Gefährtin des kleinen Josués wird, ist so überzeugend dargestellt, daß sie zu Recht mit dem silbernen Bären ausgezeichnet wurde.

Ästhetik des Glaubens

▶ Zweifellos steht Walter Salles in der großen Tradition des brasilianischen Kinos. Doch im Laufe der Jahre haben sich die Konnotationen verändert. Bereits in den 60er und 70er Jahren war der Sertão, die arme, unterentwickelte Region im Nordosten Brasiliens, zentraler Handlungsort zahlreicher Filme. Damals jedoch, in Filmen wie *Vidas secas (Nach Eden ist es weit*, 1963) von Nelson Pereira dos Santos oder *Deus e o diado na terra do sol (Gott und Teufel im Land der Sonne*, 1964) von Glauber Rocha, war der Sertão ausschließlich Ort des Hungers und der sozialen Revolte.

Bei Salles hingegen wird aus der bitterarmen Region ein Ort der Hoffnung für ganz Brasilien. In *Central Station* reagiert die Landbevölkerung des Sertão auf ihre Armut nicht mehr mit Gewalt, wie dies Glauber Rocha in seinem kinematographischen Manifest *Die Ästhetik des Hungers* Anfang der 60er Jahre ausgedrückt hat, sondern mit Religiosität. Aus der *Ästhetik des Hungers* ist eine Ästhetik tiefen religiösen Glaubens geworden. Fatalismus und Gottvertrauen treten an die Stelle persönlicher Handlungsfähigkeit. Die Skepsis, die diese Verschiebung hervorruft, wird durch den Umstand verstärkt, daß nur die rasant an Popularität gewinnende, aggressiv missionierende evangelistische Kirche explizit genannt wird. Nur als kleines Beispiel: Die evangelistische Kirche ist im November in die Schlagzeilen gekommen, weil sie Homosexualität als »Dämonenwerk« verurteilt hat und homosexuelle Brasilianer »heilen« will. (Neue Züricher Zeitung vom 12.11.1998). Die afrobrasilianischen Religionen, obgleich wichtige Elemente zeitgenössischer brasilianischer Kultur, spielen in Central Station ebensowenig eine Rolle für das gesellschaftliche und kulturelle Leben Brasiliens wie die Traditionen der zahlreichen indigenen Völker. Die selektive Auseinandersetzung mit Religion legt es nahe, die verschiedenen Identitätskonstruktionen in Central Station als ausschließliche Perspektive der weißen, privilegierten Bevölkerungsmehrheit zu deuten.

Aus der Ästhetik des Hungers wird eine Ästhetik tiefer Religiösität

Ein weiterer Aspekt fällt auf. Begaben sich Filmemacher wie Fernando E. Solanas in *El viaje (Die Reise)* oder Jeanine Meerapfel in *Amigomio* noch auf die Suche nach einer kollektiven, panlateinamerikanischen Identität, die stark von der indigenen Tradition des Kontinents beeinflußt ist, verlagert Salles in *Central Station* die Suche auf das Individuum und auf sein eigenes Land, Brasilien. Darin mag sich zum einen die Haltung der Brasilianer manifestieren, sich von den anderen, spanisch kolonisierten Nachbarländern abzugrenzen. Zum anderen ist dies aber ein Kennzeichen, das Salles mit anderen lateinamerikanischen Filmemachern der jüngeren Generation teilt, beispielsweise mit dem Bolivianer Marcos Loayza, dessen Film *Escrito en el agua (Auf's Wasser geschrieben)* ebenfalls bei der Berlinale zu sehen war.

Auch filmästhetisch bedient sich *Central Station* anderer Ausdrucksformen als die lateinamerikanische Filmtradition. Die realistische Erzählweise erinnert eher an den europäischen Autorenfilm als an die Filmemacher des *cinema novo* bzw. *nuevo cine latinoamericano* der 60er und 70er Jahre. Im Unterschied zu den Filmen eines Glauber Rocha oder Jorge Sanjines fehlen *Central Station* die großen metaphernreichen Bilder und die Radikalität der Filmsprache. Der Film bestätigt damit eine Tendenz, die sich im lateinamerikanischen Kino der Gegenwart herauskristallisiert: »Als Sanjines 20 Jahre alt wurde, da hatte in Kuba gerade die Revolution gesiegt. Als ich 20 Jahre alt wurde, hatte die Revolution in Nicaragua gerade die Wahlen verloren.« Mit diesen Worten bringt der bolivianische Filmemacher Marcos Loayza den Wandel des lateinamerikanischen Kinos auf den Punkt. Die Zeiten, in denen sich die radikalen politischen Veränderungen in einer revolutionären Filmsprache und der Suche nach einer eigenen, innovativen und authentischen filmischen Ausdrucksweise geäußert haben, sind vorbei. Die idealistische Aufbruchstimmung der 60er und 70er Jahre ist verschwunden. Viele Filmemacher bedienen sich heute einer globalen Erzählweise. Sicherlich ist dies eine Folge der vom Westen diktierten Marktgesetze, deren Konsequenzen für die brasilianische Bevölkerung *Central Station* gerade thematisiert.

Durch diese globale Erzählweise erreichen die Filme – auf Kosten der filmsprachlichen Authentizität – ein breites Publikum und sind auch mit unseren europäischen Rezeptionsgewohnheiten ohne größere Probleme verstehbar. Das internationale Publikum muß sich nicht erst mit dem Dekodieren narrativer Strukturen beschäftigen, die aus fremden Erzähltraditionen stammen. Dadurch finden die Filme den Weg in die europäischen und US-amerikanischen Kinos. Und auch dem heimischen Publikum, dessen Rezeptionsgewohnheiten zwischenzeitlich sehr stark durch europäische und US-amerikanische Ästhetik beeinflußt sind, sind die Filme leichter zugänglich.

▶ **Volker Kull** ist Ethnologe. Er beschäftigt sich hauptsächlich mit ethnographischem Dokumentarfilm und mit lateinamerikanischem, kubanischem und schwarzafrikanischem Kino.



Afrika gibt es
Ein Gespräch mit Jean Ziegler über afrikanische Kulturen



Das Interview mit dem Soziologen Jean Ziegler setzt die lose Gesprächsreihe fort, die mit Jean-Christophe Rufin (iz3w 229) und Edward W. Said (iz3w 231) begonnen wurde. Bezugspunkt ist jeweils die These von Samuel Huntington, derzufolge der machtpolitische Konflikt der Nationalstaaten und der Ideologien durch einen »Kampf der Kulturen« abgelöst werde. Während Huntington nicht-westliche Kulturen als potentielle Bedrohung für den Westen darstellt, besetzt Ziegler die schwarzafrikanischen Kulturen mit dem 'Prinzip Hoffnung'. Unter umgekehrtem Vorzeichen folgen damit beide einem ähnlichen Kulturbegriff.

► ***Christoph Burgmer:*** *Herr Ziegler, Samuel Huntington schreibt in seinem Buch »Krieg der Zivilisationen«, daß die Beziehungen des Westens zu Afrika ein nur geringfügiges Konfliktpotential enthalten, und zwar deshalb, weil Afrika so schwach sei. Und weiter schreibt er, daß in Afrika ein langfristiger Prozeß der Entwestlichung im Gange sei. Interesse und Einfluß der westlichen Mächte würden schwinden, die einheimische Kultur mache sich geltend. Während Lateinamerika immer westlicher werde, werde Afrika immer weniger westlich.*

► **Jean Ziegler:** Huntington habe ich in lateinamerikanischen Universitäten in den 70er Jahren erlebt. Im Auftrag der amerikanischen Regierung hielt er dort während der Militärdiktatur Vorträge. Er hat das Konzept der nationalen Sicherheit entwickelt, das von der Hypothese ausging, daß der Feind im Inneren sei. Daß also Gewerkschafter, Studenten, Demokraten, Priester, die mit der Diktatur nicht einverstanden waren und Grundrechte verlangten, als Feinde betrachtet, gefoltert und erschossen wurden. Das ist Huntington. Er hat auch eine vietnamesische Vergangenheit. Also wenn Sie mich als Soziologen nach Huntington fragen, dann sage ich erst einmal, das ist ein Söldner im Dienste des CIA. Er kann ja auch hin und wieder etwas Gescheites sagen. Aber was er hier gesagt hat, ist nicht der Diskussion wert.

Kann man denn angesichts der verschiedenen Kulturen, Völker und Gesellschaften Schwarzafrikas überhaupt von einem Schwarzafrika sprechen? Was versteht man unter dem Begriff Schwarzafrika?

► Schwarzafrika ist einerseits der südliche Teil des afrikanischen Kontinents, im Westen durch den Atlantik begrenzt, im Osten durch den indischen Ozean. Sowohl im Atlantik als auch im indischen Ozean gibt es ein paar Inseln, die auch noch zum Kontinent gehören. Und dann die unglaublich zerstreute Diaspora, die eigene Sozialformationen hat. Denken Sie an Jamaika oder an Haiti. Das sind formell unabhängige, schwarze Nationalstaaten in der westlichen Hemisphäre. Das alles zusammen fällt unter den Begriff schwarzafrikanische Kulturföderation.

Sie haben die traditionelle schwarzafrikanische Kultur durch die Existenz autonomer Bedeutungsfelder im Gegensatz zu westlichen Kulturen charakterisiert. Gilt das auch für die schwarzafrikanischen Kulturen in der Diaspora und für die modernen afrikanischen Kulturen?

► Die meisten afrikanischen Kulturen haben eine unglaubliche Vitalität und Resistenzkraft, wenn man den ökonomischen, sozialen und politischen Zustand des Großteils der 52 Nationalstaaten auf dem afrikanischen Kontinent berücksichtigt und bedenkt, in welchem Zustand viele Diasporastaaten sind. Haiti z.B. ist das zweitärmste Land der Welt. Da bin ich voller Bewunderung für die Resistenzkraft und Vitalität der verschiedenen afrikanischen Kulturen. Aber die meisten von ihnen sind keine reinen Traditionskulturen mehr. Sie sind in einem sehr starken Akkulturationsprozeß begriffen, den man für jede Kulturzone auf dem Kontinent und in der Diaspora definieren müßte. Es gibt praktisch keine afrikanische Traditionsgesellschaft, die nicht von dieser Akkulturation betroffenen ist.

Aber trotzdem haben die Sozialformationen Afrikas eine kulturelle Eigenständigkeit, eine Vitalität und Kreativkraft von sehr sehr eindrücklicher Effizienz. Diese ontologisch in sich ruhende, unglaublich reichhaltige, symbolträchtige kulturelle Totalität gibt die Sicherheit. Die afrikanische Kultur sagt zu

jedem Problem etwas aus, es gibt keine Grauzone, keinen Agnostizismus, der Tod, das Leben, die Zirkulation des Wortes zwischen den Lebenden und Toten usw. Eine afrikanische Traditionsgesellschaft, sei es in der Diaspora, sei es auf dem Kontinent, unterscheidet sich von dem Gesellschaftswissen in Westeuropa durch die Art und Weise der Wissensübermittlung. Während diese bei uns auf Konzeptualität, auf formallogischer Aneignung, auf diskursivem, analytischem Wissen beruht, werden die wesentlichen Kulturleitsätze, die identitätsformierenden Aussagen in den afrikanischen Hochgesellschaften initiatorisch und damit emotional übermittelt, durch Initiationsriten wie z.B. Mutproben, Ausgesetztwerden, das Erleben von Einsamkeit oder Gruppensolidarität. In diesen Erlebnisphasen des jungen pubertären Menschen überträgt die Gruppe das ontologische Wissen, das im Gegensatz zum westlichen, chronologisch strukturierten Wissen, rekurrent und zirkular ist. Und dieses initiatorische Wissen strukturiert eine Persönlichkeit viel stärker, als das konzeptuelle Wissen. Was mit einer Emotion verbunden ist, etwas, das man im Moment höchster Anspannung gelernt hat, Schmerzen, Freude, Angst, oder was immer auch die Emotion ist, das bleibt haften.

Ich möchte nun auf das Bild zu sprechen kommen, das sich im Laufe der Jahrhunderte von Afrikanern im Westen entwickelt hat. Die westliche Rezeption der afrikanischen Gesellschaften reicht zurück bis in den frühen Sklavenhandel. Wie kein anderer Kontinent wurden diese schwarzafrikanischen Gesellschaften nur aus westlichen Bedürfnissen heraus wahrgenommen. Warum gelingt es bis heute scheinbar reibungslos, diesen traditionellen westlichen Ethnozentrismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen fortzuschreiben?

► Das liegt an dem Herrschaftswissen. 22,5 Prozent der Menschheit sind weiß. Und dieses Fünftel der Menschheit beherrscht den Planeten seit Ende des 15. Jahrhunderts. Diese Herrschaftsethnie – ich habe das Wort Rasse nicht gerne, weil das so belastet ist – , diese Herrschaftsethnie, die Weißen also, produzieren natürlich eine Ideologie und eine Wahrnehmung der anderen, die ihren Herrschaftsinteressen konform ist. Man kann ja, wie Brecht sagt, nicht gleichzeitig böse und glücklich sein. Deshalb muß man sich mit Apartheidstheorien, mit diskriminatorischen Theorien belügen. Man herrscht über Afrika, zuerst durch den Sklavenhandel, dann über die territoriale Okkupation durch die Kolonialreiche. Bei der Berliner Konferenz wurde 1885 von Bismarck die Welt unter den Weißen aufgeteilt. Bismarck hatte die berühmte Afrikakarte von Professor Wolf vor sich, auf der das ganze Herz von Afrika noch weiß war: »terra incognita«. Es wurde also ein Kontinent aufgeteilt, der nicht einmal kartographisch erfaßt, geschweige denn kulturell, sozial, politisch erforscht war. Der Kolonialismus war also eine reine Piratenoperation.

Nach dem zweiten Weltkrieg kam die Phase der sogenannten Dekolonisation, die nahtlos in das imperialistische System überging. Seit Ende des 15. Jahrhunderts bis zum heutigen Tag herrscht diese weiße Minorität über den afrikanischen Kontinent und produziert ein konzeptuell schwaches, verlogenes, uninformiertes, diskriminatorisches Herrschaftswissen.

Der Zusammenbruch des kommunistischen Osteuropa hat in Afrika Anfang der neunziger Jahre auch ungeheure Hoffnung auf Demokratisierung, auf Befreiung von westlicher Vorherrschaft geweckt. Wie sieht es einige Jahre später in der Realität der schwarzafrikanischen Gesellschaften aus? Und hier schließt sich die Frage an: Ist Afrika nicht aus dem Bewußtsein des Westens verschwunden?

► Das wäre gleichgültig. Afrika gibt es. Afrika ist ein unglaubliches Konservatorium von Kulturgütern. Der Anthropologe Lévi-Strauss hat gesagt, es gibt einen dunklen Kern in allen Zivilisationen, in allen Menschengruppen, der wahrscheinlich Jahrtausende zurück liegt. Einmal wurde die Entscheidung getroffen, wo wir unsere sozialen Kräfte primär einsetzen. Die Europäer haben sie in der Primärakkumulation des Kapitals, in der In-

Ein Konservatorium kultureller Werte

Foto: Gartung/Brot für die Welt



strumentalität, in der Technologie eingesetzt, und haben dabei unglaubliches geleistet. Unsere kapitalistischen Gesellschaften sind ja von enormer Kreativkraft. Was wir alles können: auf den Mond fahren, 92 Prozent aller Computer stehen in der westlichen Welt usw. Während meiner Ansicht nach die afrikanischen Gesellschaften auf dem Kontinent und in der Diaspora von allem Anfang an ihre vordringlichste Aufmerksamkeit der zwischenmenschlichen Beziehung gewidmet haben. Und ihren Erklärungen in den Symbolsystemen – den Mysterien des existentiellen Zusammenlebens, des Sterbens, des Geborenwerdens usw. – hat der afrikanische Teil der Menschheit seit Jahrtausenden eine ganz andere Priorität gegeben. Deshalb gibt es, wie Jean-Paul Sartre gesagt hat, *l'unité negative du monde.* Es gibt zwar eine Einheit der Welt, weil es ein und derselbe Planet ist, der im Universum umherschwirrt und von derselben Sonne beschienen wird, aber es ist eine negative Identität. Es gibt zwei verschiedene Menschheiten. Eine afrikanische und eine westlich-europäische, weiße, Nordamerika mit den Diasporagesellschaften eingeschlossen, die ganz andere Kollektivschicksale gewählt hat. Und, da haben sie wahrscheinlich recht, die sich überhaupt nicht mehr verstehen. Die Weißen sagen, Afrika hat sich aus der Geschichte verabschiedet, Afrika gibt es nicht mehr, die Afrikaner sind nicht mehr in der Geschichte. Aber die sind in einer ganz anderen, vielleicht viel wichtigeren Geschichte. Und meine Hoffnung ist, daß es uns westlichen Zivilisationsmenschen einmal gelingen würde, den Weg zurückzufinden zu diesen Konservatorien der kulturellen Werte des heutigen Afrikas.

Realität ist sicherlich auch die Frage nach den derzeitigen politischen und sozialen Bedingungen, in denen viele Menschen in Afrika leben...

► ... im November 1989 ist mit der Berliner Mauer die Westgrenze des sowjetischen Imperiums zusammengebrochen. Da beginnt in Afrika eine Periode des Aufbruchs, der kreativen Unruhe. Obwohl es in Afrika sowjetische Satellitenstaaten gegeben hat – z.B. die Einheitspartei in Mosambique FRELIMO (Frente de Libertação de Moçambique) oder die Mengistu-Diktatur in Äthiopien – war das korrupte sowjetische Terrorregime eine Importware, die nie ins Kollektivbewußtsein eingedrungen ist. Während der ganzen Periode des kalten Krieges war Afrika ein strategisches Exerzierfeld der verschiedenen Großmächte. Das hat 1961 mit der Ermordung von Lumumba angefangen. Seit diesem ersten extrakontinentalen Konflikt der Weltgroßmächte auf afrikanischem Territorium haben sich diese Situationen ständig wiederholt. Man kann Guinea-Bissau nennen, man kann Angola nennen. Von Beginn der 60er Jahre bis in die 90er Jahre hinein gibt es in Afrika einen Konflikt nach dem anderen, bei dem West- und Ostmächte aufeinander stoßen. Aber daraus zu schließen, daß es eine afrikanische Geschichte des Kampfes Kommunismus gegen Antikommunismus, Kommunismus versus Demokratie gegeben hätte, das wäre falsch. Die importierten Konflikte entsprechen Rationalitäten, die mit den Planetarmächten USA und der Sowjetunion zu tun haben, die aber nichts mit den autochthonen afrikanischen Gesellschaftsprozessen zu tun gehabt haben.

Gut. Nach Beendigung des kalten Krieges, dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch der Sowjetunion entsteht in Afrika große Hoffnung. Die meisten afrikanischen Eliten sagen, was alle denken: Jetzt beginnt eine neue Epoche. Jetzt werden wir nicht mehr überdeterminiert durch die amerikanische, französische, belgische, sowjetische Strategie, jetzt sind wir endlich allein und jetzt kann unsere Geschichte beginnen. Das war ein sehr großer Irrtum, weil die erhoffte Demokratisierung z.B. in Gabun, Kongo-Brazaville, Kongo-Kinshasa usw. nicht stattgefunden hat.

Sie haben geschrieben, daß man zwischen 1960 und 1980 eine Verlagerung des Kapitals in gerade unabhängig gewordene Staaten Schwarzafrikas beobachten kann, daß es jedoch nach 1989 eher anders herum aussieht, daß also die Industrie in den Westen zurückverlagert wird. Kein einziges Land Schwarzafrikas hat einen nennenswerten Binnenmarkt für Konsumgüter hervorgebracht. Die gelieferten Rohstoffe verlieren durch Ersatzstoffe an Bedeutung. Agrarprodukte werden in Europa gezüchtet usw., also eine schier endlose Kette, die man beliebig fortsetzen könnte. Inwieweit hat das mit den Bedingungen zu tun, in denen die afrikanischen Gesellschaften Anfang der 90er Jahre ihre Hoffnung in eine unabhängige Entwicklung einbrachten, die dann aber, jedenfalls in manchen Regionen, ins Gegenteil umschlug?

► Afrika ist für einen global denkenden, von Mehrwertakkumulation und Profitmaximierung beherrschten Kapitalisten total uninteressant. Die Ausnahme bilden einige von Stacheldrahtzaun und Privatmilizen umgebene europäische Enklaven, in denen für den Westen nützliche Güter ausgebeutet werden. Aber das hat nichts mehr zu tun mit Beherrschung von Nationalstaaten, mit der Unterwerfung neokolonialer Eliten oder mit ideologischem Krieg, mit gesteuerter Entfremdung also, wie das in den 50er und 60er Jahren der Fall war. Afrika ist ausgetreten aus der Beuteregion des globalisierten Killerkapitalismus. Das stimmt. Und es hat versucht, in den überlieferten Strukturen eine eigene Geschichte wiederzufinden. Aber nahezu 90 Prozent der 52 Staaten Afrikas und der Inseln sind akkulturative Produkte. So, als ob Sie in ein Kaufhaus gehen, sich einen Mantel umhängen, egal ob der paßt oder nicht, und sagen: so, jetzt habe ich eine Verfassung. Das heißt weder in Senegal, noch Tschad, noch in Burkina-Faso, noch in Togo, noch irgendwo in diesen 18 Staaten des ehemaligen französischen Imperiums auf dem Kontinent existieren juristische bzw. staatliche Formen, die im entferntesten den sehr komplexen interkommunitären, uralten Beziehungen entsprechen. Und deshalb brechen diese postkolonialen Nationalstaaten auseinander. Das erscheint dann als reines Chaos. Für mich allerdings, also für jemanden, der etwas genauer hinschaut, ist es der Beginn von etwas sehr Wichtigem. Nämlich die Wiederaufnahme einer vorkolonialen gesellschaftlichen Erfahrung.

Das Gespräch führte Christoph Burgmer, der zuletzt das Buch »Der Islam«, Suhrkamp Verlag 1998, herausgab.

► **Jean Ziegler** ist 1934 in Bern geboren. Er ist Professor für Soziologie an den Universitäten Genf und an der Pariser Sorbonne. Schwerpunkte seiner Arbeit sind die Gesellschaften und Kulturen Schwarzafrikas und die Kritik schweizerischer Selbstzufriedenheit. Zahlreiche Veröffentlichungen zu unterschiedlichsten Themen – von einer Baudelaire-Biographie bis zur Untersuchung der Rolle der schweizer Banken während des Nationalsozialismus.

Veröffentlichungen:
- Afrika – Die neue Kolonisation, 1980
- Genossen an der Macht – Von sozialistischen Idealen zur Staatsräson, 1988
- Der Sieg der Besiegten. Unterdrückung und kultureller Widerstand, 1989
- Die Schweiz wäscht weißer, 1990
- Marx, wir brauchen Dich, 1992
- Wie herrlich, Schweizer zu sein, 1993



Menschenrecht für Friesen

▸ Bürgerlich-politische Menschenrechte sind allgemein bekannt wie zum Beispiel das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Recht auf Vereinigungsfreiheit oder das Verbot von Folter. Häufig werden sie nicht respektiert oder gelten für Ausländer nur eingeschränkt. Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte sind nicht weniger wichtig, werden aber wesentlich seltener öffentlich diskutiert. Unter die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte fallen das Recht auf Bildung (Grundschulpflicht), das Recht auf Gesundheit sowie auf Nahrung und Wohnung. 1976 trat dieser Pakt in Kraft, nachdem er von mehr als 35 Staaten anerkannt worden war. Die Bundesrepublik Deutschland ratifizierte diesen Pakt unmittelbar nach ihrem Beitritt zur UNO 1973. 1986 setzte der zuständige Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) das »Komitee für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte« ein. Es besteht aus 18 unabhängigen ExpertInnen, die die unterschiedlichen Rechts- und Sozialsysteme auf der Erde repräsentieren sollen.

Seither hat FIAN (Food First Informations- und Aktions-Netzwerk) als NGO mit Beraterstatus bei den Vereinten Nationen zahlreiche Beiträge zur Arbeit des Komitees geleistet. Zum Bericht der deutschen Regierung, der in diesem Jahr u.a. vom Ausschuß geprüft wird, legte FIAN einen Parallelbericht vor, der im wesentlichen vom »Südbadischen Aktionsbündnis gegen Abschiebungen« (SAGA) erarbeitet wurde. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob die deutsche Flüchtlingspolitik gegen das in Artikel 2 des Paktes festgeschriebene Diskriminierungsverbot verstößt: »Die Vertragsstaaten verpflichten sich zu gewährleisten, daß die in diesem Pakt verkündeten Rechte ohne Benachteiligung hinsichtlich der Rasse, der Hautfarbe, des Geschlechts, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen oder sozialen Herkunft, des Vermögens, der Geburt oder des sonstigen Status ausgeübt werden.«

Verstöße gegen dieses Diskriminierungsverbot lassen sich in der bundesdeutschen Realität, aber auch in Gesetzgebung und Rechtsprechung in vielfältiger Weise feststellen: Flüchtlinge erhalten Sozialhilfe nicht in Geldform, sondern als Sachleistungen mit einem 20%igen Wertabschlag. Das Ausüben von Arbeit wird untersagt, das Recht auf Wohnen wird durch Einweisung in Container und Kasernen »verwirklicht« und die gesundheitliche Versorgung wurde stark eingeschränkt. Eine Integration der Kinder von Flüchtlingen ist nicht vorgesehen, ein Recht auf Bildung gibt es in der Realität ebensowenig wie einen Anspruch auf kulturelle Integration.

Diese und andere Verletzungen der Konvention erwähnt die Bundesregierung in ihrem 127-seitigen Bericht nicht, obwohl das Komitee ausdrücklich fordert, auf die Situation benachteiligter und gefährdeter Bevölkerungsgruppen ganz besonders einzugehen. Hier hat sich die deutsche Regierung, führend war das Arbeits- und Sozialministerium, allenfalls auf die Bedürfnisse der dänischen Minderheit (vier Seiten), der Sorben (fünfeinhalb Seiten), Friesen sowie der Sinti und Roma in der BRD (drei Seiten) konzentriert. Die AusländerInnenpolitik wird auf zwei Seiten angeschnitten. Die Regierung beschönigt in ihrem Bericht die Versorgung der Flüchtlinge als »slightly lower« im Vergleich zu den Leistungen für deutsche Staatsangehörige nach dem Bundessozialhilfegesetz.

Im Gegenbericht dokumentieren SAGA und FIAN, daß sowohl im Gesetz als auch in der Rechtsprechung und bei der konkreten Gestaltung der Existenzbedingungen von Flüchtlingen zahllose Verstöße gegen diese internationalen Konventionen festzustellen sind. Deshalb sollte sich das »Komitee für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte« nicht mit der Verharmlosungskunst der Regierung abspeisen lassen.

SAGA-Freiburg

▸ *(Bericht unter www.fian.org im Internet)*

Schily kommt – Abschottung bleibt

▸ Das Komitee für Grundrechte und Demokratie erinnerte mit einer Protestkundgebung und einer Mahnwache am 19. November in Bonn an die Opfer der europäischen Flüchtlingspolitik. Nicht notwendigen Schutz und Hilfe böte man den Flüchtlingen, sondern man degradiere sie zu »Belastungen«, die es zu vermeiden gelte, erklärte Elke Steven, eine der KomiteekoordinatorInnen der Mahnwache.

Anlaß der Kundgebung war die erste Innenministerkonferenz der Länder in Bonn unter der neuen Regierung. In den Innenministerkonferenzen wurden in den letzten Jahren die Entscheidungen über die unerbittliche Abschiebepraxis auch in Kriegs- und Krisengebiete, die Ausgrenzung und zum Teil gänzliche Ausschließung aus dem Sozialhilfesystem und die Verwandlung der europäischen Außengrenzen in militarisierte, todbringende Grenzräume gefällt. Die Innenministerkonferenzen sind unter Beteiligung sozialdemokratischer Minister zu einem entscheidenden Koordinationsgremium der Flüchtlingsabwehr geworden, das den Maximen Abschottung, Abschiebung, Abschreckung und Vertreibung folgt.

Eine die Flüchtlingsverwaltung entlastende »Altfallregelung« – die verobjektivierende Verwaltungssprache hat sich immer schon aller Spuren menschlichen Elends entledigt – löst das nicht eingelöste Versprechen des Menschrechts auf Asyl gewiß nicht ein, auch wenn es einigen wenigen zu Gute kommen mag. Bundesinnenminister Otto Schily will laut Frankfurter Rundschau in der Flüchtlings- und Migrationspolitik ein hohes Maß an Kontinuität mit dem alten Kabinett verfolgen, an der politischen Grundorientierung nichts ändern, aber flexibler werden. Die erstmalig bundesweiten BGS-Sonderkontrollen und -fahndungen vor allem nach kosovoalbanischen Kriegsflüchtlingen an den Knotenpunkten der Migrationsrouten der Balkanflüchtlinge (Bahnhöfe, Flughäfen, Grenzräume) lassen erahnen, was innenministeriell unter mehr Flexibilität verstanden werden kann. Die gleichzeitige bündnisgrüne Zustimmung zum militärischen Vorgehen der NATO gegen das jugoslawische Kriegsregime zum vorgeblichen Schutze kosovoalbanischer Flüchtlinge ergänzen die neue flüchtlingspolitische Flexibilität aufs trefflichste. Regierungsamtlich wird nach den bisherigen Koalitionsaussagen nichts zu erwarten sein, was eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik begründen könnte, wenn nicht eine außerparlamentarische radikale Flüchtlingsbewegung wieder politische Wirkung und praktische Solidarität zu entfalten versteht.

»Die 68er-Generation endlich an der Macht«, frohlockt es seit Wochen in der Berliner »tageszeitung«. An einigen flüchtlingspolitischen und menschenrechtlichen Mindeststandards wird sich jedoch die neue staatstragende Politikergeneration schon messen lassen müssen: Abschaffung der Abschiebeknäste, Abschaffung sozialpolitischer Sonderbehandlung für Flüchtlinge, Abschaffung der Schnellverfahren an Flughäfen, Aufenthaltsberechtigungen für illegalisierte Flüchtlinge, einen angemessenen rechtlichen Schutz vor Abschiebung in Krisen und Kriegsgebiete, um nur einige wenige zu nennen. Damit die neue politische Elite das »Bessere« nicht allzu schnell, nicht »sachzwanghaft« oder gar realpolitisch wieder aus den Augen verliert, bedarf es einer außerparlamentarischen Bewegung, welche die Realisierung des Menschenrechts auf Asyl anmahnt und für dieses an der Seite der Flüchtlinge streitet. Im Protest der illegalisierten kurdischen Flüchtlinge im Wanderkirchenasyl, in der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen und in den vielen kleineren Protesten der Asyl- und Schutzsuchenden gegen die bürokratischen Alltagsschikanen liegen Anknüpfungspunkte, politisch wieder aktiv zu werden.

Dirk Vogelskamp (Komitee für Grundrechte und Demokratie)

Bevölkerungspolitik qua Sterilisation

► Die Organisationen »Aktion Solidarische Welt«, »Amnesty for Women«, FINRRAGE und andere Gruppen und Einzelpersonen wenden sich in einem offenen Brief an das BMZ und den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages gegen die Priorität von Bevölkerungsprogrammen in der deutschen Entwicklungspolitik. Sie begründen ihre Forderung, bevölkerungspolitische Programme aus der entwicklungspolitischen Agenda zu streichen, mit schweren Menschenrechtsverletzungen, die beispielsweise bei deren Durchsetzung in Peru bekannt wurden. Im folgenden Auszüge aus dem Brief:

»Peru 1995 bis 1998: Nachdem sich Präsident Fujimori 1995 auf der Weltfrauenkonferenz in Peking für reproduktive Rechte und Gesundheit ausgesprochen hatte, installierte sein Gesundheitsministerium ein flächendeckendes Programm zur Sterilisierung von inzwischen 300.000 Menschen (zu etwa 90 Prozent Frauen). Das Programm mißachtete dabei das Prinzip einer informierten Zustimmung der Beteiligten und führte in vielen Fällen zu Zwangsmaßnahmen, schwerwiegenden gesundheitlichen Komplikationen und mindestens 20 Toten. Grundlage des massiven Einsatzes war ein System von Quoten, mit dem das staatliche Gesundheitspersonal Perus unter Androhung von Kündigungen gezwungen wurde, eine vom Gesundheitsministerium festgelegte Anzahl von Frauen pro Monat zu sterilisieren. Daraus ergaben sich unverantwortliche Praktiken: Frauen wurden Informationen über Art und Folgen des Eingriffs verweigert, Lebensmittelhilfen wurden an eine Sterilisation gekoppelt, es wurde unter unangemessenen Bedingungen operiert. Das peruanische Regierungsprogramm wurde u.a. von dem Weltbevölkerungsfond der UNO, UNFPA, und damit indirekt auch von der ehemaligen Bundesregierung finanziert.

Unseres Erachtens können solche die Menschenrechte mißachtenden Praktiken nur verhindert werden, wenn Entwicklungspolitik von bevölkerungspolitischen Zielsetzungen Abstand nimmt. Eine Ausrichtung von »Gesundheitspolitik« auf die Veränderung der Gesamtanzahl der Geburten eines Landes oder einer Hemisphäre gerät notwendigerweise immer in Konflikt mit den individuellen Bedürfnissen und Interessen an reproduktiver Gesundheitsversorgung.

Bei dem in den 90er Jahren vielbeschworenen »Weltbevölkerungsproblem« handelt es sich letztlich um einen Platzhalter, mit dem jedes gesellschaftliche Problem, von Umweltzerstörung über Armut bis zu Migration, beliebig erklärt werden kann – mit der fatalen Konsequenz, daß nicht die sozioökonomischen Verteilungsstrukturen und politischen Machtgefälle, sondern die betroffenen Menschen zum Problem und zur Manövriermasse erklärt werden.«

Für weitere Informationen zum offenen Brief:
► *ASW e.V., Hedemannstr. 14, 10969 Berlin, Tel.: 030-251 02 65, Fax: 030-251 18 87*

Reclaim Europe

► 120 TeilnehmerInnen aus verschiedenen Ländern Europas berieten auf der Kölner »Reclaim Europe«-Konferenz über Aktivitäten gegen den EU-Regierungsgipfel im Juni 1999 in Köln und zu den Themen Arbeitslosigkeit und Situation von Flüchtlingen in Europa. Sie beschlossen einen weiteren Vorbereitungskongreß (23./24. Januar 1999), eine Großdemonstration (5. Juni 1999), einen Gegengipfel, ein Aktionscamp (3.6. bis 20.6. 1999, zwischen dem EU- und dem Weltwirtschaftsgipfel) und die Fortsetzungen von Euromärschen gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung.

Der Januarkongreß soll sich insbesondere gegen die neoliberale Harmonisierung der Beschäftigungspolitik in Europa wenden. Die erwarteten 700 TeilnehmerInnen aus diversen Gruppen, Organisationen und Netzwerken ganz Europas werden einen europaweiten Aufruf für Aktivitäten gegen den EU-Gipfel verfassen.

Die geplanten Euromärsche werden weiterhin Forderungen nach einer europaweit festgeschriebenen 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich und nach einem garantierten existenzsichernden Mindesteinkommen stellen. Die Ausgrenzung und Diskriminierung von Flüchtlingen und MigrantInnen ist ein besonderer Schwerpunkt. Mit einem Aktionstag zwei Wochen vor Beginn des EU-Gipfels sollen die Märsche starten. Unter anderem sind folgende Routen vorgesehen: von Prag nach Köln als Fahraddemonstration, per Schiff auf der Mosel von Luxemburg nach Köln sowie Märsche von Brüssel nach Köln. Gemeinsame Aktionen mit dem internationalen Netzwerk »Peoples Global Action« (PGA), z.B. im Rahmen der Euromärsche erwünscht. PGA plant für den Juni 1999 eine Tour von 500 indischen BäuerInnen und Landlosen durch Europa, um so auf die zerstörerischen Aktivitäten transnationaler Konzerne hinzuweisen.

Der Gegengipfel vom 3.6. bis zum 7.6.1999 soll »Alternativen für ein anderes Europa befördern und die Rolle der EU im internationalen Machtgefüge zur Sprache bringen«. Er wird sich u.a. mit dem Nachfolgevertrag des Lomé-Abkommens beschäftigen, der nach dem Willen der EU-Kommission die neoliberalen Marktstrategien in die

ehemaligen Kolonialstaaten exportieren und sie für diese Länder festschreiben soll.

Folgende Organisationen und Initiativen nahmen teil:

AC! und MNCP (Frankreich), Anti-MAI-Gruppen, Erfurter Erklärung, Erwerbsloseninitiativen (u.a. Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg, ALSO), Europäische Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung, freier zusammenschluß von studentInnenschaften fzs, GewerkschafterInnen, u.a. der HBV und Betriebsratsopposition Bayer-Leverkusen, Infopool FFM, Internationaler Menschenrechtsverein Bremen (Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen), KAIROS, Kein Mensch ist illegal, Peoples Global Action (PGA), Play Fair Europe, Towards a different Europe (Holland), Towards a feminist Europe (Holland).

25 Jahre »Modell« Chile

▸ »Wir haben viele Probleme – und wenig Zeit«, faßte der chilenische Sozialhistoriker Luis Vitale das ambitionierte Vorhaben des Kongresses »Neoliberalismus weltweit – 25 Jahre 'Modell' Chile (1973-1998)« zusammen. Am 21. November ging der von 300 TeilnehmerInnen besuchte internationale Kongreß in Münster zu Ende.

Neben Aktiven aus der internationalistischen sowie christlichen Chile-Solidaritätsbewegung der 70er und 80er Jahre, hatten viele junge Leute den Weg nach Münster gefunden, die umweltpolitisch oder feministisch engagiert sind. Das themen- und altersgemischte Publikum spiegelte somit sowohl Kontinuität als auch einen Neuanfang wider. Michael Ramminger vom Institut für Theologie und Politik definiert für die OrganisatorInnen den Kongreß: »Auf der einen Seite versteht sich der Kongreß in Kontinuität zum großen internationalen Chile-Kongress 1983, der ebenfalls in Münster stattfand und sich direkt gegen die Diktatur richtete. Jetzt aber gilt es, eine neue Phase der Solidaritätsarbeit einzuläuten, die sich dadurch auszeichnet, daß man im gemeinsamen Gespräch nach neuen Kooperationsformen sucht. (...) Entgegen dem herrschenden Pragmatismus und der weit verbreiteten Hoffnunglosigkeit sind hier Menschen zusammengekommen, die mit Lust und Spaß darauf bestehen, gesellschaftliche Alternativen zu denken und zu leben«, freute sich Ramminger über das produktive und angenehme Klima der Veranstaltung. Dazu gehöre auch die Einsicht, daß »dem Süden nur geholfen werden kann, wenn wir in unserer Gesellschaft anfangen«. So legte der abschließende Beitrag des Befreiungstheologen Kuno Füssel einen deutlichen Akzent auf die Frage nach sozialer Gerechtigkeit, nach Überwindung von Obdachlosigkeit, Erwerbslosigkeit und Armut.

Die Festnahme des ehemaligen chilenischen Diktators Augusto Pinochet in Großbritannien und die Diskussion des weiteren Vorgehens bestimmte viele Diskussionen zwischen den Chile-Aktiven. Angehörige von Verschwundenen waren daran ebenso beteiligt wie die Juristin und Vorsitzende der chilenischen Menschenrechtsorganisation CODEPU, Fabiola Letelier. Sammelklagen gegen Pinochet wurden koordiniert, sowie ein offener Brief an die deutsche Bundesregierung formuliert, in dem die Auslieferung des Diktators gefordert wurde.

▸ *Weitere Informationen bei: Institut für Theologie und Politik, Graelstr. 9, 48153 Münster, Tel.: 0251-524728, Fax: 0251-542788*

Helen Schwenken

Kredite – und die Armut hat ein Ende?

▸ Kredite als Heilmittel gegen die Armut? Die Antwort von Professor Yunus, dem Leiter der Grameen Bank in Bangladesh, ist ein eindeutiges Ja. Yunus will durch Kreditvergaben den Zusammenhang zwischen Armut und dem fehlenden Zugang zu Krediten nachweisen. Fast ohne Ausnahme übernehmen inzwischen die Entwicklungsorganisationen in Bangladesh zähneknirschend die Konzeption des Bankers, obwohl viele ihrer Vertreter lange Zeit die Vergabe von Krediten abgelehnt hatten, nicht zuletzt, weil der Einsatz von Krediten als Mittel der Armutsbekämpfung auf einem partiellen Armutsbegriff basiert, der Armut an den Einkommensverhältnissen mißt. Mit den Ursachen der Armut setzt sich der Ansatz kaum auseinander.

In Bangladesh findet derzeit faktisch ein Kreditvergabekrieg statt. Dieser geht so weit, daß Arme, die nach herkömmlicher Auffassung als nicht kreditwürdig gelten, von mehreren Gebern Kredite erhalten können. Einige Forschungsergebnisse zeigen, daß Kleinkredite Arme davor bewahrt haben, unter die absolute Armutsgrenze zu rutschen. Größere Bevölkerungsgruppen werden so allerdings nicht erreicht. Wenn Mitarbeiter der Entwicklungsorganisationen sich heute mit den Gruppen der Armen zusammensetzen, sind Kredite das einzige Diskussionsthema. Bewußtseinsänderung, die Diskussion der Verarmung als historischer Prozeß, Herausfinden, was die Gruppen selbst tun können, dies alles gehört der Vergangenheit an. Solche Elemente der Entwicklungsarbeit werden an den Rand gedrängt, und nach und nach geben die NROs ihre ursprünglichen Entwickungskonzepte auf.

Kleinkredite mögen Vorteile für die Armen bringen. Doch es wäre falsch anzunehmen, daß die einzelnen NROs mit Verstand und Bedacht ihre Kreditprogramme begonnen hätten. Vielmehr wurden die meisten unter dem Druck der Verhältnisse dazu gezwungen, da die von ihnen organisierten Gruppen der Armen ohne Kreditangebote zu jenen NROs überlaufen würden, die Kredite ausgeben. Zudem lassen sich mit ihnen, sofern sie gut verwaltet werden, Einnahmen für die NROs erzielen. Der Rückgang der Spendengelder und die Umstrukturierung der Geberorganisationen im Norden haben dazu geführt, daß diese die Zusammenarbeit mit vielen kleinen NROs im Süden beenden. Die Folge ist, daß die kleinen NROs Kreditgeschäfte betreiben, um sich eine eigene finanzielle Basis zu erwirtschaften. Kleinkredite sind damit nicht nur für die Armen, sondern auch für den Fortbestand der NROs notwendig geworden.

Die Vergabepraxis der ausländischen Geber hat den Kreditmarkt aus dem Lot gebracht. Es gibt keinen einheitlichen Zugang zu Mitteln, die Rückzahlungskonditionen sind verschieden, die Refinanzierung ist nicht standardisiert. Die Kreditvergabe der NROs zu unterschiedlichen Zinssätzen hat zu einem Preiskrieg und unlauterem Wettbewerb geführt, unter dem die kleineren NROs deutlich leiden. Nach den Gesetzen des Marktes bestehen diejenigen, die am effizientesten arbeiten, aber hier überleben nur jene, die günstig refinanzieren können. NROs, die ihr Programm auf den Kreditbereich beschränken, haben geringere Kosten als solche, die Entwicklungsarbeit in einem umfassenderen Sinn leisten.

Zumeist wurden die Kredite in der traditionellen Landwirtschaft, im Handel und in Rikschas investiert, doch die Marktgesetze beschränken die dauerhafte Effizienz dieser Initiativen. Weder die NROs noch staatliche Stellen bieten das erforderliche Fachwissen für Investitionen, und somit bringt die ständige Kreditexpansion den Armen mehr Risiken als Wohlstand. Die allgemeinen Bedingungen für den Erhalt der Kleinkredite sind mehr oder weniger standardisiert. Alter, physische Situation, Geschlecht, Wohnsitz, Dauer der Zugehörigkeit zu einer Gruppe, Höhe der Sparleistung und des Familieneinkommens sind die Kriterien der Kreditvergabe. Wendet man sie an – wie alle NROs es tun – so wird eine große Gruppe der Ärmsten, die sogenannten hard core poor, außer acht gelassen. Sie fallen durch die Maschen der mutierten Entwicklungsarbeit.

Die Erfahrung basisbezogener Entwicklungsarbeit zeigt deutlich, daß Kredite allein keinen Ausweg aus der Armut darstellen. Bewußtes Handeln ist nötig, das auf die gesellschaftlichen Bedingungen rechtlicher und anderer Art einwirkt. Die Armen haben Rechte und müssen diese in der Gesellschaft wahrnehmen und erstreiten können. Sie müssen ihre Meinung zur Geltung bringen können. Nur wenn ein solches Verhalten möglich wird, können Kredite helfen.

Sanaul Mostafa
(gekürzt aus Netz 3/98)

Globalisierung komplex – Neue Bücher zur Weltwirtschaft

► An der Globalisierung wird meistens bemängelt, daß die Steuerungsfähigkeit des territorial begrenzten Staates gegenüber dem sich transnational vernetzenden Kapital zurückbleibe. Eine solche Kritik setzt den Auswüchsen des freien Marktes ein idealisiertes Bild des demokratischen Staates entgegen. Dabei geraten die »vorpolitischen« ökonomischen Kräfteverhältnisse, die ihn wesentlich beeinflussen, aus dem Blickfeld.

Die bereits 1997 erschienene Dissertation **Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation** von Bernd Röttger strebt daher eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der politischen Konstitution des Marktes an. Röttgers materialistische Kritik an der Vorstellung einer Dichotomie von Markt und Staat verleitet ihn jedoch nicht dazu, in schlechter ökonomistischer Tradition das Politische einfach aus den Grundstrukturen des Kapitals abzuleiten. Vielmehr geht es ihm mit der Entwicklung einer Hegemonietheorie darum, »die analytische Integration von klassenpolitischen Handlungsstrategien und politökonomischen Strukturen herzustellen und auf die zentrale gramscianische Fragestellung nach konkreten Durchsetzungsformen des kapitalistischen Vergesellschaftungszusammenhangs zuzuspitzen«.

So fruchtbar Röttgers gesellschaftstheoretischer Beitrag zur Analyse des weltweiten Kapitalismus ist, so problematisch sind einzelne Aussagen. So wird der Zerfall des keynesianischen Klassenkompromisses etwas überzeichnet als »Übergang von der gesellschaftlichen zur kapitalistischen Regulation« beschrieben. Als Beispiel dient Röttger die Aufweichung der Flächentarifverträge zugunsten einzelbetrieblicher Regelungen. Der neue Vergesellschaftungszusammenhang gehe somit von »der Fabrik« aus. Es bleibt unklar, warum sich nach der Anstrengung um komplexe Begriffe am Ende der Blickwinkel wieder derart verengt – der Neoliberalismus bedeutet schließlich mehr als die Verallgemeinerung spezifischer Formen innerbetrieblicher Arbeitspolitik.

Erstaunlich ist die weitgehende Ausklammerung der Frage, ob die Globalisierung Ideologie oder ökonomische Faktizität ist. Dieser für die weiteren Schlußforderungen grundlegende Punkt wird lapidar mit der Bemerkung abgetan, es gebe gute Gründe für und wider die Globalisierungsthese, Analysen der Dynamisierungsmuster in den 80er Jahren (!) verwiesen aber auf die ökonomische Faktizität. Schwerwiegender als solche Irritationen fällt jedoch ins Gewicht daß es große Mühen bereitet, der in weiten Teilen äußerst schwer verständlichen und verkomplizierten Darstellungsweise zu folgen.

Ist die Globalisierung Ideologie oder ökonomische Tatsache?

Einer sprachlich ebenfalls schwierigen, aber thematisch ganz anderen Herangehensweise bedient sich Kurt Hübner in seiner Studie über den **Globalisierungskomplex**. Nach Abwägung verschiedener ökonomischer Theoreme und Analyseinstrumente stellt er fest, daß für die theoretische Erfassung der Globalisierung die mikroökonomische Ebene der Firma mit der makroökonomischen Ebene verbunden werden muß – etwa indem negative Rückwirkungen einzelbetrieblichen Handelns auf die Gesellschaft analysiert werden. Dies könne im Rahmen einer weltwirtschaftlich modifizierten *Theorie der Regulation* gelingen, die ihre herkömmliche Fixierung auf den Nationalstaat hinter sich lasse.

Hübner kommt zu dem (nicht weiter überraschenden) Ergebnis, daß mit dem Begriff der Globalisierung vorsichtig umzugehen sei. Er treffe zwar im Kern und insbesondere in speziellen Bereichen zu, viele in der Diskussion verbreiteten Ängste weiteten sich aber zum Mythos bzw. eben zum Komplex aus. Einen relativ hohen Internationalisierungsgrad habe es auch schon um die Jahrhundertwende gegeben, eine neue Qualität bestehe aber in der Integration transnationaler Wertschöpfungsketten. Darüber hinaus bestünden noch erhebliche Potentiale für die weitere Transnationalisierung der Produktion. Als Ergebnis seiner gründlichen empirischen Untersuchung internationaler Direktinvestitionen hält Hübner fest, die globale Vernetzung des produktiven Kapitals habe gegenüber Welthandel und spekulativen Finanztransfers besonders »starke Auswirkungen auf die nationalen Arbeitsmärkte sowie die Arbeitsmarktparteien und auch auf den Typus nationalstaatlicher Politik«.

Leider geht Hübners Vorsicht bei der Abwägung verschiedener Statistiken und Argumente teilweise zu Lasten klarer Positionen und Folgerungen. Zudem wird bei ihm die von Röttger kritisierte Dichotomie von Markt und Staat bemüht. Hübner fordert unbekümmert eine supranationale Regulationsweise ein, die die Globalisierung an die Leine nehmen soll. Denn die Möglichkeiten von Politik und Staatlichkeit seien weitaus größer, als häufig angenommen werde. Da fragt sich, wo Hübners Kritik an der Übergewichtung des Nationalstaates in der Regulationstheorie geblieben ist?

Allen, denen die Bücher von Röttger und Hübner zu schwierig oder zu speziell sind, sei abschließend Hansgeorg Conerts Wälzer **Vom Handelskapital zur Globalisierung** empfohlen. Sein Anliegen ist weder Theoriebildung noch Empirie, sondern eine historisch orientierte, umfassende Analyse des Kapitalismus und seiner Rechtfertigungsideologien. Conert bedient sich dabei konsequent der Marx'schen Kritik. Auch wenn er gelegentlich etwas traditionalistisch links argumentiert und – wie er selbst im Vorwort bemerkt – seine Kapitalismuskritik nicht immer so kategoriell ausfällt, wie dies nötig wäre, so ist seine Tour de Force vom Merkantilismus bis zum Postfordismus doch eine ausgezeichnete Diskussionsgrundlage für alle, die der Oberflächlichkeit der gängigen Globalisierungsthesen von links bis neoliberal zu entkommen trachten. Angesichts seines Materialreichtums und seiner klaren Struktur ist das Buch eine echte Alternative zu den üblichen volkswirtschaftlichen Lehrbüchern.

Heiko Wegmann/ Christian Stock

► *Bernd Röttger: Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation. Die politische Konstitution des Marktes, Westfälisches Dampfboot, Münster 1997, 252 S., DM 39,80*

► *Kurt Hübner: Der Globalisierungskomplex. Grenzenlose Ökonomie – grenzenlose Politik?, edition sigma, Berlin 1998, 378 S., DM 44.-*

► *Hansgeorg Conert: Vom Handelskapital zur Globalisierung. Entwicklung und Kritik der kapitalistischen Ökonomie. Westfälisches Dampfboot, Münster 1998, 579 S., DM 68.-*

Habermas und die Ambivalenzen der »post-nationalen Konstellation«

► Mag die Soziologie auch stolz sein auf die Leistungen vergangener Jahre: Als Disziplin, von der man sich Antworten auf gesellschaftlich drängende Probleme oder wenigstens Orientierung verspricht, spielt sie in der Öffentlichkeit schon lange keine Rolle mehr. Das freilich könnte sich ändern, sofern die Soziologie sich der Herausforderung stellt, welche »die Globalisierung« für moderne Gesellschaften (einschließlich der im Modernisierungsprozeß zurückgebliebenen oder abgehängten) bedeutet. Jürgen Habermas, der in den vergangenen Jahren eher als Moralphilosoph, denn als an empirischen Phänomenen interessierter Gesellschaftstheoretiker auffiel, widmet sich in seinem jüngsten Buch über *Die postnationale Konstellation* solchen Problemen.

Als Herausforderung empfindet Habermas, »daß in der Bundesrepublik neben 2,7 Millionen Sozialhilfeempfängern weitere Millionen Bürger unterhalb der offiziellen Armutsgrenze leben, daß der saisonbereinigte monatliche Zuwachs der registrierten Arbeitslosigkeit vom noch schnelleren Anstieg der Aktienkurse und Unternehmensgewinne begleitet wird und daß sich das Wohlstandsgefälle zwischen dem wohlhabenden Norden und den von Chaos und Selbstdestruktion heimgesuchten Armutsregionen des Südens immer noch vertieft«. Eine Herausforderung sei auch, daß der Rechtsextremismus zunimmt, die ökologischen Probleme verdrängt werden und der »Kampf der Kulturen« sich verschärft.

Kann der Appell ans Gewissen die Dynamik eines entfesselten Marktes stoppen?

Sich diesen Herausforderungen zu stellen, heißt zunächst einmal, die Ursachen der genannten Phänomene zu identifizieren und das Elend der Welt nicht pauschal der Globalisierung als letzter Stufe des Kapitalismus anzulasten. Zweifellos ist oder beschreibt die Globalisierung ein in erster Linie wirtschaftliches Geschehen, geht allerdings, wie die zunehmenden Migrationsströme, das Internet, die internationale Kriminalität, der Massentourismus oder die Vereinheitlichung kultureller Standards zeigen, nicht in diesem auf. Und so richtig die Beobachtung ist, daß die Geschwindigkeit und Verflechtung dieser Prozesse während der letzten zehn Jahren eine neue Qualität erreicht hat, so wichtig ist es, die »durchgreifenden Kontinuitäten« nicht aus den Augen zu verlieren. Daß wir in Massengesellschaften leben, daß die Stadt unsere Kultur und die Technik unser Verhältnis zur Natur prägt, galt schon vor der Globalisierung und wird sich auch durch diese nicht ändern. Auch nicht zu übersehen ist schließlich, daß der gegenwärtige Globalisierungsschub, aller Verschärfung materieller Ungleichheiten zum Trotz, auch neue Chancen eröffnet, die Individualisierung weiter vorantreibt, normalisierende Mechanismen untergräbt und neue transnationale Formen der Demokratie wenigstens denkbar werden läßt.

Leider ohne sich weiter um deren Analyse und Gewichtung zu kümmern, identifiziert Habermas den zunehmenden internationalen Handel, die steigenden Direktinvestitionen im Ausland, die Bildung transnationaler Konzerne und die Liberalisierung des internationalen Kapitalverkehrs als Kernprozesse der wirtschaftlichen Globalisierung und diese wiederum als Auslöser der für ihn das eigentliche Problem darstellenden Krise des Nationalstaats. *Die postnationale Konstellation* ist deshalb kein geschraubter oder Originalität erheischender Titel, sondern eine treffendere Bezeichnung dessen, was gemeinhin und unschärfer unter Globalisierung firmiert. Er zeigt, daß der Nationalstaat des 19. Jahrhunderts die der demokratischen Idee der gesellschaftlichen Selbstbestimmung wie auch dem Konzept staatsbürgerlicher Solidarität zunächst angemessene Form darstellte. Nur als Nationalstaat vermochte der frühmoderne Steuer- und Verwaltungsstaat sich zum demokratischen Rechts- und Sozialstaat weiterzuentwickeln. Nur ein künstlich geschaffenes und politisch gestiftetes Nationalbewußtsein, das auf der Vorstellung beruhte, einer größeren als der aus eigener Anschauung bekannten Gruppe zuzugehören, machte es möglich, den im Gefolge der industriellen Revolution neu geschaffenen, wenn auch ungleich verteilten Reichtum auf dem Wege staatlicher Steuer- und Sozialpolitik ein Stück weit zu streuen. Nur auf diesem Wege konnte der Klassengegensatz entschärft und Formen der politischen Mitbestimmung etabliert werden.

Diesen »sozialstaatlichen Kompromiß« sieht Habermas durch die wirtschaftliche Globalisierung bedroht, denn dem Staat werden duch abwandernde und steuerflüchtige Unternehmen nicht nur dringend benötigte Ressourcen entzogen. Er sieht sich darüber hinaus in einen Standortwettbewerb getrieben, der die »soziale Frage« in Westeuropa und den USA wieder aktuell werden läßt. Zwar gelingt es durch die Gründung und Aufwertung transnationaler Organisa-

tionen sowie das Aushandeln und Abschließen internationaler Verträge die politischen Effizienzlücken zumindest ansatzweise zu schließen. Offen bleibt jedoch, ob und wie die politische Gestaltung einer bisher allein wirtschaftlich Realität gewordenen Weltgesellschaft noch möglich ist und vor allem wieder möglich werden kann. Sicher ist jedenfalls, daß weder eine Rückkehr zum Protektionismus noch der »Keynesianismus in einem Land« die Politik in ihre alten Rechte einsetzen werden.

Habermas ist, was die Zukunft der Politik anbelangt, skeptisch, aber nicht pessimistisch. Entscheidend zur Beantwortung der Frage, ob die Politik erneut der Ökonomie nachwachsen kann, ist für ihn einerseits das Vorhandensein oder die wenigstens in Ansätzen erkennbare Konstitution eines Adressaten, »der sich – und dem man – eine gezielte Transformation der Gesellschaft noch zutraut«. Andererseits ist die Entwicklung und Institutionalisierung demokratischer Verfahren jenseits des Nationalstaats von Bedeutung. Beides hält er – in Europa zumindest – für möglich. Habermas sieht durchaus, daß selbst ein europäischer Bundesstaat dem internationalen Standortwettbewerb nicht entrinnen würde, dennoch hält er die politische Einigung Europas für unerläßlich, um die rechts- und sozialstaatlichen Errungenschaften der Nachkriegszeit in die Zukunft zu retten.

Und trotzdem: Soziale Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen, ein bislang noch kleiner Kreis kosmopolitischer Intellektueller und selbst Teile der an sich in bürokratischer Routine erstarrten Parteien bilden für ihn den Kristallisationskern einer neuen europäischen Öffentlichkeit, deren Teilnehmer aus der Einsicht, faktisch schon längst voneinander abhängig zu sein, nun auch in wachsendem Maße füreinander einzustehen bereit sein werden. »Gerade die artifiziellen Entstehungsbedingungen des nationalen Bewußtseins sprechen gegen die defaitistische Annahme, daß sich eine staatsbürgerliche Solidarität unter Fremden nur in den Grenzen einer Nation herstellen kann. Wenn sich diese Form der kollektiven Identität einem folgenreichen Abstraktionsschub vom lokalen und dynastischen zum nationalen und demokratischen Bewußtsein verdankt, warum sollte sich ein solcher Lernprozeß nicht fortsetzen lassen?«

In der Tat scheint so etwas wie eine europäische Öffentlichkeit zu entstehen. Fraglich ist jedoch, ob die Kritik einer bloß wirtschaftlichen Einigung Europas, ob der Appell ans Gewissen, ob die Erinnerung daran, nolens volens Weltbürger zu sein, hinreichen, der Dynamik eines entfesselten Marktes Einhalt zu gebieten. Hätte Habermas zumindest eine Vorstellung davon, wie ebenso effektive wie demokratisch legitimierte Strukturen auf europäischem Niveau implementiert werden könnten, ließe sich die praktische Schwäche des von ihm diagnostizierten neuen Bewußtseins vielleicht noch verwinden. Insofern er jedoch davon ausgeht, daß »das demokratische Verfahren seine legitimierende Kraft nicht mehr nur, und nicht einmal in erster Linie, aus Partizipation und Willensäußerung, sondern aus der allgemeinen Zugänglichkeit eines deliberativen *(beratschlagenden, die Red.)* Prozesses zieht«, insofern also ein wie auch immer gegen Systemimperative abzuschirmender »herrschaftsfreier Diskurs« an die Stelle von herkömmlichen Repräsentationsformen und Entscheidungsverfahren treten soll, bleibt einigermaßen unerfindlich, wie heute politisch auf die Herausforderungen der postnationalen Konstellation reagiert werden könnte.

Dennoch, Habermas' Versuch über die Globalisierung ist ein gelungener Text. Das Phänomen wird präzise beschrieben, gewiß nicht gefeiert, aber auch nicht verteufelt. Daß die Perspektiven unscharf bleiben, fällt demgegenüber nicht so sehr ins Gewicht; es wird immerhin klar, was auf dem Spiel steht.

Axel T. Paul

► *Jürgen Habermas: Die postnationale Konstellation. Politische Essays, Frankfurt/M.: Suhrkamp 1998, DM 19,80*

ItätAnalysePostfordismusSelbstde **Briefe an die Redaktion** struktionArt

Betr.: It Takes Two To Tango von Sherif Wadood (232)

► Ich finde es zu kurz gegriffen, wenn – sicher ohne Absicht – ein typisches Bild transportiert wird: daß nämlich Korruption vorrangig oder nur im Zusammenhang mit dem Trikont oder den sogenannten Entwicklungsländern auftaucht. Das Bild wird erst vollständig, wenn auch die eigene Korrumpierbarkeit im und mit dem System über Konsum, Karriere, Sicherheit, Sex und Macht einbezogen würde. Es gibt nicht nur die Korruption über Bestechungsgelder, sondern auch eine solche, die aus Anpassungsverhalten, Opportunismus, obrigkeitsstaatlichem Gehorsam, Ja-Sagerei und MitläuferInnentum besteht: all dem, was wir als neoliberalen Anpassungsdruck oder als Kolonisierung unseres Bewußtseins bezeichnen und bezeichnen müssen. Auch hier gibt es GeberInnen- und NehmerInnenmentalitäten, die das Ganze funktionieren lassen.

Klaus-Michael Zilkens, Bielefeld

Betr.: Vernunft und Rassismus von Jörg Später und Jochen Müller (233)

► An die linksdeutschen Burschenschaften: Wir werden Euren Kommentar in MigrantInnen-Zeitschriften als ein prägnantes Beispiel der Beständigkeit des völkischen Spruchs »Deutsche schießen nicht auf Deutsche!« veröffentlichen.
P.S.: Was habt Ihr mit dieser Bezeichnung »...3w« in Eurem Namen bloß zu tun?

Cvasili@aol.com

Anm der Red.: Diese kleine Zuschrift der MigrantInnen-Gruppen KöXüZ, Berlin; Grenzfall, Bonn; Café Morgenland, Frankfurt/M; Sere Kevir, Freiburg; Dirna, Hamburg; sol lez ruw!, Nürnberg/München und köXüz, Oldenburg erreichte uns am 29. Oktober. Am 30. November ging eine weitere Zuschrift dieser Gruppen bei uns ein, der an diejenigen Zeitschriften gerichtet ist, die ihren Text »konkret: made in germany« in dem sie Konkret Rassismus vorwerfen, nicht veröffentlicht haben:

► Nicht die Ausfälle in der Konkret, sondern erst unser Text sorgte bei den antirassistischen Experten der Freiburger Zeitschrift »iz3w« (3W steht nicht für WorldWideWeb, sondern für so was wie 3.Welt; sie sind nämlich Experten in Sachen linksdeutscher Internationalismus, Chiapas und so) für einige Aufregung. Nachdem sie unseren Text bekamen riefen sie den alternden Herrn ihrer Burschenschaft, den »Herrn Gremliza« (wie sie selber schreiben) an, um zu entscheiden, ob sie den Text veröffentlichen (dürfen) oder nicht. Anschließend teilten sie uns mit, daß sie unseren Text nicht abdrucken werden. Stattdessen würden sie einen eigenen Beitrag zu »der Geschichte« veröffentlichen (wir wiederholen: einen Beitrag zu einem Text, den ihre Leserschaft nicht kennt und kennen darf!).

Was sie auch getan haben. Wo Rassismus am Werk ist, entdecken sie »Ressentiments«; wo Justus Wertmüller seinen antiislamischen und sexistischen Phantasien freien Lauf läßt, haben sie zuerst »freilich nichts auszusetzen«,

bei genauerem Hinsehen können sie bei ihm »die Grenzen zwischen der aufklärerischen Kritik an den Religionen und einem Feindbild vom Islam« nicht mehr erkennen. Wo der »Medienkritiker« Sokolowsky gegen »Gesichtspelze«, »Kopfwindeln«, »flachköpfige, ... analphabetische Irre« und »den notorischen Buschmann« herzieht, erkennen sie »einen despektierlichen Jargon« und »herabwürdigende Äußerungen«. Gegen uns drücken sie sich freilich nicht mehr so gewählt aus. Da wird die Sprache zum Ausdrucksmittel unkontrollierter Gefühle gegenüber vermeintlich Schwächeren. Jetzt ist von »hetzerischer und verleumderischer Polemik«, von »Denunziationsstrategie« und »Attacken« oder von »häßlichen abenteuerlichen Konstruktionen« die Rede. Ihre vorgespielte »Objektivität« und ihre devote Haltung gegenüber den »Chefs« verdankt sich dem überflüssigen Versuch einem deutschen Kollektiv, das sich im rasanten Tempo rechtsradikalisiert, angehören zu wollen, ohne daß es jemand merkt.

Anm der Red.: Nachdem wir wieder Herrn Gremliza um Erlaubnis gebeten haben, durften Sie diesen Text nun lesen.

Betr.: Zwischen Recht und Gesetz, von Helmut Oberdiek (232)

► In einem Beitrag für die iz3w hat Helmut Oberdiek unter anderem behauptet, ai-Proteste hätten die Folter fast nie verhindert und manchmal sogar dafür gesorgt, daß die Dosierung der Folter noch erhöht wurde. Zum Glück widerlegt die Praxis diese haltlose These. Immer wieder teilen aus der Haft Entlassene amnesty international in Briefen oder Gesprächen mit, daß der Einsatz der Menschenrechtsorganisation mit Massenappellen aus aller Welt an Regierungsbehörden und Gefängniswärter wirksam ist, ihnen das Leben gerettet, die Freiheit geschenkt oder die Mißhandlungen gestoppt hat. Ratan Gazmere aus Bhutan schildert die Veränderung seiner Haftsituation nach den ai-Appellen so: »Die Behörden verloren angesichts der täglich eingehenden Säcke von Post wirklich die Fassung. Der Wärter, der mir zwei Jahre lang nicht die geringste Aufmerksamkeit geschenkt hat, erkundigte sich plötzlich nach meinem Gesundheitszustand. Die Nahrung war von einem Tag auf den anderen vorzüglich.« Wenig später wurde Gazmere freigelassen.

Nicht immer sind Erfolge so sichtbar wie in diesem Fall, meßbar sind sie schon gar nicht. Eine Zahl, wieviele Menschenrechtsverletzungen pro Jahr durch ai verhindert werden, kann man nicht ermitteln. Es gibt keine Regierung, die die Offenheit besäße und mitteilte, wegen (befürchteter) Proteste von amnesty international habe man von der Folter abgesehen oder sie umgehend gestoppt.

Festzuhalten bleibt aber, daß auf mindestens 30 Prozent der Eilaktionen (Urgent Actions) von amnesty international Verbesserungen folgen, darunter Freilassungen, Umwandlungen von Todesurteilen, medizinische Betreuung in der Haft oder Anklagen gegen Folterer und Mörder in Uniform. ai ist nicht so vermessen zu behaupten, alle diese Erfolge wären allein auf ihre Arbeit zurückzuführen. Es gibt aber deutliche Hinweise, daß am ehesten etwas erreicht werden kann, wenn sich besonders viele Menschen engagieren.

Oberdiek zieht einen seltsamen Schluß aus seiner ernüchternden These: »Grundsätzliche Verbesserungen der Menschenrechtslage werden primär in internationalen Gremien, wie den Vereinten Nationen oder durch das Einschreiten von Mächtigen der Welt erzielt«. Wenn das stimmen würde, wäre jedes menschenrechtliche Engagement in nichtstaatlichen Organisationen überflüssig. Auf diese Analyse dürften neben den Folterern der Welt auch zahlreiche Politiker geradezu gewartet haben. Die UNO hat sicherlich einiges bewegt, was den internationalen Menschenrechtsschutz betrifft. Doch die Vereinten Nationen können nur so gut sein wie die Summe aller Regierungen dieser Welt. Und das sind nun einmal auch diejenigen, an die sich die Appelle von amnesty international wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen richten.

Neben diesen politisch ärgerlichen Thesen fällt auf, daß Oberdiek die ai-Diskussionen der vergangenen zehn Jahre offenbar weitgehend verpaßt hat. Keinesfalls sind die internen Debatten in der Menschenrechtsorganisation beendet. Im Gegenteil: Gerade in jüngster Zeit gibt es intensive und kontroverse Debatten über die Frage des künftigen Arbeitsfeldes von ai, nur nicht in den von ihm benannten Punkten. (Die Betreuung inhaftierter Homosexueller ist seit Jahren – mit einer überwältigenden Mehrheit im ai-Weltparlament – in das Mandat von ai aufgenommen worden. Die angeblichen ai-Argumente gegen die Arbeit zur Kriegsdienstverweigerung sind in diesem Jahrzehnt nicht gefallen – wo Oberdiek sie ausgegraben hat, läßt er offen.) Kontroverse Diskussionen gibt es beispielsweise über das Verhältnis von amnesty international zu multinationalen Konzernen. Kann man über Diskussionen deren Verhalten menschenrechtlich verbessern oder geht es den Managern nur darum, ai vor ihren Karren zu spannen? Aktuelle Mandatsdebatten gibt es unter anderem über die Frage, ob auch Übergriffe von nichtstaatlichen Tätern (z.B. die Geschlechtsverstümmelung) in das ai-Mandat gehören. Hier steht ai vor der Frage, ob die Ausweitung des Arbeitsfeldes auf sogenannte private Gewalt das Profil der Organisation verwässert, oder ob es eine konsequente Erweiterung der Arbeit ist, die man bei staatlichen Tätern selbstverständlich leistet. Sollen neben dem staatlichem Tun auch das staatliche Unterlassen verstärkt in den Blickpunkt von ai rücken? Fest steht jedenfalls, daß Regierungen verpflichtet sind, durch eine entsprechende Gesetzgebung Gewalttaten wie die Geschlechtsverstümmelung eindeutig zu unterbinden.

Ein Totschlag-Argument ist das der Bürokratie: Selbstverständlich sind hauptamtliche und politische Leitungsgremien notwendig, um einen hohen Standard zuverlässiger Informationen zu gewährleisten und die Arbeit einer weltweiten Organisation zu koordinieren. Doch der Begriff der »zentralistischen Führung« des Internationalen Sekretariats ist irreführend: Noch immer ist – anders z.B. als bei Greenpeace – ein Weltparlament, in das alle ai-Sektionen der Welt Delegierte entsenden, die wiederum von Jahresversammlungen in ihren Ländern gewählt wurden, für politische Grundsatzentscheidungen bei ai zuständig.

Zum Schluß noch eine Korrektur: Entgegen der Darstellung von Oberdiek nimmt ai von Gewerkschaften oder Unternehmensverbänden übrigens Spenden an. Lediglich Regierungsgelder sind ausdrücklich ausgeschlossen. Und das wird aus Gründen der Unabhängigkeit auch so bleiben, auch wenn die finanzielle Situation bei amnesty international zur Zeit recht schwierig ist.

Harald Gesterkamp,
Redakteur der von der deutschen ai-Sektion herausgegebenen Zeitschrift »ai-JOURNAL«
(Anm. der Red.: Der Text mußte stark gekürzt werden.)

JEP 3/98

▶ Das *Journal für Entwicklungspolitik* beschäftigt sich mit Veränderungsprozessen in den Beziehungen zwischen Männern und Frauen anhand der Lebensbedingungen der Wanderarbeit in Zimbabwe. Rita Schäfer sieht in dieser Wanderarbeit nicht nur »Entwurzelung«, sondern auch die Chance für Frauen, die Geschlechterbeziehungen, Rollenvorstellungen und das Selbstbild neu zu gestalten. Eine zweite Fallstudie setzt sich mit der Frage der Mitbestimmung von ArbeiterInnen an der Produktion (in Kuba) auseinander. Zum einen wird der Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Erfolg und Eigentumsverhältnissen diskutiert, zum anderen die Widersprüche zwischen staatlicher Einflußnahme und autonomer Entscheidung hervorgehoben. Andreas Auprich befaßt sich in seiner Studie mit Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit, die die politische Beteiligung in Uganda und Mosambik fördern sollen. Hier sieht der Autor Grenzen , die er in den schwach ausgebildeten Zivilgesellschaften ausmacht. Abschließend behandeln zwei englischsprachige Artikel die Ursache von Armut nicht auf der makroökonomischen Ebene, sondern anhand der historisch gewachsenen brasilianischen Herrschaftsstrukturen.
▶ *Bezug: JEP; Brandes & Apsel Verlag, Scheidswaldstr. 33, 60385 Frankfurt. 19,80 DM*

afrika spectrum 97/3

▶ Rechtssysteme und ihre kulturellen Aspekte zwischen Tradition und Moderne sind Untersuchungsgegenstände des jüngsten Heftes von *africa spectrum*. Harald Sippel beschreibt in einer Fallstudie die Stellung der Frau im östlichen und südlichen Afrika im Spannungsfeld der Entwicklung afrikanischer Rechtssysteme, speziell das Erb- und Familienrecht. In den jungen Nationalstaaten wurden Elemente des kolonialen westlichen Rechts mit Elementen traditionellen afrikanischen Gewohnheitsrechts kombiniert. In beiden Rechtssystemen jedoch weist der Autor Benachteiligungen der Frau nach, was auch durch die Kombination der Systeme nicht aufgehoben wird. Christina Jones beschreibt die Rechtsreform in Malawi als problematisch: Das koloniale Recht sollte durch traditionelle Elemente reformiert werden, Ergebnis war jedoch ein kolonial geprägtes System mit Konzessionen an althergebrachtes Gewohnheitsrecht, jenseits einer gesellschaftlichen Debatte. Volker Stamm behandelt Konfliktlinien im Boden- und Landrecht, und in einem letzten, französischsprachigen Beitrag zu afrikanischem Recht schlägt Etienne Le Roi vor, endogene Rechtsgrundlagen afrikanischer Gesellschaften aufzugreifen, ohne »indigene Wurzeln« zu bemühen, die den modernen afrikanischen Gesellschaften nicht mehr angemessen seien. Der Begriff »Endogenität« wird im Sinne der alltagskulturellen Ausprägungen von Recht verwendet, welche für Reformen aufzugreifen sind.
▶ *Bezug: afrika spectrum, Institut für Afrika-Kunde, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg. 30 DM*

Aktueller Informationsdienst Afrika

▶ Immer mehr internationale Zeitschriften stellen ihr Erscheinen in gedruckter Form ein, um als e-mail oder im Internet weiter zu erscheinen. Nicht so der *AID*, der nach 23 Jahren ganz aufhört. Als Grund wird angegeben, daß der Konkurrenzdruck der elektronischen Medien zu hoch ist. Mindestens ein Verlust ist damit verbunden: denn das *AID* hat afrikanische Presseartikel qualitativ ausgewertet – eine Arbeit, die die elektronischen Medien nicht leisten. Das aktuelle Problem mit Daten zu Afrika besteht nicht mehr im Zugang, sondern in der Auswahl. Ohne eine intensive Datenpflege stellt sich die Steigerung der Datenmenge nur als begrenzt sinnvoll dar. In diesem Sinne wäre ein Engagement des betreffenden Instituts, sich in den elektronischen Medien neu als Zeitschrift zu konstituieren, zukunftsweisend.
▶ *AID, Institut für Afrika-Kunde, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg*



Bücher

▶ **Jahrbuch Dritte Welt 1999.** Daten, Übersichten, Analysen, hrsg. v. Joachim Betz und Stefan Brüne (Deutsches Übersee Institut, Hamburg), *Verlag C. H. Beck, München 1998, 228 S., 24 DM*

▶ FIAN (Hrg.): **Food First.** Mit Menschenrechten gegen den Hunger, *Dietz Taschenbuch, Bonn 1998, 199 S., 19,80 DM*

▶ Sabine Kurtenbach: **Guatemala,** *Verlag C. H. Beck, München 1998, 168 S., 22 DM*

▶ Hans-Joachim Heintze (Hrg.): **Moderner Minderheitenschutz.** Rechtliche oder politische Absicherung? *Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger, Bonn 1998, 304 S., 24,80 DM*

▶ Maria Mies und Claudia von Werlhof (Hrg.): **Lizenz zum Plündern.** Das Multilaterale Abkommen über Investitionen 'MAI', *Rotbuch Verlag, Hamburg 1998, 228 S., 24,80 DM*

▶ Uwe von Dücker (Hrg.): **»Straßenschule«.** Straßenkinder in Lateinamerika und Deutschland – ein interkultureller Vergleich aus sozial- und entwicklungspolitischer und methodisch-konzeptioneller Sicht, *IKO – Verlag für Interkulturelle Kommunikation, Frankfurt/M. 1998, 204 S., 29,80 DM*

▶ Immanuel Wallerstein: **Das moderne Weltsystem II – Der Merkantilismus.** Europa zwischen 1600 und 1750, *Promedia Verlagsgesellschaft m. b. H., Wien 1998, 440 S., 58 DM*

▶ **Graswurzeltaschenkalender 1999,** Thema: Revolution, *Verlag Graswurzelrevolution, Bremen 1998, 260 S., 13,80 DM*

▶ Sigrid Pasquale, Peter Schröder und Uta Schultze (Hrsg.): **Lokales Wissen für nachhaltige Entwicklung: Ein Praxisführer,** *Verlag für Entwicklungspolitik, Saarbrücken 1998, 160 S., 19 DM*

▶ Martin Fritz und Martin Kämpchen: **Krischna, Rikscha, Internet.** Indiens Weg in die Moderne, *Verlag C. H. Beck, München 1998, 240 S., 24 DM*

▶ Carlos Montemayor: **Krieg im Paradies,** *Verlag Libertäre Assoziation, Hamburg 1998, 408 S., 39,80 DM*

Action against racism

▶ Vom 14. bis zum 21. März 1999 planen eine Vielzahl europäischer antirassistischer Organisationen eine »Europaweite Aktionswoche gegen Rassismus«. Neben Konzerten und Fimfestivals sollen Debatten und Demonstrationen an unterschiedlichsten Orten organisiert werden. Kontakt: *UNITED for intercultural Action, Postbus 413, NL-1000 AK Amsterdam, Tel.: +31-20-6834778, Fax: +31-20-6834582, E-mail: united@antenna.nl, Internet: www.xs4all.nl/~united*

Existenzgeld

▶ Für das Frühjahr 1999 planen verschiedene Gruppen von Jobbern, parteiunabhängigen Linken und kritischen GewerkschafterInnen eine Konferenz in Berlin über die Themen Existenzgeld, Arbeitszeitverkürzung und neue Entwicklungen der Arbeit im Kapitalismus. Foren zum Ende der Vollbeschäftigung, zur Rolle von unbezahlter Arbeit, zur Kritik am Wohlfahrtsstaat, zum Existenzgeld, zu Prekarisierung und neuer Klassenzusammensetzung sowie zu Migration, Arbeit und internationaler Arbeitsteilung sind anvisiert. Alle Interessierten sind eingeladen, sich an der Vorbereitungen bzw. der Konferenz zu beteiligen. Kontakt: *F.e.l.S. c/o Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a, 10965 Berlin, e-mail: fels@mail.nadir.org, internet: www.nadir.org/nadir/initiativ/fels/konferenzen/*

Tagungen

▶ Vom 15.-17. Januar findet das Seminar **»Welthandel und Ernährungssicherung«** in Kassel statt. Die von der Katholischen Landjugend, AbL, FIAN, BUKO u.a. getragene Veranstaltung hat das Ziel, unterschiedliche Interessenslagen darzustellen und gemeinsame Perspektiven für die kommenden WTO-Verhandlungen zu erarbeiten. Kontakt/Anmeldung: *Jutta Uhlenbusch c/o AbL, Marienfelder Straße, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel: 05242-48476*

▶ Zur Tagung »**Chile – 25 Jahre nach dem Militärputsch**« lädt vom 22. bis zum 24. Januar die Evangelische Akademie Bad Boll ein. In der Veranstaltung soll über die soziale und wirtschaftliche Situation der Menschen in Chile, aber auch von den Erfahrungen der ExilantInnen gesprochen werden. Kontakt: *Evangelische Akademie Bad Boll, Akademienweg 11, 73087 Bad Boll, Tel.: 07164-790, Fax: 07164-79440*

▶ Am 29. Januar beginnt das dreitägige Seminar »**Im Dunstkreis der Macht. Lobbyarbeit und Dritte Welt Bewegung**« in Bonn. Die VeranstalterInnen, der BUKO und das AKE-Bildungswerk, wollen Unterschiede der Lobbyarbeit zu anderen Aktionsformen diskutieren und die Bedingungen klären, unter denen Lobbyarbeit sinnvoll ist. Kontakt: *BUKO – Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel: 040-393156, Fax: 040-3907520, e-mail: buko@cl-hh.cl.sub.de*

▶ Unter dem Titel »**Migration und Integration**« veranstaltet »**Youth for Exchange and Understanding**« (YEU) ein internationales Seminar vom 13. bis zum 20. März 1999 in Düsseldorf. In englischer, französischer und deutscher Sprache wird über die Situationen von MigrantInnen in verschiedenen Staaten der EU und ihre Integration oder auch Ausgrenzung diskutiert. Kontakt: *YEU, Kirchfeldstr. 85, 40215 Düsseldorf, Tel.: 0211-333946, Fax: 0211-333946*

▶ Der Themenschwerpunkt »Kindheiten« wird u.a. mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert

▶ Die Arbeit des **iz3w** wird vom Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Deutschland durch den ABP gefördert.

▶ Die Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur unterstützt die Reihe »kein mensch ist illegal«.

Vorschau: iz3w Nr. 235
Schwerpunkt »Turbulenzen der Weltwirtschaft«

▶ 1998 war ein Jahr, das selbst die hartgesottensten Neoliberalen an der Selbstregulationsfähigkeit der (Finanz-)Märkte zweifeln ließ. »Asienkrise«, »Börsencrash«, »überhitzte spekulative Finanztransfers« usw. waren die Stichworte, die nicht nur diplomierten Volkswirten Schauer über die Rücken jagten, und die selbst manch bürgerliches Medium zur Beschäftigung mit marxistischen Krisentheorien veranlaßten.

In unserem Schwerpunkt wollen wir die Hintergründe und Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise analysieren. Weitere Themen sind die Krisendiskurse und die dahinter stehenden Interessen und Ideologien sowie die derzeit diskutierten Krisenbewältigungsstrategien wie z.B. der (Neo-)Keynesianismus.

Herausgeberin:
▶ Aktion Dritte Welt e.V. – informationszentrum 3. welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16a (Hinterhaus), D-79020 Freiburg i. Br. Telefon: 0761/74003, Fax: 0761/709866, E-Mail: iz3wfreiburg@t-online.de
Bürozeiten: Montag bis Freitag 10 bis 16 Uhr.
Online: http://www.rolf.de/iz3w

Redaktion:
▶ Dominik Bloedner, Monika Bierwirth, Thomas Cernay, Irene Dause, Stephan Günther, Monika Hoffmann, Martin Janz, Georg Lutz, Bernhard Merk, Jochen Müller, Martina Mundinger, Christian Neven-du Mont, Robert Niedworok, Christine Parsdorfer, Winfried Rust, Christian Stock, Jörg Später, Sigrid Weber.

Vertrieb für den Buchhandel:
▶ Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstr. 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod), Tel.: 0641/94393-0

Satz und Gestaltung:
▶ Büro MAGENTA. Freiburg.

Herstellung:
▶ Druckerei schwarz auf weiß. Freiburg.

Jahresabonnement (8 Ausgaben):
▶ Inland: DM 60,– (für SchülerInnen, StudentInnen, Wehr- und Zivildienstleistende DM 50,–), Förderabonnement: ab DM 100,–
▶ Ausland: Europa plus DM 10,– und Übersee plus DM 30,– Porto / Jahr
▶ Kündigungen bis zum Erhalt des letzten Heftes. Sonst automatische Verlängerung.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V):
▶ Postscheckkonto Karlsruhe
Konto-Nr. 148 239 - 755, BLZ 660 100 75
▶ Postscheckkonto Basel
Konto-Nr. 40-35 899-4
▶ Hypo-Bank Bregenz
Konto-Nr. 10 157 108 110

Eigentumsvorbehalt:
▶ Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Spenden:
▶ Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf das Konto 124 96 06 bei der Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00), Kontoinhaberin Stadtkasse Freiburg, Verwendungszweck: Durchlaufspende zugunsten der Aktion Dritte Welt e.V. Diese Spenden beinhalten kein Abo!

Anzeigenschluß für Ausgabe Nr. 235:
▶ (Druckfertige Vorlagen) 15.1.1999

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

E 3477

► iz3w
Postfach 5328
D-79020 Freiburg
ISSN 0933-7733

Archiv für Soz.Beweg.
Spechtpassage
Wilhelmstr. 15

79098 Freiburg